



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags:

## Inklusion im Arbeitsleben

Unter dem Motto „Inklusion im Arbeitsleben“ fand in Würzburg die zweitägige Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags statt. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, von Betroffenenverbänden und aus der Praxis erörterten das Potenzial, das eine inklusive Arbeitswelt bietet. Zudem wurden neben politischen Maßnahmen und inspirierenden Beispielen Möglichkeiten, die sich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bieten, beleuchtet.

„Wir brauchen Reformen, damit der Sozialstaat seine Aufgaben weiter erfüllen kann“, machte Bezirkstagspräsident Franz Löffler eingangs deutlich. Dabei

terstützung durch den Freistaat werde dies aber nicht gelingen.

Neue Pfade müssten auch bei den Hilfen für Menschen mit Behinderung beschritten werden.



V.l.: Franz Löffler, Präsident Bayerischer Bezirkstag, Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Stefan Funk, Bezirkstagspräsident von Unterfranken. Bild: Michaela Spiller/ Bayerischer Bezirkstag

gehe es nicht um „weniger“ Leistungen, sondern um das Entwickeln innovativer Ideen und zukunftsfähiger Konzepte, die eine bestmögliche Versorgung mit den vorhandenen Ressourcen ermöglichen.

### Häusliche Pflege stärken

Gerade mit Blick auf den Arbeits- und Fachkräftemangel und die steigenden Pflegekosten sei es wichtig, die häusliche Pflege zu stärken, erläuterte der Verbandschef. Hier müssten alle kommunalen Ebenen zusammenarbeiten und den Aufbau von Kümerner-Strukturen in den Gemeinden forcieren. Ohne eine dauerhafte finanzielle Un-

„Wir müssen gewährleisten, dass auch zukünftig diejenigen die Unterstützung erhalten, die sie dringend benötigen. Eingliederungshilfe darf nicht das Privileg von wenigen Personen werden“, erklärte Löffler.

Ein Umdenken ist aus seiner Sicht gerade beim Personalein-

### Bayerische Landräte warnen:

## Kommunale Handlungsunfähigkeit durch verschärfte Finanzsituation

Die Finanzsituation der bayerischen Landkreise verschärft sich weiterhin. 2023 waren die kommunalen Ausgaben 2,5 Mrd. höher als die Einnahmen. Für 2024 zeichnet sich eine weitere Verschärfung ab. Viele Landkreise sind in Bedrängnis. Die Landrätinnen und Landräte sehen zunehmend ihre Handlungsfähigkeit in Gefahr.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, dazu in der Sitzung des Finanzausschusses beim Bayerischen Landkreistag, an der auch der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, MdL, teilgenommen hat: „Wir brauchen eine kurzfristige Stabilisierung der Finanzsituation und grundsätzlich muss auf allen politischen Ebenen ein Umdenken, das in einen echten Bürokratieabbau mündet, stattfinden. Wir sollten uns bei jedem Standard fragen, brauchen wir ihn? Und wenn ja, brauchen wir ihn so? Kommunen, Freistaat und Bund bleiben nur dann mittel- und langfristig handlungsfähig, wenn ernsthaft entbürokratisiert wird sowie Aufgaben und Standards



Vorne v.l.: Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Gunzenhausen, Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Oberbürgermeister Markus Pannermayr (Vorsitzender), Straubing, Oberbürgermeisterin Eva Weber, Augsburg, Gastgeber Oberbürgermeister Thomas Kiechle, Kempten (Allgäu), Erster Bürgermeister Markus Loth (2. stv. Vorsitzender), Weilheim, Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Regensburg, Erster Bürgermeister Toni Dutz, Wiesau, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Günzburg, Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Schweinfurt; 2. Reihe v.l.: Erster Bürgermeister Robert Ilg, Hersbruck, Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Deggendorf, Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung (1. stv. Vorsitzender), Fürth, Oberbürgermeister Andreas März, Rosenheim, Oberbürgermeister Marcus König, Nürnberg, Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Erlangen, Oberbürgermeister Michael Cerny, Amberg; 3. Reihe v.l.: Erster Bürgermeister Klaus Hacker, Röttenbach, Erster Bürgermeister Peter Haugeneder, Neuötting, Erster Bürgermeister Thomas Herker, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Erster Bürgermeister Günther Werner, Haßfurt, Erster Bürgermeister Franz Heilmeyer, Neufahrn b. Freising, Oberbürgermeister Frank Rebhan, Neustadt b. Coburg.

Bild: Bayerischer Städtetag

### Bayerischer Städtetag in Kempten:

## Gutes Altwerden braucht gute Orte

Fit und gesund, wohlhabend und gut gelaunt, so würde wohl jeder am liebsten älter werden. Jedoch gehört zur Wahrheit, dass ältere Menschen gebrechlich und dement werden können und manche ein einsames und von Depressionen begleitetes Dasein fristen. Das Altersspektrum ist breit gestreut – vom Renteneintritt bis ins teilweise sehr hohe Alter. „Dies bringt ein Bündel an Herausforderungen für die Städte und Gemeinden, birgt aber auch großes Potenzial“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr bei der Jahrestagung des Verbandes in Kempten.

„Gutes Altwerden braucht gute Orte. Gestalten wir unsere Städte weiter so, dass wir dort im Alter gerne leben“, betonte Pannermayr vor knapp 400 Delegierten und Gästen aus der Europa-, Bundes- und Landespolitik. „Immens ist der Bedarf an al-

tersgerechten Wohnungen, die barrierefrei, schwellenarm und bezahlbar sind. Bauliche Veränderungen und digitale Lösungen können dazu beitragen, lange in den eigenen vier Wänden zu leben“, erklärte der Präsident: „Wohnungen sollen die Chance

bieten, aktiv am Leben teilzuhaben. Nötig sind hierfür unter anderem eine auskömmliche und planbare Mittelausstattung der bayerischen Wohnraumförderung, mehr Flexibilität bei den Bestimmungen über die Barrierefreiheit von Wohnraum oder die Unterstützung alternativer Wohnformen.“

### Bedürfnisse von Senioren verstärkt berücksichtigt

Darüber hinaus gelte es, bei der Infrastruktur in den Städten und Gemeinden die Bedürfnisse von Senioren verstärkt zu berücksichtigen. Neben einem „demenzsensiblen Stadtbild“ könnten hier etwa Hitzeschutzpläne, die einige Städte bereits auf den Weg gebracht haben, hilfreich sein. Da Innenstädte und Ortszentren emotionaler Mittelpunkt einer Kommune seien, müssten Ortskerne als Versorgungszentren erhalten bleiben. „Ziel sollte eine Stadt der kurzen Wege sein, mit einer guten Infrastruktur an Läden, Gasthäusern, Cafés, Apotheken, Ärzten, Banken und Kultureinrichtungen, so Pannermayr. Hierfür sollte die Städtebauförderung aufgestockt werden.“

### Ältere Menschen in die Gesellschaft integrieren

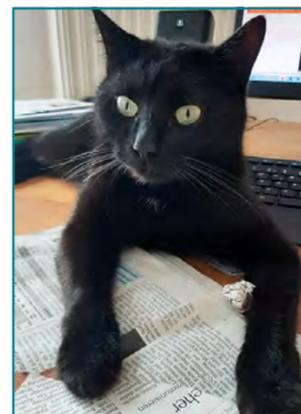
Wichtig sei es außerdem, ältere Menschen weiterhin in die Gesellschaft zu integrieren. Benötigt würden Orte der niedrigschwelligen und zwanglosen Begegnung, sog. Dritte Orte. Dabei handle es sich um Häuser, Räume, Grünflächen oder Parks, die

allen Menschen und Generationen offenstehen, um sich zu treffen, auszutauschen und zu unterstützen. Ein lebenswerter Raum für alte Menschen sei ein Gewinn für alle Generationen. Das Ehrenamt oder Mehrgenerationenhäuser könnten dabei wertvolle Hilfe leisten.

### Selbstständigkeit bewahren

Neben dem selbstständigen Wohnen im eigenen Zuhause ist die eigenständige Mobilität für Seniorinnen und Senioren wichtig, unterstrich der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas

(Fortsetzung auf Seite 4)



Es ist Fußball-EM und Rathauskater Pino erlaubt sich eine Zwischenbilanz. Positiv aufgefallen sind ihm die schottischen Fans: „Ich unterstütze ausdrücklich diejenigen, die ab sofort ein jährliches Freundschaftsspiel Deutschland-Schottland in München fordern!“ Seite 13

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin: Sofortprogramm	2
Sonder-Bauministerkonferenz in Berlin: Neubau beleben	3
Bundesweites Klimaanpassungsgesetz tritt in Kraft	3
GZ-Kolumne Franz Löffler: Erfolgreiche Zusammenarbeit Die Entwicklung oberpfalz-tschechischer Beziehungen	3
Zensus 2022 für Bayern: Innenminister Herrmann stellt zentrale Ergebnisse vor	3
Kommunale Finanzthemen	5-9
Tourismus in Bayern	9
Umwelt - Abfall	10-11
Aus den bayerischen Kommunen	12-14

Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin:

## Sofortprogramm statt Endlosschleife

Vorrangig im Zeichen der Asyl- und Migrationspolitik lag die jüngste Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin. Darüber hinaus wurde die Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden ebenso diskutiert wie die Themen Bürokratieabbau und wehrhafte Demokratie. Aus Sicht von Bayerns Landeschef Markus Söder „reichen die Beschlüsse der Konferenz hinten und vorne nicht. Alles geht nur in Trippelschritten, wo Siebenmeilenstiefel nötig wären. Der Bund verzögert, anstatt entschlossen zu handeln. Es braucht ein Sofortprogramm und keine Endlosschleife.“

Konkret riefen die Ministerpräsidenten der Länder die Bundesregierung auf, mögliche Modelle für Asylverfahren in Drittstaaten vorzulegen. Nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte dieser anschließend Prüfungen zur Möglichkeit von Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU an.

### Schnellere Abschiebungen

Laut dpa will Söder schnellere Abschiebungen und vorherigen Sofortarrest von nicht anerkannten Asylbewerbern auch dann, wenn sie nicht straffällig geworden sind, sondern lediglich als Gefährder eingestuft wurden. Dies sei rechtlich über die Polizeigesetze machbar.

Es bestehe die Gefahr, dass in der Bevölkerung der Eindruck entstehe, der Rechtsstaat sei zu liberal, sagte Söder im Deutschlandfunk. Deutschland brauche zu lange, um Entscheidungen voranzubringen. Es müssten endlich Rückführungsabkommen in Kraft treten, dies sei ein entscheidender Punkt. „Ich fordere auch die Bundesregierung auf, mit Syrien direkt zu reden, nicht über Umwege zu versuchen, kleine Lösungen zu haben“, erklärte Söder. Dies gelte grundsätzlich auch für Afghanistan. Er erwarte jetzt nicht, dass die Außenministerin sofort nach Kabul fliegt; das Auswärtige Amt könne aber andere Kanäle nutzen, um auch etwa mit den Taliban in einen Dialog zu kommen. Zu viele Menschen, die aus

Syrien oder Afghanistan nach Deutschland kämen, erhielten über den sogenannten subsidiären Schutz Blankoschecks. Es erfolge „eine de facto 100-Prozent-Anerkennung“. Stattdessen müsse es wieder mehr Einzelfallprüfungen geben und die Rückführung generell möglich bleiben. Söder erhofft sich in dieser Frage auch Impulse auf europäischer Ebene durch eine neue EU-Kommission.

### Bezahlkarte und 50 Euro bar

Eine Einigung wurde bei der neuen Bezahlkarte für Asylbewerber erzielt. Die Höhe der Bargeld-Auszahlungen soll flächendeckend 50 Euro pro Monat betragen. Noch in diesem Sommer soll die Bezahlkarte bundesweit eingeführt werden. Zudem forderten die Bundesländer, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erleichtern. Dementsprechend erteilten sie an die zuständige Kultusministerkonferenz einen Prüfauftrag zur Vereinfachung von Verfahren.

Mit der Forderung nach einer bundesweiten Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden scheiterten die Länder allerdings. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Angebotspflicht reicht den Ministerpräsidenten nicht aus. Scholz versprach, die Diskussion fortzusetzen.

### Praxis-Checks gegen bürokratischen Aufwand

Stichwort Bürokratieabbau: Bundeskanzler und Regierungschefs fassten den Beschluss, die Belange von KMU besser zu berücksichtigen, inklusive Unternehmen der „Mid Cap“-Kategorie und von KMU in mehrheitlich öffentlicher Hand (u.a. Stadtwerke). Dies gelte insbesondere bei der Erarbeitung von EU-Rechtsakten und Standards. Die Berichtspflichten sollen um mindestens 25 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig ist geplant, „Praxis-Checks“ auf europäischer Ebene einzuführen. Sie sollen den vermeidbaren bürokratischen Aufwand bei Vorhaben auf EU-Ebene durch den Austausch mit Unternehmen und anderen Betroffenen frühzeitig ermitteln und ihn bei der Umsetzung des Vorhabens vermeiden.

### Weniger Auskunfts-, Informations- und Dokumentationspflichten

Neben einer konsequenten Überprüfung und Senkung von Auskunfts-, Informations- und Dokumentationspflichten auch auf europäischer Ebene halten Scholz und die Länderchefs eine gezielte Flexibilisierung des EU-Beihilfenrechts für nötig, damit der Zusammenhalt des Binnenmarktes gewährleistet wird und neben strukturschwachen Gebieten in der EU auch wirtschaftlich starke und innovative Regionen, die besonders die nachhaltige und digitale Transformation vorantreiben, wirtschaftliche Anreize erhalten können. Außerdem setzt sich die Bundesregierung für eine Anwendung des Once-Only-Prinzips auf EU-Ebene ein.

Für eine wirksame Bekämpfung hybrider Bedrohungen verpflichten sich Bund und Länder, bis September 2024 zentrale Koordinierungs- und Ansprechstellen für das Thema hybride Bedrohungen einschließlich Desinformation einzurichten, die im Bund und im Land jeweils ressortübergreifend koordinierend für das Thema hybride Bedrohungen federführend sind.

Nach Auffassung von Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags, sind Bund und Länder beim Thema Migrationspolitik noch lange nicht am Ziel. „Wir brauchen wirksame Maßnahmen für ein Begrenzung und ein Umsteuern. Nötig ist eine Kraftanstrengung bei den Asylverfahren, die schneller werden müssen. Zudem müssen mehr Migrationsabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen werden, wobei auch die Türkei eine Rolle spielt.“

### Zuzug stärker begrenzen

Nach wie vor gehe es den Landkreisen um eine Reduzierung der Zuzugszahlen. „An dieser Stelle spielt mittelfristig auch die EU-Asylreform eine gewisse Rolle, die aber erst noch umgesetzt werden muss. Unterdessen müssen die Grenzkontrollen verlängert werden, da sie einen deutlichen Effekt haben. Dass wir allein wegen der Grenzkontrollen zur Fußball-EM hunderte illegaler Einreisen verhindern und dutzende Schleuser fassen konnten, zeigt die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme“, unterstrich Sager.

Außerdem müssten die Anstrengungen deutlich intensiviert werden, Personen ohne Aufenthaltsrecht, erst recht natürlich Straftäter, abzuschleppen – auch nach Syrien oder Afghanistan. „Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, den sog. subsidiären Schutzstatus auf europäischer Ebene nach Möglichkeit abzuschaffen. Sehr viele Syrer haben diesen niedrigsten Status und sind daher keine anerkannten Flüchtlinge. Es würde die Rückführung dieser Personen erheblich erleichtern, wenn sie lediglich Geduldete wären.“

### Für Asylverfahren in sicheren Drittstaaten

Auch wenn die Asylanträge derzeit etwas weniger seien als im Vorjahr, seien die Belastungssituation in den Landkreisen und die weiter sinkende Akzeptanz der Bevölkerung spürbar. Kapazitäten für eine gute Integration fehlten.

Der Durchführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten steht der Deutsche Landkreistag aufgeschlossen gegenüber, so der Präsident weiter: „Das muss natürlich menschenwürdig ablaufen. Der Bund ist aufgefordert, tragfähige vertragliche Absprachen mit den in Frage kommenden Staaten zu treffen. Andere westeuropäische Länder sind bereit, diesen Weg zu gehen, Deutschland sollte auch diese Bereitschaft haben.“

### Kommunen brauchen volle Kostenerstattung

Enttäuscht zeigte sich Sager einmal mehr, dass die kommunale Forderung nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund noch immer nicht erfüllt sei. „Allein 2023 fehlen den Landkreisen so 3 Milliarden Euro, die wir in der gegenwärtigen prekären kommunalen Finanzsituation gut gebrauchen könnten.“

„Um die Zahl der Asylsuchenden, die nach Deutschland einreisen, zu reduzieren und die Kommunen zu entlasten, ist ein Zusammenspiel verschiedener Instrumente notwendig. Dabei

Bayerische Variante der Grundsteuer bleibt in der Diskussion:

## Bürgerbeauftragter Fackler antwortet

Der Artikel „Bürger sollten sich rechtzeitig für angepasste Hebesätze einsetzen“ in GZ 9/2024 vom 03.05.2024 auf Seite 8 veranlasste Haßfurts Ersten Bürgermeister Günther Werner zu einer Replik an den CSU-Abgeordneten Wolfgang Fackler <https://tip.de/bdsqj>. Nun hat der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung geantwortet. Wir veröffentlichen auch dieses Schreiben im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in oben genannter Angelegenheit komme ich zurück auf Ihr Schreiben vom 17. Mai 2024, das auch in der Bayerischen Gemeindezeitung vom 6. Juni 2024 veröffentlicht wurde. In diesem Schreiben weisen Sie auf Schwierigkeiten der Kommunen bei der Anpassung der Hebesätze im Zuge der Grundsteuerreform ab 2025 hin. Zudem äußern Sie die Sorge, dass eine mögliche Unterschreitung des Nivellierungshebesatzes von derzeit 310 Prozent bei der Festlegung der neuen Hebesätze zu Nachteilen beim kommunalen Finanzausgleich führen könnte.“

Vorab möchte ich betonen, dass mein in der Bayerischen Gemeindezeitung vom 3. Mai 2024 veröffentlichter Beitrag zur Grundsteuer keinesfalls den Zweck verfolgte, den Kommunen die Schuld für mögliche Mehrbelastungen zuzuweisen. Als Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung ist es mir jedoch ein großes Anliegen, mögliche Missverständnisse durch rechtzeitige Kommunikation auszuräumen. Meine Erfahrung zeigt, dass Ärger und Unmut meist dort am größten sind, wo Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, nicht ausreichend informiert und nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen worden zu sein.

Nach Rücksprache mit dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen und Heimat kann ich Ihnen mitteilen, dass sich die Bayerische Staatsregierung der von Ihnen beschriebenen Thematik bezüglich des Nivellierungshebesatzes bewusst ist. Man kann deshalb jetzt

schon davon ausgehen, dass der bisherige Nivellierungshebesatz von 310 Prozent nicht mehr sachgerecht sein wird. Somit war Ihr Einwand natürlich völlig berechtigt, da dies in der öffentlichen Debatte bisher selten bis kaum angesprochen wurde. Auswirkungen auf die Finanzausgleichsleistungen werden die Einnahmen aus der Grundsteuer für das Jahr 2025 jedoch erst ab dem Jahr 2027 haben. Bis dahin gilt es, das System des Nivellierungshebesatzes zu überprüfen und auf Basis einer soliden Datengrundlage gegebenenfalls eine neue Regelung zu treffen.

Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es dabei, Verwerfungen zu vermeiden und insbesondere diejenigen Gemeinden, die insgesamt aufkommensneutrale Hebesätze festgelegt haben, beim kommunalen Finanzausgleich nicht zu benachteiligen. Die Neuregelung wird, das hat mir das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat versichert, selbstverständlich in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt werden. Insofern lautet meine Empfehlung an die Gemeinden, die Planungen für die ab 2025 geltenden Hebesätze unabhängig von der aktuell geltenden Regelung des Nivellierungshebesatzes voranzutreiben.

Es ist mir bewusst, dass es dabei selbst bei einem innerhalb der Gemeinde insgesamt aufkommensneutral ausgestalteten Hebesatz im Einzelfall zu Belastungsverschiebungen kommen wird. Aufgrund des neuen Berechnungsmodells ist dies jedoch unvermeidbar.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der Bayerische Landtag mit Artikel 8 des Bayerischen Grundsteuergesetzes (BayGrStG) eine zusätzliche Erlassregelung geschaffen hat. Diese ermöglicht es den Gemeinden, in Einzelfällen, in denen allein aufgrund des Systemwechsels eine unangemessen hohe Steuerbelastung eintritt, die Grundsteuer im eigenen Ermessen ganz oder teilweise zu erlassen.“



Wolfgang Fackler, MdB; Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Bild: Bayerische Staatskanzlei

sollten wir die Signalwirkung, die einzelne Maßnahmen haben können, nicht unterschätzen. Es ist wichtig, dass auch in den Herkunftsländern wahrgenommen wird, dass sich illegale Migration nach Deutschland nicht lohnt“, erklärte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger. Der Ansatz, mögliche Modelle für Asylverfahren in Drittstaaten zu prüfen, gehöre in die Reihe dieser möglichen Maßnahmen. „Wir müssen jeden Stein umdrehen und jeden möglichen Ansatz auf seine Wirksamkeit prüfen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass dies kurz- oder mittelfristig für signifikante Entlastung sorgen wird. Wir warnen davor, den Menschen zu suggerieren, solch eine einzelne Maßnahme könne die Flüchtlingssituation nachhaltig verändern. Notwendig sind viel mehr viele einzelne Bausteine.“

Dazu können Berghegger zufolge wirksame Grenzkontrollen, die rasche Umsetzung des EU-Asylkompromisses und die Reduzierung sogenannter Pull-Faktoren, etwa durch den Einsatz der Bezahlkarte, gehören. Von zentraler Bedeutung sei außerdem, dass die Städte und Gemeinden von den Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration vollständig entlastet werden.

„Für die Städte ist es ein gutes Signal, dass Bund und Länder um ernsthafte Lösungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik ringen. Aber nicht alles, was diskutiert wurde, hilft uns vor Ort kurzfristig weiter. Die Drittstaaten-Lösung ist etwas, das man prüfen kann. Sie würde in der Praxis aber keine schnellen Effekte haben“, stellte Markus Leue, Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von Münster, fest.

Die Städte benötigten praktische Lösungen, die schnell Ent-

lastung bringen. „Wir brauchen deutlich mehr Unterstützung, um die vielen Integrationsaufgaben vor Ort zu stemmen. Die im letzten Jahr vereinbarte Pro-Kopf-Pauschale von 7.500 Euro je Geflüchteten war ein guter Schritt und der Einstieg in ein ‚atmendes System‘ der Finanzierung, dass wir immer gefordert haben. Aber für die vielen Integrationsaufgaben vor Ort reicht sie noch nicht aus. Hier sollte der Bund noch einmal nachlegen. Und die Länder müssen dafür sorgen, dass das zusätzliche Geld auch tatsächlich bei den Kommunen für die Flüchtlingsversorgung ankommt.“

### Offene Fragen bei der Bezahlkarte

Bei der Bezahlkarte, so Leue, seien viele Detailfragen, wie etwa: Für welchen Personenkreis gilt die Karte? Gilt die Karte für Asylbewerber die neu hierherkommen oder auch für Menschen, die schon länger hier sind? Gilt sie nur für Asylbewerber in Einrichtungen oder auch für Menschen, die bereits in Privatwohnungen leben? Akzeptiert jeder Vermieter die Bezahlkarte? noch immer offen. Hier müssten die Länder noch nacharbeiten, damit es keinen Flickenteppich gibt und bundesweit möglichst einheitliche Regeln für die Bezahlkarte gelten.

Keine gute Nachricht ist aus Sicht des Deutschen Städtetags, dass es bei der Elementarschadenversicherung keine Einigung gab. „Extremwetterereignisse nehmen zu und kommen in immer schnellerem Takt. Es ist deshalb sehr wichtig, dass für mehr Häuser als bisher eine solche Versicherung abgeschlossen wird“, machte der Präsident deutlich.

Allerdings seien die Hürden für eine Pflichtversicherung sehr hoch. „Wir halten deshalb

den Vorschlag der Versicherer für eine gute Option, künftig die Wohngebäudeversicherungen nur mit Elementarschadenversicherung anzubieten. Dann müssten Kunden aktiv wählen, wenn sie keine Elementarschadenversicherung wollen. Das ist im Kern auch der Vorschlag, den der Bund im Vorfeld des Bund-Länder-Treffens gemacht hatte. Bundeskanzler und Ministerpräsidenten konnten sich aber auf keinen gemeinsamen Ansatz verständigen. Gar keine Lösung ist aber die schlechteste Lösung, die Gespräche dazu müssen jetzt weitergehen.“ DK

## Sommer – Ferien – Filme!

Landesmediendienste versenden kostenlosen Ferienfilmkoffer

Für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen bieten die Landesmediendienste Bayern wieder den kostenlosen Ferienfilmkoffer an. Das Angebot richtet sich an alle bayerischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendorganisationen, aber auch an Kliniken, Heime, Eltern- und Familienbildungsstätten, Mütter-/Väter- und Nachbarschaftstreffs. Der Ferienfilmkoffer enthält eine Auswahl von 15 Filmen, nach Themen oder Wunschtiteln zusammengestellt, die alle mit dem nichtgewerblichen öffentlichen Vorführrecht ausgestattet sind.

Der Ferienfilmkoffer kann auf Wunsch direkt an die Freizeitanstalt gesendet werden. Solange der Vorrat reicht. Versand 29. Juli (bei Bedarf früher), letzte Bestellmöglichkeit: 2. August. Reservierung: Tel. 089 3816090, [info@mediendienste.info](mailto:info@mediendienste.info), oder mit dem Bestellblatt „Ferienfilmkoffer 2024“ auf [www.medieninfo.de/Aktuelles/Informationsmaterial](http://www.medieninfo.de/Aktuelles/Informationsmaterial). □

## Wir gratulieren

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Landrat Willibald Gailler  
Landkreis Neumarkt i. d. OPf  
am 11.07.

Bürgermeister Wilhelm Friedrich  
Markt Zeitlofs  
am 16.07.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Preischl  
Stadt Greiding  
am 09.07.

Bürgermeisterin  
Waltraud Amrhein  
Gemeinde Dammbach  
am 12.07.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Meiler  
Gemeinde Flossenbürg  
am 15.07.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Kraus  
Gemeinde Eggstätt  
am 15.07.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Steffen Kropp  
Markt Rentweinsdorf  
am 13.07.

### ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Englram  
Gemeinde Langdorf  
am 16.07.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Sonder-Bauministerkonferenz in Berlin:

## Neubau beleben

Die Themen Wohngeld und wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Krise im Neubau bildeten die Schwerpunkte einer Sonder-Bauministerkonferenz (BMK) in Berlin. Laut dem BMK-Vorsitzenden, Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, ist es vor allem beim komplizierten Wohngeldrecht wichtig, schnell echte Verbesserungen zu sehen. Schließlich herrsche über ein Jahr nach Inkrafttreten der Wohngeldreform in vielen Wohngeldbehörden noch immer ein großer Antragsstau mit langen Bearbeitungszeiten.

Der Bund hat Bernreiter zu Folge zwar begonnen, einzelne Maßnahmen zu prüfen, eine umfassende Vereinfachung sei jedoch nicht erkennbar. „Deshalb haben wir den Bund nochmals aufgefordert, auf der BMK am 26. und 27. September in Passau einen konkreten Zeitplan für eine Reform vorzulegen.“

### Bund soll höheren Wohngeld-Anteil tragen

Neben Bayern fordern fünf weitere Länder die Bundesregierung auf, einen höheren Anteil als 50 Prozent an dem Wohngeld zu übernehmen. Die vollständige Übernahme der Kosten für das Wohngeld durch den Bund wäre nur gerecht und sei daher anzustreben, hieß es.

Außerdem tauschten sich die Länder über ihre Initiativen zur Förderung des Wohnungsbaus aus. Die Landesmittel wurden aufgestockt, Förderkonditionen verbessert und Erleichterungen in den Landesbauordnungen verankert. Gleichwohl bedarf es weiterer Anstrengungen, damit ausreichend Wohnraum und verstärkt bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können.

Ein zentrales gemeinsames Ziel ist daher die Senkung der Wohnungsbaukosten unter anderem durch einen Abbau der hohen Pflichtstandards.

### Voraussetzungen für „Gebäudetyp E“

Die Bauministerkonferenz forderte den Bund daher auf, die zivilrechtlichen Voraussetzungen für den „Gebäudetyp E“ zügig bereitzustellen. Zudem seien verbesserte und vereinfachte Rahmenbedingungen sowie verlässliche und ausreichend ausgestattete Förderprogramme des Bundes notwendig. Dazu zähle insbesondere eine dauerhafte Mittelausstattung in der sozialen Wohnraumförderung. Die Sonder-BMK machte deutlich, dass diese rechtzeitig für 2025 und 2026 mit den Ländern abgestimmt werden soll.

### Novellierung des Baugesetzbuches

Zudem ist es aus Sicht der Länder unerlässlich, die bereits 2023 angekündigte umfassende Novellierung des Baugesetzbuches zu vollenden. Länder und

Kommunen benötigten vor allem eine Entfristung der Maßnahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes sowie praxisgerechte Verbesserungen in der Bauleitplanung.

Bei der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie und der Energieeffizienzrichtlinie ist den Ländern wichtig, dass keine überhöhten Anforderungen an den Neubau und die Sanierung von Gebäuden gestellt werden. Nach den Worten des BMK-Vorsitzenden Bernreiter „muss der Bund berücksichtigen, dass sich die Situation im Bausektor aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verschärft hat. Die Richtlinien müssen deshalb unbürokratisch umgesetzt werden, um keinen weiteren Hemmschuh beim Wohnungsbau zu schaffen. Die Sonder-BMK fordert, dass die Länder hier frühzeitig und unmittelbar beteiligt werden.“

### Keine Förderkonkurrenzen!

Frühzeitig eingebunden werden wollen die Länder auch bei einer sozialen Wohnraumförderung durch die EU. Zwar begrüßen sie, wenn die EU den sozialen Wohnungsbau durch Erleichterungen im Beihilferecht oder durch verstärkte Förderung zum Beispiel der europäischen Investitionsbank unterstützt. Da bei diesem Thema die Länder federführend zuständig sind, ist ihnen aber gleichzeitig wichtig, dass keine Förderkonkurrenzen entstehen und das jeweilige föderale Förderregime beachtet wird. DK

## Bundesweites Klimaanpassungsgesetz

Am 1. Juli 2024 trat das erste bundesweite Klimaanpassungsgesetz in Kraft. „Damit erhält Deutschland erstmals einen verbindlichen Rechtsrahmen für die Klimaanpassung des Bundes, der Länder und der Kommunen“, heißt es in einer Pressemeldung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Das Gesetz schafft die Grundlagen dafür, dass alle Verwaltungsebenen strategisch Vorsorge gegen die Folgen der Klimakrise treffen und verankert erstmals die Anpassung an die Folgen der Klimakrise als staatliche Aufgabe im Bundesrecht.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke geht davon aus, dass dieses „Klimaanpassungsgesetz“ den Menschen helfe, sich besser auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten und Risikoversorge zu treffen. Dass Stadtgrün Schatten spendet und Kühlung bringt, ist nicht ganz neu; aber man kann es nicht oft genug betonen. Das gilt auch für die Schwammstädte, die bei Starkregen Wasser aufnehmen und für Dürrezeiten speichern.

### Vorsorgende Klimaanpassungsstrategie

Für soziale Einrichtungen wie Altenheime, Kitas oder Krankenhäuser werden Hitzeaktionspläne erstellt. „Wir brauchen einen guten Hochwasser- und mehr natürlichen Klimaschutz. Für die Risikoversorge und gezielte Klimaanpassungsmaßnahmen ist es wichtig, klar zu regeln, welche staatliche Ebene wo handeln muss“, schreibt das BMUV. „Mit dem Klimaanpassungsgesetz verpflichtet sich die Bundesregierung, eine vorsorgende Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen vorzulegen, regelmäßig zu aktualisieren und fortlaufend umsetzen. Außerdem müssen künftig die Folgen der Klimakrise bei Planungen berücksichtigt und Klimaanpassungskonzepte vor Ort entwickelt werden. Diese und weitere Vorsorgemaßnahmen gegen die Folgen der Klimakrise sind angesichts von Wetterextremen wie Starkregen und Hitze das Gebot der Stunde.“ Ziel des Gesetzes sei die flächendeckende Vorsorge in Deutschland gegen die Folgen der weltweiten Klimaerwärmung.

### Länder in der Pflicht

Das Gesetz berücksichtige, dass die Betroffenheit und die Gegebenheiten von Region zu Region sehr unterschiedlich sind und legt daher einen Schwerpunkt darauf, eine passgenaue Klimaanpassung vor Ort zu stärken. Dafür werden die Länder beauftragt, mit Bezug zu Gebieten der Gemeinden und Kreise Anpassungskonzepte mit Maßnahmenplänen erstellen zu lassen. Grundlage hierfür seien Risikoanalysen, die die lokalen Gegebenheiten berücksichtigen. Nach dem Klimaanpassungsgesetz werden auch alle Länder jeweils eigene Klimaanpassungsstrategien vorlegen und umsetzen [sic!]. „Die vorsorgende Klimaanpassungsstrategie des Bundes mit messbaren Zielen wird aktuell von allen beteiligten Bundesressorts entwickelt und soll voraussichtlich zum Ende dieses Jahres verabschiedet werden“, verkündet die Pressestelle.

### Berücksichtigungsgebot

Als weiteres Instrument zur Stärkung der Klimaanpassung in Deutschland haben Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen das Ziel der Klimaanpassung fachübergreifend und integriert zu berücksichtigen (Berücksichtigungsgebot). Dabei sollen sie auch im Rahmen ihrer Maßnahmen darauf hinwirken, bereits versiegelte Böden, deren Versiegelung dauerhaft nicht mehr notwendig ist, in den natürlichen Bodenfunktionen wiederherzustellen und zu entsiegeln, soweit dies erforderlich und zumutbar ist.

Das Klimaanpassungsgesetz soll die Planung und Steuerung von Maßnahmen der Klimaanpassung in ganz Deutschland regeln. Die Sicherung der Finanzierung der „erforderlichen Maßnahmen“, die normalerweise vor Rechtsgültigkeit eines Gesetzes sichergestellt sein muss, wird „als nächster Schritt“ angekündigt. „In der Umweltministerkonferenz wird diskutiert, ob die Beteiligung des Bundes an dieser langfristigen Aufgabe durch die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz abgesichert werden sollte“, lässt Lemke verlauten. „Wer bestellt, bezahlt“, sagte der frühere Bundespräsident Roman Herzog. Daraus entwickelte man in Bayern das Konnexitätsprinzip.

### BMUV ergänzt „modellhaft“

Neben den für Länder und Kommunen verpflichtenden Regeln möchte das BMUV „über das Gesetz hinaus ... auch weiterhin Länder und Kommunen bei der Erstellung von Klimaanpassungskonzepten durch eigene Förderprogramme und durch das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) unterstützen“. Mit der Förderrichtlinie „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ solle „gezielt die strategische Steuerung der nachhaltigen Anpassung an den Klimawandel in Kommunen mithilfe nachhaltiger kommunaler Anpassungskonzepte weiter vorangebracht werden“. Unter anderem fördert dieses Programm den Einsatz von „Klimaanpassungsmanagern\*innen“ [sic!]. Mit Hilfe der Förderrichtlinie „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnpaSo)“ möchte das BMUV ferner modellhaft dazu beizutragen, akute klimatische Belastungen in sozialen Einrichtungen abzumildern und diese auf zukünftige klimatische Veränderungen vorzubereiten. Informationen auf der Themenseite des BMUV unter: <https://www.bmu.de/WS7195> □

GZ

KOLUMNE  
Franz Löffler

### Liebe Leserinnen und Leser,

als Verwaltungsbeamter der Stadt Waldmünchen habe ich den Fall des „Eisernen Vorhangs“ mit eigenen Augen vor Ort in Waldmünchen/Höll am Grenzzaun erlebt. Am 26. Januar 1990 wurde der Grenzübergang symbolisch wieder geöffnet, die offizielle Grenzöffnung erfolgte mit einem Festakt am 1. August 1990.

Diese Zäsur der Weltgeschichte und die daraus folgende Entwicklung konnte ich als Bürgermeister von Waldmünchen (2002 bis 2010), Bezirkstagspräsident der Oberpfalz (seit 2008), Landrat des Landkreises Cham (seit 2010) und als Präsident des Bayerischen Bezirkstags (seit 2018) gemeinsam mit zahlreichen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus Bayern und Tschechien aktiv mitgestalten.



Mehr als 28.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Tschechischen Republik sind sozialversicherungspflichtig im bayerischen Grenzraum beschäftigt. Allein in den Landkreis Cham pendeln täglich rund 5.700 Menschen aus der Tschechischen Republik bzw. dem Nachbarbezirk Pilsen ein. Auch der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Grenze in entgegengesetzter Richtung überqueren, steigt.

### Zusammenarbeit konkret

Einen wichtigen Beitrag leisten dazu die beim Bezirk Oberpfalz mit Unterstützung des Bayerischen Finanzministeriums eingerichteten Beratungsbüros. Diese beraten kleine und mittelständische Unternehmen gezielt zu Fördermöglichkeiten und begleiten bei der Umsetzung innovativer Projektideen. Seit 2016 konnten 57 Unternehmen in der Region Fördermittel in Höhe von 9,3 Millionen Euro einwerben.

Auch der Bezirk Pilsen punktet mit hochwertigen Einrichtungen wie der Westböhmisches Universität (gegründet 1991), die vier eigene Forschungszentren unterhält. Allein in den letzten Jahren konnten 113 Patente angemeldet werden.

Ein weiterer Motor der Zusammenarbeit ist die im Sommer 2012 gegründete Europaregion Donau-Moldau (EDM). Die Oberpfalz, der Bezirk Pilsen und fünf weitere Regionen aus Bayern, Österreich und der Tschechischen Republik ergreifen die Initiative bei Zukunftsthemen wie Industrie 4.0., Gesundheit oder Digitalisierung. Seit Sommer 2023 unterstützt der Bezirk auch die Regionalkooperation Oberpfalz-Pilsen, die seit 2001 zwischen der Regierung der Oberpfalz und dem Bezirksamt Pilsen besteht. Vertreter des Bezirks leiten die Arbeitsgruppen „Kultur“ und „Soziale Dienste“.

Im April 2023 hat der Beirat für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik seine Arbeit aufgenommen, dessen stellvertretenden Vorsitz ich seit der Gründung inne habe. Konkrete Erfolge gelungener Kooperation sind zum Beispiel der grenzüberschreitende Rettungsdienst und das Feuerwehrewesen. Im Rettungswesen sichert die Zusammenarbeit eine schnelle Erstversorgung der Bevölkerung im Grenzraum. So kann über eine spezielle Kommunikationssoftware mit dem Namen Babylon 2 eine grenzüberschreitende Verständigung und Alarmierung gewährleistet werden. In mehr als 720 Einsätzen haben verletzte Bürgerinnen und Bürger bisher davon profitiert.

Wir sind auf einem sehr guten Weg, weil Wirtschaft, Politik und die Menschen beiderseits der Grenze vorankommen wollen für Frieden, Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand. Bilanziert man die Erfolge der Zusammenarbeit kann man feststellen: Die Grenzöffnung 1989/90 war das größte Wirtschaftsförderprogramm aller Zeiten für beide Länder.

### Ihr Franz Löffler

Bezirkstagspräsident und  
Bezirkstagspräsident der Oberpfalz  
sowie Landrat des Landkreises Cham

## Erfolgreiche Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Die Entwicklung oberpfalz-tschechischer Beziehungen seit 1990

Wir sollten aber nie vergessen: Damals wie heute sind es die Menschen, die durch Zuversicht, Fleiß und Vertrauen die Veränderungen im deutsch-tschechischen Miteinander vorangebracht haben.

### Erfolgreicher Handel gleichberechtigter Partner

Rund ein Drittel der tschechischen Exporte geht seit langem in die Bundesrepublik, und deutsche Unternehmen beschäftigen knapp eine halbe Million Menschen in Tschechien. Auch für die deutsche Seite ist die Verflechtung wichtig: Im Jahr 2023 war die Tschechische Republik gemessen am Handelsumsatz der zehntgrößte Handelspartner Deutschlands. Für Bayern ist Tschechien beim Export der drittgrößte Handelspartner (Quelle: Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer).

Heute pflegen über 3.000 bayerische Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit Tschechien; ungefähr 350 bayerische Firmen sind mit Niederlassungen in Tschechien vertreten. Davon haben 166 eigene Produktionsstätten. Die Region Pilsen und die Oberpfalz erwirtschaften zusammen jährlich weit über 60 Mrd. Euro.

### Dynamischer Arbeitsmarkt mit hoher grenzüberschreitender Verflechtung

Der Quantensprung in der wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich auch ablesen in der Historie der Arbeitslosenquote: Diese lag in den Wintermonaten vor der Grenzöffnung noch bei rund 50 Prozent im damaligen Landkreis Kötzing. Aktuell beträgt die Quote in der Oberpfalz 3,2 Prozent und in der Region Pilsen 2,9 Prozent.

### Zensus 2022 für Bayern:

## Innenminister Herrmann stellt zentrale Ergebnisse vor

Bevölkerung im Freistaat ist gewachsen und älter geworden  
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Ergebnisse des Zensus 2022 für Bayern im Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth vorgestellt. Eine der zentralen Botschaften laut Herrmann: „Die Bevölkerung im Freistaat ist gewachsen, aber auch älter geworden.“ So stieg die Bevölkerungszahl im Freistaat seit dem letzten Zensus vor elf Jahren zum Stichtag 15. Mai 2022 um knapp 5,2 Prozent auf rund 13,04 Millionen Menschen.

Das größte Wachstum zeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern mit 8,1 Prozent (350.822 Personen) und Schwaben mit 6,4 Prozent (113.806 Personen). Bis auf Oberfranken (-1,5 Prozent, 16.011 Personen) ist die Bevölkerung in allen Regierungsbezirken gewachsen. „Die Zensus-Ergebnisse bestätigen uns darin, die Attraktivität aller Regionen Bayerns im Blick zu haben und vor allem auch außerhalb der Ballungszentren zu erhöhen“, fasste der Minis-

ter zusammen. „Unser Ziel sind möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.“

### Zuzug aus dem Ausland

Das Gros des Bevölkerungsanstiegs ist laut Herrmann auf den Zuzug aus dem Ausland zu rüchzuführen. Etwa 1,86 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft wohnen zum Stichtag 2022 in Bayern (14,3 Prozent der Gesamtbevölkerung), davon knapp

964.000 Erwerbstätige sowie gut 293.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 2011 waren es 1,02 Millionen (8,2 Prozent der Gesamtbevölkerung), davon 569.000 Erwerbstätige sowie 119.000 unter 18-Jährige. „Wir brauchen angesichts der demografischen Entwicklung den Zuzug ausländischer Fachkräfte“, betonte Herrmann. „Die illegale unkontrollierte Migration stellt uns aber vor große Herausforderungen und bringt unsere Kommunen sowie unser Sozialsystem an die Belastungsgrenze. Umso wichtiger ist ein grundlegender Kurswechsel in der Migrationspolitik seitens der Bundesregierung!“

### Steigendes Durchschnittsalter

Nach den Ergebnissen des Zensus 2022 betrug das durchschnittliche Alter in Bayern 43,7 Jahre. „Wir liegen damit noch unter dem Bundesdurchschnitt mit 44,3 Jahren, müssen aber auch feststellen, dass die bayerische Bevölkerung im Durchschnitt um mehr als ein Jahr ge- (Fortsetzung auf Seite 4)

## Gutes Altwerden ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Jung, erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. „Mobilität bedeutet Lebensqualität und hat viele Gesichter: Gehen, Fahrradfahren, E-Bike, E-Rollator, Auto, Bus, Tram und Bahn. Eine generationengerechte Mobilität funktioniert nur über die gesamte Mobilitätskette.“

### Generationengerechte Mobilität

Die Mobilitätsbedürfnisse älterer Menschen sind heterogen, sie sind bestimmt von der Raumstruktur in Stadt und Land, abhängig von der Gesundheit, vom sozialen Umfeld, vom Wohnumfeld im Quartier. Kurze Wege sind entscheidend – zum Einkauf, zum Arzt, zu Konzert, Theater oder Freizeitaktivitäten. Städte und Gemeinden stehen dabei vor unterschiedlichen Herausforderungen. Während in Ballungsräumen meist ein gut funktionierender öffentlicher Nahverkehr vorhanden sei und es dort darum gehe, das Angebot seniorengerecht und barrierearm zu gestalten, ist es in ländlichen Gebieten Jung zufolge oft nicht möglich, den öffentlichen Nahverkehr adäquat anzubieten, weshalb Senioren häufig auf das Auto angewiesen seien. Bayerische Kommunen hätten sich bereits auf den Weg gemacht und böten Ruf- oder Flexibusse an, um allen Menschen mehr Möglichkeiten der Mobilität zu geben. „Künftig werden Modelle, wie autonomes Fahren, fahrerlose Züge oder Busse hinzukommen“, so der Vizepräsident.

Seinen Ausführungen zufolge

## Innenminister Herrmann ...

(Fortsetzung von Seite 1)

altert ist. Die Geburtsjahrgänge der letzten elf Jahre sind geringer ausgefallen“, so Herrmann. Hier machten sich nach Herrmanns Worten besonders regionale Unterschiede bemerkbar: In Schwaben und Oberbayern gebe es den größten Anteil von Kindern und Jugendlichen, das Durchschnittsalter liege bei 43,6 beziehungsweise 42,8 Jahren. In anderen Regierungsbezirken falle die Alterung der Bevölkerung deutlicher aus, beispielsweise in Oberfranken mit 45,3 Jahren oder in Unterfranken mit 44,7 Jahren.

### Wohn- und Lebenssituation

Auch die Wohn- und Lebenssituation der Menschen ist im Rahmen des Zensus untersucht worden. Demnach ist die Anzahl an Wohngebäuden auf mehr als 3,13 Millionen gestiegen, die Zahl der Wohnungen auf rund 6,41 Millionen. Erstmals wurden im Rahmen des Zensus auch Bestandsmieten aller Wohnungen abgebildet. „In ganz Bayern lag die durchschnittliche Nettokaltmiete bei 8,74 Euro“, erklärte Herrmann. „Die Spanne der durchschnittlichen Nettokaltmiete pro Quadratmeter ist jedoch enorm und bewegt sich von 5,99 Euro in Oberfranken bis hin zu 10,95 Euro in ganz Oberbayern und sogar 12,89 Euro in München.“

### Informationen

Die Statistiken zum Zensus sind auch auf der Webseite des Bayerischen Landesamts für Statistik (<https://statistik.bayern.de/>) abrufbar. Ausgewählte Zensus-Ergebnisse für die Regierungsbezirke wird das Landesamt auf Regional-Presskonferenzen bekanntgeben. □

müssen Bund und Freistaat die Investitionen mit mehr Regionalisierungsmitteln und mit der besseren Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs deutlich erhöhen. Nur so könne der öffentliche Nahverkehr einen besseren Beitrag in Stadt und Land leisten.

### Bund und Freistaat sind gefordert

Generationengerechte Mobilität umfasse Verkehrsanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen für Bus, Tram und U-Bahnen, akustische und visuelle Signale an Haltestellen und in Bussen, Toiletten an Bahnhöfen und Plätzen. Und schließlich müssten die Ziele barrierefrei sein – Ärztehäuser, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Geschäfte, Konzerthallen, Schwimmbäder. Barrierefrei müsse auch das Ticket für Bus und Bahn sein, „denn Digitalisierung ist kein Allheilmittel“, bemerkte Jung.

„Kommunen geben Hilfe zur Selbsthilfe, um Seniorinnen und Senioren durch Höhen und Tiefen zu begleiten“, unterstrich der zweite stellvertretende Vorsitzende, Weilheims Erster Bürgermeister Markus Loth. Wichtig für ein langes gesundes Leben seien Prävention und Vermeidung von Risikofaktoren. Die Förderung körperlicher Aktivität und Mobilität sei elementar – in der Reha, im Pflegeheim und Zuhause.

### Pflege fit für die Zukunft und bezahlbar machen

Wenn Prävention nicht mehr hilft, müsse für Seniorinnen und Senioren eine flächendeckende wohnortnahe medizinische Versorgung gesichert sein, was sich derzeit jedoch ungünstig entwickelt, so Loth: Bei Krankenhäusern stünden Kommunen vor enormen Herausforderungen, sie seien als Träger oft zu Ausfallbürgen geworden. Bei hausärztlicher Versorgung gälten 25 von 204 Planungsbereichen in Bayern bald als unterversorgt. Die Zahl der Apotheken sinke, Lieferservice und Internet seien nur bedingt Alternativen, da die persönliche Beratung häufig fehle.

„Eine große Welle rollt bei der Pflege auf uns zu. Immer mehr Pflegebedürftige kommen auf immer weniger Pflegepersonal. Es ist höchste Zeit, die Pflege fit für die Zukunft zu machen“, bemerkte der stellvertretende Verbandschef. Es brauche zusätzliche Unterstützung für Angehörige und ein System vernetzter Versorgungsformen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Ein wichtiger Baustein sei die wohnortnahe ambulante und stationäre Pflege. Der Pflegebedarf müsse attraktiver sein. Bürokratie sei abzubauen, etwa bei der Anerkennung von ausländischen Pflegeabschlüssen. Mut für neue Wege, wie die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer, die mit Hilfestellungen die Pflegebedürftigkeit lindern kann, sei vonnöten.

Die Pflege muss für Pflegebedürftige bezahlbar sein. Es dürfe nicht zur Regel werden, dass der Sozialhilfeträger einspringen muss, betonte Loth. Steigende Sozialhilfekosten schränkten kommunale Handlungsspielräume ein. Hier sei die Pflegeversicherung angemessen auszugestalten. Auch sei die Finanzierung der Langzeitpflege sicherzustellen.

Die angesprochenen Schwerpunktthemen fanden auch Eingang in eine Podiumsdiskussion, an der Sozialministerin Ulrike Scharf, die Neu-Ulmer Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger, ihre Regensburger Amtskollegin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, der Hersbrucker Bürgermeister Robert Ilg und Professor Dr.

Andreas Kruse, Psychologe und Gerontologe von der Universität Heidelberg, teilnahmen.

### Verbesserte Förderung in Bayern

Wie Staatsministerin Scharf betonte, lebten in Bayern aktuell 2,8 Millionen Bürger im Alter von über 65 Jahren in Bayern. In 20 Jahren werden es bereits 3,5 Millionen sein, d.h. ein Viertel der Bevölkerung. Diesem Umstand gelte es Rechnung zu tragen. So habe das bayerische Sozialministerium zum 1. Juni 2024 eine Neufassung der Förderlinie „Selbstbestimmt Leben im Alter – SeLA“ veröffentlicht. Neu ist insbesondere ein verbessertes Förderangebot für finanz- und strukturschwache Kommunen. Sie können künftig für seniorengerechte Quartierskonzepte nach Ablauf der vierjährigen Anschubfinanzierung eine jährliche Anschlussförderung beantragen.

Eine wichtige Rolle spielten neben den großen Themen Mobilität und Barrierefreiheit auch die Koordinierungsstelle Wohnen im Alter sowie die Teilhabe älterer Menschen in den Kommunen, sei es über das Ehrenamt oder Kontakte wie Mehrgenerationenhäuser.

### Ehrenamtliche integrieren

Das Ehrenamt wird Rathauschef Ilg zufolge größtenteils von Menschen im höheren Alter mit entsprechend größerer Lebenserfahrung getragen. Jedoch werde in Hersbruck auch versucht, jüngere Bürger, die sich engagieren und Hilfestellung leisten, über eine Lenkungsgruppe einzubinden. Ein gutes Beispiel hierfür sei das Reparaturcafé.

„Bereits seit den 1990er Jahren verfügt Regensburg über ein eigenes Seniorenamt“, berichtete Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer. „Wir bieten den hauptamtlichen Hintergrund für hohes Engagement in unserer Kommune.“ Exemplarisch nannte das Stadtoberhaupt den Treffpunkt Seniorenbüro, Aktivzentren für Senioren sowie das vom Seniorenamt organisierte Netzwerk „Regensburgs nette Nachbarn“, bestehend aus Kirchengemeinden, Altenclubs, Nachbarschaftshilfe, Besuchsdiensten und Stadtteilkümmern.

Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt zu schaffen, ist aus Sicht von Oberbürgermeisterin Albsteiger sehr wichtig. Im „Generationentreff“ in Neu-Ulm versuche die ältere Generation, mit Schulen und Kindergärten in Kontakt zu treten und Kooperationsveranstaltungen durchzuführen. Die Stadt biete hierfür die entsprechenden Räumlichkeiten.

### Generationenübergreifende Projekte

Ein ambitioniertes Bauprojekt stellt das „Heiners“ in der Neu-Ulmer Innenstadt dar. In dem siebengeschossigen Bau sollen ab 2025 unter anderem die Stadtbücherei, rund 50 generationenübergreifende Wohnungen, ein Generationentreff mit Seniorenberatung, Cafés, Restaurants und Büros Platz finden. Angedacht ist darüber hinaus, die städtische Musikschule für Senioren ebenso zu öffnen wie auch in der VHS mehr Angebote für diese Altersgruppe zu schaffen.

### Joachim Herrmann für aktive Seniorenpolitik

„Jeder Vierte in Deutschland ist aktuell 60 Jahre oder älter. Hierauf müssen wir mit einer aktiven Seniorenpolitik reagieren und die Weichen für ein gutes Leben im Alter stellen“, hatte Kommunalminister Joachim Herrmann im Rahmen des Festabends betont. „Unsere Kommu-

nen können hier einen großen Beitrag leisten, damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung wohnen können.“ Dazu zähle etwa eine altersgerechte Infrastruktur, aber auch die konsequente Einbindung von Seniorenbeiräten und -beauftragten. Besonders erfreulich für Herrmann: Fast alle bayerischen Gemeinden haben bereits eine Seniorenvertretung. „Hier müssten wir auch weiter ansetzen, das Engagement von Seniorinnen und Senioren noch stärker nutzen und von ihrem wertvollen Erfahrungswissen profitieren“, betonte der Minister.

### Nachwuchsgewinnung für die Kommunalpolitik

Laut Herrmann ist in diesem Zusammenhang auch die große Anzahl kommunaler Amtsträger über 60 Jahre beachtenswert: „In Bayern sind 629 von insgesamt 2.031 Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bereits älter als 60 Jahre. In diesem Jahr kommen nochmals weitere 74 hinzu.“ In den 25 kreisfreien Städten zei-

ge sich ein ähnliches Bild: „Auch hier werden Ende des Jahres zehn Oberbürgermeister über 60 Jahre alt sein.“ Hinzu komme, dass mehr als ein Viertel aller bayerischen Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie sechs Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister bereits drei Amtsperioden oder sogar noch länger im Amt sind.

Mit Blick auf die kommenden Gemeinde- und Landkreiswahlen in weniger als zwei Jahren betonte Herrmann: „Angesichts des demographischen Wandels dürfen wir auch in der Kommunalpolitik die Nachwuchsgewinnung nicht aus den Augen verlieren.“ Gerade in der heutigen Zeit sei es wichtig, Nachwuchs zu finden, der bereit und fähig ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und die Zukunft der Gesellschaft mitzugestalten. „Hier sind wir alle gefragt: Wir müssen aktiver werden und unsere Werte wie Respekt, Menschlichkeit und Toleranz hochhalten, mit Leben füllen und verteidigen. Angriffe auf Kommunalpolitiker dürfen wir keinesfalls hinnehmen“, forderte der Minister abschließend. **DK**

## Inklusion im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

wichtige Aufgaben bei der Kultur- und Heimatpflege in Bayern. Unterstützung durch den Freistaat

### Bessere Ergebnisse durch Pooling

Laut einer aktuellen Studie bringt das Pooling von Schulbegleitern für die betroffenen Schüler bessere Ergebnisse als die Zuordnung einer Individualbegleitung. Dies zeige, dass es sich oft lohnt, die aktuelle Praxis auf den Prüfstand zu stellen. Konkret seien Prozesse in der sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge neu zu denken. Dafür werde die Unterstützung von Freistaat und Bund benötigt. Nur mit einem flexiblen Ordnungsrecht könnten jeweils passende Lösungen für die Bedarfe vor Ort gefunden werden.

Als weitere große Herausforderung nannte der Bezirkstagschef die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt. Die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Höhe der Steuereinnahmen hielten der Ausgabenentwicklung insbesondere im Sozialbereich derzeit nicht stand. Löffler zufolge werden die Bezirke auf Dauer höhere staatliche Zuweisungen benötigen. Nur so könnten sie ihre Aufgaben insbesondere bei der Sicherstellung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und einer menschenwürdigen Pflege weiterhin gewährleisten, ohne die Umlagezahler zu überfordern.

In seiner Festrede hob Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann die vielfältige Arbeit der Bezirke als dritte kommunale Ebene hervor, die unmittelbar in das Leben der Bürgerinnen und Bürger hineinwirke. Mit umfassenden, wohnortnahen Leistungsangeboten ermöglichten sie Menschen mit Behinderung Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und förderten die Inklusion vor allem auch im Arbeitsleben. Zudem trügen sie erheblich zur gesundheitlichen Versorgung bei und unterhielten rund ein Fünftel aller Krankenhausbetten im Freistaat. Auch erfüllten sie

wichtige Aufgaben bei der Kultur- und Heimatpflege in Bayern.

### Unterstützung durch den Freistaat

Der Freistaat unterstütze die wichtige Arbeit der Kommunen und Bezirke nach Kräften, auch in finanzieller Hinsicht, bekräftigte der Minister. Zwar steige im laufenden Jahr die Umlagekraft der bayerischen Bezirke um durchschnittlich rund 7 Prozent, allerdings würden die Einnahmewüchse durch den inflationsbedingten Preisanstieg und den Kaufkraftverlust erheblich geschmälert. Besonders laufende Ausgaben wie Personalkosten, Sozialausgaben oder die kommunalen Zinsausgaben nähmen kontinuierlich zu.

„Generell ist auch aufgrund der kommunalfreundlichen Politik der Staatsregierung die Finanzlage unserer Kommunen deutlich besser als in den meisten anderen Bundesländern“, unterstrich Herrmann. Gleichwohl gelte es, die Entwicklungen weiter „mit wachem Auge zu beobachten“, um die Kommunen weiterhin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bestmöglich begleiten zu können. Einen wichtigen Beitrag hierzu leiste auch der kommunale Finanzausgleich, der trotz angespannter Haushaltslage des Freistaats für 2024 ein neues Spitzenniveau erreicht. So werden die Zuweisungen an die Bezirke um 10 Millionen Euro auf 716,5 Millionen Euro erhöht.

### Potenziale besser nutzen

Beim Fachtag zur Inklusion im Arbeitsleben wies Präsident Löffler darauf hin, dass in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels das Potenzial von Menschen mit Einschränkungen besser genutzt werden müsse. „Durch die vielfältigen Perspektiven und Talente, die Menschen mit Behinderungen einbringen, wird Kreativität gefördert, Innovation vorangetrieben und ein Arbeitsumfeld geschaffen, das für alle fairer und gerechter ist.“

Um inklusive Arbeitsplätze zu schaffen, bedürfe es neben der Bereitschaft der Arbeitgeber oft auch der richtigen Beratung bzw. Unterstützung. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stelle das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Behinderungen in den Vordergrund. Entsprechend ihren Wünschen, Bedürfnissen und Fähigkeiten hätten sie Wahlfreiheit, wie und wo sie am Arbeitsleben teilhaben. Als Träger der Eingliederungshilfe förderten die Bezirke deshalb

bereits vielfältige Maßnahmen, um den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dafür sei ein starkes Netzwerk aus unterschiedlichen Akteuren notwendig.

Auch Dr. Markus Gruber, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, betonte, welch hoher Stellenwert der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung beigemessen wird: „Gemeinsam mit den bayerischen Bezirken arbeiten wir auf das Ziel einer inklusiven Gesellschaft hin. Dabei haben wir in Bayern schon vieles erreicht.“ Laut Inklusionsbarometer Arbeit 2023 der Aktion Mensch ist die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung 2022 auf einen Tiefstwert von knapp unter 11 Prozent gesunken. Jedoch liegt sie noch immer mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote.

### Projekt BÜWA

Laut Löffler riefen das Bayerische Sozialministerium, die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen, die Integrationsfachdienste, alle bayerischen Bezirke sowie der Bayerische Bezirkstag im Jahr 2014 das Projekt BÜWA (Begleiteter Übergang aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt) ins Leben. Mit diesem Projekt soll für Menschen mit Behinderung der Weg aus der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Zudem sollen Arbeitgeber motiviert werden, Menschen aus Werkstätten einzustellen. „Beim Projekt BÜWA war entscheidend, dass erstmals alle beteiligten Träger an einem Strang zogen. Aber auch bei anderen Angeboten wie beispielsweise dem Budget für Arbeit zeigt sich, dass der Schlüssel in der engen Kooperation aller beteiligten Akteure liegt“, bemerkte der Verbandschef.

### Individuelle Lösungen

Besonders die Bundesagentur für Arbeit spiele eine wichtige Rolle in diesem Zusammenspiel aus verschiedenen Akteuren. Mit einem breit gefächerten Portfolio an Unterstützungsmöglichkeiten würden gemeinsam mit den Unternehmen Lösungen gesucht, die genauso individuell sind, wie die Einschränkungen der Arbeitssuchenden.

Menschen mit einer Behinderung sollen nicht nur einen Arbeitsplatz finden, der zu ihnen passt, sondern dieser soll auch so ausgestaltet sein, dass sie ihr volles Potenzial entfalten können, unterstrich auch Dr. Markus Schmitz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit: „Durch vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten der Arbeitsagenturen und Jobcenter tragen wir dazu bei, dass Inklusion gelingt... Die enge Zusammenarbeit im Netzwerk der Eingliederungshilfe baut Hürden ab und bringt die Inklusion in der Gesellschaft voran.“

### Barrieren abbauen

Insbesondere bei den Übergängen von den Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sei das vorhandene Instrumentarium der Bundesagentur für Arbeit äußerst hilfreich und zielführend, betonte Löffler. Dies müsse auch für in Werkstätten beschäftigte Menschen gelten, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – gegebenenfalls mit Unterstützung durch ein Budget für Arbeit – tätig werden wollen. Gemeinsames Ziel müsse sein, Barrieren abzubauen – seien es physische, kommunikative oder strukturelle Hürden. **DK**

Bilanzzahlen 2023 der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

## Stabile Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2023 war international weiterhin von wirtschaftlichen und politischen Krisen geprägt. Innerhalb der deutschen Wirtschaft führten geringere Exportnachfrage und inflationsbedingt zurückhaltender Privatkonsum im Jahresverlauf zu einer Rezession. Die fortgesetzten Leitzinsanhebungen der EZB milderten die Inflation ab, führten jedoch auch zu einer weiteren konjunkturellen Abkühlung. Im Großraum München und somit auch dem Geschäftsgebiet der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg ist diese insbesondere in der Immobilienbranche spürbar.

Das Kundengeschäftsvolumen der Kreissparkasse, welches sich aus Kundeneinlagen, Kundenkrediten und dem Volumen der Kunden-Wertpapierdepots zusammensetzt, stieg leicht um 0,6 Prozent (165 Millionen Euro) und betrug zum Jahresende 2023 rund 26,2 Milliarden Euro.

Der Bestand an Kundeneinlagen sank um 4,3 Prozent auf rund 10,7 Milliarden Euro. „Kundinnen und Kunden haben im vergangenen Jahr das gestiegene Zinsniveau genutzt und ihre kurzfristigen Einlagen verstärkt in mittel- bis langfristig ausgerichtete Anlageformen umgeschichtet“, erläutert Andreas Frühschütz, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse.

So stieg das Gesamtvolumen von Sparkassenbriefen mit Laufzeiten von einem bis zu zehn Jahren im Jahr 2023 weiter an auf rund 1 Milliarde Euro. Der Anteil täglich fälliger Anlagen auf den Konten der Kundinnen und Kunden sank bis zum Jahresende auf rund 74 Prozent. „Bei unserer Einlagenentwicklung kommt hinzu, dass viele Menschen in Folge schnell gestiegener Lebenshaltungskosten und teilweise noch nicht nachgezogener Löhne im vergangenen Jahr etwas weniger Geld zurücklegen konnten, als in den Vorjahren oder möglicherweise gar ihre Rücklagen antasten mussten“, fuhr Frühschütz fort.

Bei Krediten war ein leichter Rückgang von 1,1 Prozent im Gesamtbestand auf rund 10,4 Milliarden Euro zu verzeichnen. Insbesondere die Nachfrage nach neuen Wohnbaufinanzierungen ging unter dem Eindruck der weiteren Zinserhöhungen merklich zurück. „Bis zur Jahresmitte 2023 waren Finanzierungen bei weiterhin hohen Bau- und Kaufpreisen für viele Interessenten nicht mehr realisierbar“, so Frühschütz. „Marktbedingte Zinssenkungen sowie rückläufige Kaufpreise führten jedoch ab der zweiten Jahreshälfte zu einer Trendumkehr, so dass wir mittlerweile wieder deutlich mehr Kredite im Wohnbaugeschäft neu zusagen“, erläutert Frühschütz.

In den Wertpapierdepots der Kundinnen und Kunden spiegelte sich 2023 die positive Zinsentwicklung und der Aufwärtstrend an den Aktienmärkten wider. Während im Vorjahr noch ein Rückgang im Wertpapierbestand zu verzeichnen war, mündeten insbesondere Kursgewinne 2023 in einen Zuwachs um 17,2 Prozent und einen Gesamtbestand von rund 5,2 Milliarden Euro zum Jahresende.

### Ertragsentwicklung

Die Zinsspanne als wichtigste Ertragsquelle der Kreissparkasse entwickelte sich 2023 positiv: Erwirtschaftet wurde ein Zinsüberschuss in Höhe von 220 Millionen Euro.

Das Provisionsergebnis verminderte sich gegenüber dem Jahr 2022 um rund 2 Millionen Euro auf 67 Millionen Euro. Hier machten sich vor allem die Auswirkungen der schwierigen Bedingungen auf dem Immobilienmarkt auf unsere Im-

mobilienvermittlung bemerkbar. Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) bewegten sich mit 141 Millionen Euro leicht über dem Vorjahr (139 Millionen Euro).

Während im Vorjahr 2022 durch den abrupten Zinsanstieg noch ein hoher vorübergehender Abschreibungsbedarf auf unsere festverzinslichen Eigenanlagen im Wertpapierbereich ausgelöst wurde, konnte dieser 2023 in Folge der Zinsentwicklung zum Jahresende zu nennenswerten Teilen wieder wettgemacht werden.

Darüber hinaus ermöglicht das durch die Marktrentenentwicklung erzielte Ergebnis die weitere Stärkung der Reserven. „Mit unseren Überschüssen stärken wir vorausschauend unsere Rücklagen, um unsere Finanzierungskraft auch unter unsicheren Bedingungen zu erhalten und der regionalen Wirtschaft ein zuverlässiger und starker Partner zu bleiben“, so Frühschütz. „Zudem konnten wir aufgrund des guten operativen Ergebnisses auch die Vorsorgereserven wieder auffüllen, die wir im vergangenen Jahr zum Ausgleich vorübergehender Bewertungsabschläge auf unseren eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand reduziert hatten.“

Von ihrem Ergebnis führt die Kreissparkasse voraussichtlich 42 Millionen Euro Steuern ab. Darin sind knapp 20 Millionen Euro Gewerbesteuer an die Kommunen im Geschäftsgebiet enthalten. Der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von rund 27 Millionen Euro wird den Rücklagen zugeführt.

„Wir blicken auf ein turbulentes Jahr 2023 zurück“, so der Vorstandsvorsitzende. „Das wieder anziehende Kreditgeschäft im vierten Quartal sowie das leicht abgesunkene Zinsniveau haben uns letztendlich ein positives Jahresergebnis beschert. Dies darf aber nicht über die erheblichen Herausforderungen unseres Umfelds hinwegtäuschen. Wir setzen weiterhin auf vorausschauende wirtschaftliche Planung und solide Margen als Grundlage dafür, unseren öffentlichen Auftrag auch künftig uneingeschränkt zu erfüllen.“

### An der Seite der regionalen Wirtschaft

Unternehmerische Kunden der Kreissparkasse standen 2023 großen Herausforderungen in Verbindung mit sinkenden Exporten, steigenden Zinsen, einer schwächelnden Konjunktur und einem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel gegenüber. Das gestiegene Zinsniveau stellt insbesondere die im Immobiliensektor tätigen Kunden, aufgrund von Preiskorrekturen und schwacher Nachfrage, vor große Herausforderungen. Die nach wie vor nicht beseitigte Wohnraumknappheit, steigende Tariflöhne und im Langfristvergleich nach wie vor moderate Bauzinsen sollten mittelfristig hier jedoch für eine Entspannung sorgen.

„Angesichts der Unwägbarkeiten im nationalen und internationalen Umfeld wollen wir unseren mittelständischen Kunden verlässlich und bedarfsgerecht zur Seite stehen“, erklärt Andrea

Felsner-Peifer, die im Vorstand der Kreissparkasse das Geschäft mit unternehmerischen Kunden verantwortet. Der gesetzlich vorgegebene Weg hin zu Klimaneutralität und Dekarbonisierung stelle die Unternehmen in den kommenden Jahren vor wahre Mammutaufgaben. „Die Transformation unserer Wirtschaft wird mittel- bis langfristig erhebliche Investitionen erfordern. Wir begleiten unsere Kunden bei den Entscheidungen und Vorhaben, die in diesem Zusammenhang zu realisieren sind“, so Felsner-Peifer. „Dazu zählen zum Beispiel Investitionen in Gebäude zur Verbesserung der Energieeffizienz oder zur Umstellung der Energieversorgung.“

### Ausbau von Kundenberatung und -service

Kundinnen und Kunden bedarfsgerecht zu beraten ist erklärtes Ziel der Kreissparkasse. Mit einer qualifizierten Beratung im unternehmerischen Generationenmanagement sowie für Ausübende von Heilberufen hat sie ihr Angebot weiter ausgebaut. Auch die Teams im telefonischen Service-Center für Privatkunden sowie im BusinessCenter für Firmenkunden werden sukzessive verstärkt. Diese stehen von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung. Als bequeme Alternative zum Besuch einer Filiale dienen darüber hinaus die mehrfach ausgezeichnete Banking-App Sparkasse sowie das Online-Banking.

### Nachhaltig in die Zukunft

Die Kreissparkasse hat sich den Weg zur Klimaneutralität auf die Fahnen geschrieben: Nicht vermeidbare Restemissionen kompensiert die Kreissparkasse seit 2023 freiwillig über die Aktion Zukunft+ der Landkreise München und Ebersberg in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Energieagentur Ebersberg-München gGmbH. Erklärtes Ziel ist, bis zum Jahr 2035 den eigenen Geschäftsbetrieb CO<sub>2</sub>-neutral zu gestalten. Erreicht werden soll dies unter anderem durch Energieeffizienz und -einsparung, beispielsweise durch weitere Flächenreduzierung im Rahmen von Home Office.

Ihren Papierverbrauch reduziert die Kreissparkasse bereits seit Jahren durch erhebliche Investitionen in die Digitalisierung, beispielsweise bei Kontoauszügen oder Kundenbriefen. Auch Emissionen ihrer Beschäftigten auf dem Arbeitsweg hat die Kreissparkasse im Blick und subventioniert zur Förderung klimafreundlichen Pendelns seit Juli 2023 allen Mitarbeitenden das Deutschlandticket.

### Fachkräfte im Fokus

Die Kreissparkasse sucht seit Jahren zunehmend qualifiziertes Personal für Beratung und Service. Das Thema rückte 2023 strategisch weiter in den Fokus: „Mit Blick auf die demografische Entwicklung allgemein und die Altersstruktur unserer Belegschaft arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Kreissparkasse als attraktive regionale Arbeitgeberin zu positionieren“, so Frühschütz.

Über eine Million Euro investierte die Kreissparkasse zwischen 2021 und 2023 in die technische Infrastruktur, um mobiles Arbeiten zu ermöglichen. „Daneben bieten wir erhebliche Zusatzleistungen wie Zuschüsse zur Verpflegung, zu Fitnessangeboten oder eben das Deutschlandticket, die unser bestehendes at-

traktives Leistungspaket für Beschäftigte ergänzen“, so der Vorstandsvorsitzende weiter.

### Gesellschaft/Soziales

Die Kreissparkasse engagiert sich für Soziales, Kultur, Bildung, Umwelt und Breitensport in ihrer Region: Mittels Spenden, Sponsoring und den vier gemeinnützigen Stiftungen der Kreissparkasse kamen 2023 über 1,2 Millionen Euro vielfältigen Initiativen, Einrichtungen und Vereinen zugute. Dazu zählten auch insgesamt 100.000 Euro, die im Rahmen der jährlichen Aktion „Spenden statt Weihnachtskarten“ ausgeschüttet wurden und im Dezember 2023 gezielt nachhaltigen Projekten und Initiativen aus der Region zugutekamen. So wurden etwa die Anschaffung einer Wärmebilddrohne zur Kitzretung oder ein Projekt gegen Lebensmittelverschwendung gefördert.

### Personelle Wechsel

Der Vorstand der Kreissparkasse ist seit April 2023 nun in neuer Zusammensetzung komplett: Andrea Felsner-Peifer, die zuletzt Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Freising Moosburg war, vervollständigte das dreiköpfige Vorstandsteam. Sie übernahm in ihrem Ressort unter anderem die Verantwortung für die Marktbereiche der unternehmerischen Kunden, das Private Banking und den Eigenhandel.

Eine Veränderung ergab sich auch im Verwaltungsrat der Kreissparkasse. Rolf Zeitler, Altbürgermeister von Unterschleißheim und Kreisrat, verstarb im Januar 2023 mit 79 Jahren. Sein

Nachfolger ist Jan Neusiedl, 1. Bürgermeister der Gemeinde Grünwald.

### Ausblick

„Wir leben in einer Zeitenwende: Die Entwicklungen der vergangenen Jahre, darunter die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, haben uns gelehrt, dass unvorhersehbare Ereignisse schnell unsere Tagesordnung bestimmen können. Gleichzeitig bauen wir in der Kreissparkasse auf unsere Erfahrung, dass wir mit umsichtigem und langfristig ausgelegtem Wirtschaften die beste Grundlage schaffen, uns für Herausforderungen zu rüsten“, stellte Frühschütz fest.

### Finanzminister Füracker:

## Abschaffung der Schuldenbremse löst längst nicht alle Probleme

Wirtschaftsleistung ankurbeln statt Zinslasten anhäufen

Nach Auffassung von Staatsminister Albert Füracker „sind die ewig monotonen Forderungen nach der Abschaffung der Schuldenbremse definitiv zu plump und lassen echten Reformwillen vermissen“. Deutschland sei auf intelligentere Ansätze angewiesen, um die derzeitigen Herausforderungen zu meistern.

Die Abschaffung der Schuldenbremse werde längst nicht alle Probleme lösen, so der Minister. „Man sieht dies auch am Beispiel des Bundes, der 2024 mit Zinszahlungen von über 37 Milliarden Euro kalkuliert - mehr als eine Verdoppelung seit 2022! Wir können es uns in Zeiten gestiegener Zinsen schlicht nicht leisten, alle nötigen Aufgaben mit immer neuen Schulden zu finanzieren. Auch in Folge verfehlter Wirtschaftspolitik ist Deutsch-

land beim Wirtschaftswachstum im Vergleich mit anderen EU-Ländern und führenden westlichen Industriestaaten auf einen der hintersten Plätze zurückgefallen. Ich rufe alle Verantwortlichen in diesem Land auf, endlich alle Kraft darauf zu verwenden, wie wir wieder mehr Wirtschaftsleistung erreichen können. Nur so kann unser Sozialsystem dauerhaft finanziert und gleichzeitig deutlich mehr investiert werden“, machte Albert Füracker deutlich.

Im laufenden Geschäftsjahr 2024 seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine schwächelnde Konjunktur, kriselnde Immobilienwirtschaft sowie die starke Konkurrenz um Einlagen der Kundinnen und Kunden für die Kreissparkasse besonders herausfordernd. Grundsätzlich rechne die Kreissparkasse mit einem Ergebnis unter dem des Vorjahres.

„Wir kalkulieren als Basis für unser Handeln natürlich mit einer Vielzahl möglicher Szenarien, aber selten war die Lage in der Wirtschaft und an den Zinsmärkten so volatil wie derzeit. Wir setzen unsere umsichtige Planung weiter fort, um für alle Entwicklungen gerüstet zu sein“, so der Vorstandsvorsitzende abschließend. □



# S wie Starkmacher.

### Finanzierungs-lösungen. Für Sie.

Sie gehen Ihren eigenen Weg. Dabei unterstützen wir Sie und sorgen für Liquidität, Schutz und Sicherheit. Damit unsere Finanzierungen Sie noch stärker machen.



Weil's um mehr als Geld geht.

## Finanzinstitute als Naturschützer

Biodiversität bietet Heimatbanken Chancen und testet ihre Glaubwürdigkeit

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Der Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen ist kein neues Thema. In den Programmen der politischen Parteien Deutschlands ist es – zugebenermaßen in unterschiedlichen Nuancierungen – seit Jahrzehnten gesetzt. Für die Koalitionsverträge der regierungstragenden Parteien gilt seit etlichen Regierungsperioden auf Bundes- und Landesebene Gleiches. Jahr für Jahr beschäftigen sich internationale Institutionen und Konferenzen mal mehr, mal weniger aufmerksamkeitswirksam mit Umwelt- und Naturschutz. Und die Dringlichkeit des Themas wächst. Auch in Deutschland. Aufgrund menschlichen Einwirkens gelten hierzulande 70 Prozent der natürlichen Lebensräume als gefährdet, 40 Prozent der einheimischen Tierarten sowie 70 Prozent der Amphibien- und Reptilienarten als bedroht. Ein Viertel der heimischen Farn- und Blütenpflanzen ist bestandsgefährdet. Zahlreiche Tierarten und Pflanzenarten sind bereits ausgestorben.

Ohne die in Abermillionen Jahren gewachsenen biologischen Ökosysteme wird menschliches Überleben schwer, auch wirtschaftlich. Für das Weltwirtschaftsforum stellt ihr möglicher

Verlust in den kommenden 10 Jahren ein wesentliches globales Risiko dar. Tritt das Risiko ein, wären die wirtschaftlichen Folgen immens. Davon jedenfalls geht die Weltbank aus und schätzt den jährlichen Verlust weltweit auf 2,7 Billionen US-Dollar, wenn nur drei Ökosysteme wie natürliche Bestäubung, Holz- und Fischangebot zusammenbrechen. Die Folge: Erhebliche Bremswirkungen auf die globale Wirtschaftsleistung.

### Naturschutz und die Bankenregulatorik

Alles Erkenntnisse, die schon seit längerem auch die Bankenregulatoren wie Europäische Zentralbank (EZB), Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Deutsche Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sensibel aufnehmen. Die EZB geht davon aus, dass in der Eurozone 75 Prozent der Unternehmenskredite in hoher Abhängigkeit von mindestens einer Ökosystemleistung stehen. Die Logik der Aufseher: Kollabiert die Natur, drohen unterbrochene Produktions- und Lieferketten, womöglich Kreditausfälle und damit Instabilitäten im Bankensystem. Das wiederum läuft dem Ziel der Bankenaufsicht zuwider, die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors sicherzustellen. Ergo: Naturschutz hat – von Finanzinstituten mit-

unter kaum wahrgenommen – bereits Einzug in die Bankenregulatorik gehalten.

Die Verantwortlichen und Mitarbeitenden in den Banken werden schon allein deshalb nicht umhinkommen, in nächster Zeit ihren Wortschatz (und den ihrer Kunden) um ein Wort zu erweitern: Biodiversität. Also den Erhalt der Mannigfaltigkeit an Pflanzen, Tieren, Lebensräumen und der genetischen Vielfalt an Arten sowie Populationen.

Der Umgang damit in der Praxis wird für Kreditinstitute und ihre Kunden alles andere als einfach. Naturbezogene Risiken und Chancen zu messen ist zweifellos nicht trivial. Ohne neue Kennzahlen, Steuerungsprozesse, Tools, Bewertungs- und Entscheidungskriterien sowie deren Dokumentation wird es nicht gehen. Leistbar ist es freilich allemal. Zumal der Zug längst abgefahren ist. Systemrelevante Banken müssen der EZB zeitnah aufzeigen, wie sie Biodiversitätsrisiken in ihr Risikomanagement integrieren. National beaufsichtigt Finanzhäuser haben dafür wohl noch einige Jahre Zeit. Gleichwohl wird auch an ihnen

### EU-Ratskompromiss zu CMDI:

## Nachbesserungen erforderlich

Der Rat der Europäischen Union (EU) hat seine allgemeine Ausrichtung zu den Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission für eine Änderung des Rahmenwerks für die Bankenabwicklung und Einlagensicherung (CMDI-Review) verabschiedet. Aus Sicht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) und des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) gehen die Korrekturen am ursprünglichen Entwurf zwar in die richtige Richtung, jedoch seien Nachbesserungen erforderlich.

Laut DSGV-Präsident Dr. Ulrich Reuter ist der EU-Ratskompromiss „sicher kein Wunschergebnis“. Die Korrekturen seien im Ergebnis zu bürokratisch und komplex.

Zwar zeige sich, dass die Mitgliedsstaaten der Heterogenität und Diversität der europäischen Bankenlandschaft ein stärkeres Gewicht beimessen als EU-Kommission und EU-Parlament. So zum Beispiel in der Klarstellung des Rates, dass die Mittel der Einlagensicherung weiterhin für präventive Maßnahmen der Institutssicherung genutzt werden können. Auch die Beibehaltung der besonderen Vorrangstellung der Ansprüche aus Positionen gedeckter Einlagen in Insolvenzverfahren, wodurch sich die Nettokosten der Einlagensicherung entsprechend reduzieren, sei richtig. Jedoch überwiege insgesamt die Skepsis.

### Korrekturen sind zu bürokratisch und komplex

„Selbst die vom Rat verabschiedeten Änderungen bringen noch zahlreiche neue administrative Belastungen für Institute und Sicherungssysteme mit sich“, unterstrich Reuter. Zudem seien verbundene und komplizierte Abstimmungsprozesse zwischen Aufsichts- und Abwicklungsbehörden bei unscharfer Zuständigkeitsregelung zwischen nationaler und europäischer Ebene vorgesehen. Ein weiterer Kapazitätsaufbau auf behördlicher Seite sei zu erwarten, wobei die Kosten 1:1 an die Kreditinstitute durchgereicht würden. Hier zeige sich, dass das EU-Recht die derzeitigen nationalen Anstrengungen zum Bürokratieabbau vollständig konterkariert.

Für den nun anstehenden Trilog muss aus Sicht des DSGV der Erhalt der Ratsposition das Minimalziel sein. Reuter zufolge

der Kelch nicht vorbeigehen, Anlage- und Kreditentscheidungen naturbezogen zu bewerten.

Indes auf Handlungsanweisungen der Aufseher zu warten, wird der Dimension des Themas ohnehin nicht gerecht. Insbesondere regional tätige Banken tun gut daran, eine intrinsische Motivation an den Tag zu legen, wenn es um Biodiversität geht. Längst nicht nur, um naturbezogene Risiken im Kreditportfolio zu erkennen und zu steuern. Angebote auf der Anlage- und Kreditseite, die zum schonenden Umgang mit der Natur motivieren, werden auch aus ganz anderem Grunde notwendig. Wer nämlich damit wirbt, für die Heimat Verantwortung zu übernehmen, dort verwurzelt zu sein, regionale Zukunft gestalten zu wollen, der steht unweigerlich in der Pflicht, den Erfordernissen der Biodiversität Genüge zu tun – wenn er denn in seinem Markenversprechen glaubwürdig sein möchte.

So gesehen wird der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen zum strategischen Thema für Heimatbanken. Kreditgenossenschaften und Sparkassen, die Platzhirsche im Geschäft mit Mittelstand, Landwirten und Hauslebauern, bieten sich hier zahlreiche Ansatzpunkte. Biodiversität ist für sie ein Centhema. □



V.l.: Wolfgang Tinzmann, Vorstand SSKA; Rolf Schäffer, Leiter Volkswirtschaftliche Analyse LBBW; Michael Kramer, Bereichsleiter Center.Unternehmenskunden SSKA; Cornelia Kollmer, stv. Vorstandsvorsitzende SSKA; Dominik Mittring, Geschäftsführer S-International Business; Oliver Rohr, Bereichsleiter Büro und Gewerbe bulwigenesa AG. Bild: Nicole Gergen, ssk

### S-Mittelstandsforum der Stadtparkasse Augsburg:

## Die Zukunft der Region im Blick

Konjunktur, Immobilienmarkt, Zinsmanagement: Diese drei Themen standen im Mittelpunkt des alljährlichen Mittelstandsforums der Stadtparkasse Augsburg, die hierzu traditionell Firmenkundinnen und Firmenkunden in den Kaiserhofsaal einlädt.

Wolfgang Tinzmann, Vorstandsmittglied der Stadtparkasse Augsburg und verantwortlich für Individualvertrieb im gewerblichen und privaten Kundensegment, begrüßte rund 150 Unternehmerinnen und Unternehmer und betonte, dass es trotz zahlreicher Herausforderungen und Unsicherheiten, die zurzeit vorherrschen, auch Chancen und Lösungsmöglichkeiten gibt, die allerdings erkannt werden müssen. Dafür bot sich in der Stadtparkasse an diesem Abend die Gelegenheit, drei Experten auf ihrem Gebiet informierten und standen Rede und Antwort.

Michael Kramer, stv. Vorstandsmittglied und Bereichsleiter Center.Unternehmenskunden, führte durch den Abend und begrüßte zuerst Rolf Schäffer, Leiter Volkswirtschaftliche Analyse bei der LBBW.

### Schwache Konjunktur, Zinswende, Geopolitik und Wahlen

Seinen Kapitalmarktausblick eröffnete Schäffer mit einem Panorama auf die geopolitischen Risiken und einem Standort Deutschland unter Druck. In Hinblick auf die US-Wahl im November gelte es verstärkt, Risikoszenarien im Blick zu behalten. Von einer Leitzinssenkung im Juni 2024 sei auszugehen, Frühindikatoren wiesen auf eine sich stabilisierende Eurokonjunktur hin, allerdings mit einem Schlusslicht Deutschland. Wirtschaftsverbände sehen hohe Energie- und Personalkosten, Fachkräftemangel sowie eine überbordende Bürokratie als Belastungsfaktoren. Dazu komme eine im internationalen

konstruktiven Ausrichtung des Rates den Vorschlag der Europäischen Kommission erheblich zu verbessern. Stabilität und Sicherheit des Bankensektors in Europa müssten ohne unnötige Belastungen für die etablierten Systeme gewährleistet sein. Dies sei nur möglich, wenn die Institutssicherung im Interesse der Strukturen des deutschen Bankenmarktes und insbesondere der Existenz der kleinen und mittleren Institute erhalten bleibt. Ausdrücklich lobte die Präsidentin in diesem Zusammenhang den Einsatz der deutschen Bundesregierung für den Erhalt der Institutssicherungssysteme: „Es ist gut zu sehen, dass die Bundesregierung zu ihrem Wort steht, sich für die Belange insbesondere der mittelständischen Wirtschaft einzusetzen, die auf die Finanzierung durch regionale Banken angewiesen ist.“ □

Vergleich hohe Steuerlast. Fazit: Hausgemachte Faktoren bremsen Deutschland aus, ein Gegensteuern ist dringend erforderlich.

### Lösungsorientiertes Zinsmanagement

Nach dieser Standortbestimmung sorgte Dominik Mittring, Geschäftsführer S-International Business, für Aufbruchstimmung. Zinsmanagement: Was sich kompliziert anhört, ist mit Hilfe der Expertinnen und Experten der S-International unkompliziert in den Griff zu bekommen. Der Unternehmenserfolg wird von verschiedenen Risiken beeinflusst. So bergen Marktpreisrisiken, wie Zinsen, Währungen oder auch Rohstoffe, finanzielle Herausforderungen.

Durch ein aktives Zinsmanagement kann allerdings frühzeitig auf Zinsentwicklungen reagiert werden, Zinssicherungsinstrumente ermöglichen maximale Flexibilität. Wie die aktuelle Zinsstrukturkurve Opportunitäten für Zinssicherungen birgt, erläuterte Mittring den anwesenden Gästen an einem Beispiel. Dabei unterstützen die Spezialisten der S-International durch Fokussierung auf den jeweiligen Bedarf und dem Aufzeigen von Gestaltungsspielräumen bei der individuellen Lösungsfindung.

### Immobilienmarkt Augsburg und Region

Welche Auswirkungen das Finanzierungsklima und die Konjunktur auf den Immobilienmarkt der Region Augsburg haben, erläuterte Oliver Rohr, Bereichsleiter Büro und Gewerbe der bulwigenesa AG, München. Betrachtet man den Wohnimmobilienmarkt, reicht die Bautätigkeit in der Stadt Augsburg nicht aus, so der Experte. Er erwartet, auch aufgrund eines Rückgangs der Genehmigungen und veränderter Finanzierungsbedingungen, eine Zuspitzung des Wohnungsmangels, was zu höheren Mieten führen wird. Die Zeiten steigender Kaufpreise für Wohnimmobilien seien dagegen vorbei.

Für den nach München teuersten Bürostandort in Bayern sieht Rohr dagegen Potenzial. Moderne und nachhaltige, attraktive Gebäude, zentral und gut angebunden, bringen die Menschen dazu, wieder ins Büro zu kommen. Bei den Logistik- und Unternehmensimmobilien sehen sich kleinteilige Gewerbeflächen einer hohen Nachfrage ausgesetzt. Die allgemeine Renditeentwicklung geht nach dem Allzeittief von 2021 wieder nach oben, bei konstant positiver Mietentwicklung. □



Dr. Jürgen Gros. ©Barbara Obermaier

### Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (\*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktartig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

### Standpunkte zum EU-Kapitalmarkt:

## Kein Allheilmittel

Ein zu starker Fokus auf den Kapitalmarkt stellt für die deutsche, mittelständisch geprägte Wirtschaft aus Sicht des Genossenschaftsverbands Bayern nicht die passende Lösung dar. In ihrem aktuellen Positionspapier zur Europäischen Kapitalmarktunion weist der GVB darauf hin, dass ein einheitlicher europäischer Kapitalmarkt für den deutschen Mittelstand nur begrenzte Effekte haben werde. „Denn die externe Mittelstandsfinanzierung wird auch in Zukunft vor allem durch Bankkredite erfolgen.“

„Im Firmenkundenbereich haben Regionalbanken einen Marktanteil von 70 Prozent. Der Mittelstand vertraut bei der Finanzierung seiner Hausbank. Während der Kapitalmarkt liberalisiert werden soll, wird die Kreditvergabe parallel durch immer strengere und bürokratischere Regulierung erschwert“, heißt es in dem Papier. Diese gegenläufige Entwicklung sei nicht im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen, die solide und planbare Finanzierungen in Form von Krediten mit fester Zinsbindung bei verlässlichen Kreditinstituten in ihrer Region wünschten.

### Rahmenbedingungen für Kreditvergabe verbessern

Statt den Mittelstand in komplexe Kapitalmarktinstrumente zu lenken, sollten die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe laut GVB verbessert werden, damit diese einfacher, schneller und kostengünstiger wird. Dazu zählten keine weitere Erhöhung von Eigenkapitalanforderungen, sowohl im Bereich von Mindestkapitalanforderungen (Säule I) als auch von bankaufsichtlichen Maßnahmen (Säule II), die Senkung administrativer Anforderungen in den Bereichen Markt und Marktfolge in den Banken bei der Kreditvergabe, der Abbau bürokratischer Belastung im Bereich Meldewesen und Offenlegung, sowie eine vereinfachte Aufsichtspraxis für risikoarme Regionalbanken.

Eine hilfreiche Ergänzung dieser Maßnahmen durch die Kapitalmarktunion könne der Ausbau des Vertriebsmarktes sein, betont der GVB. „Denn durch einen breiten Vertriebsmarkt könnten Geldinstitute Kreditrisiken auf den Kapitalmarkt übertragen und damit gleichzeitig Freiraum für zusätzliche Kreditvergabe schaffen.“ **DK**

Niederbayerische Sparkassen legen Bilanzzahlen für 2023 vor:

## Stabil und zukunftsorientiert

Auch im herausfordernden Umfeld des Jahres 2023 haben die niederbayerischen Sparkassen solide gewirtschaftet. Wie Landrat Michael Fahmüller (Rottal-Inn), Vorsitzender des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern, bei der Vorlage der Bilanzzahlen für das vergangene Geschäftsjahr betonte, bewahrten die acht niederbayerischen Sparkassen ihre Wurzeln und agierten gleichzeitig zukunftsorientiert. Fahmüller verband dies mit dem Appell an die Unternehmen und Menschen in Niederbayern, sich den aktuellen Themen im Transformationsprozess rund um Energiewende, Modernisierung und Digitalisierung aktiv zu widmen.

Trotz anspruchsvoller Marktbedingungen und politischer Unsicherheiten wie etwa beim Heizungsgesetz sowie einer unbefriedigenden Förderlandschaft sei es gelungen, den Kreditbestand mit rund 17,6 Mrd. Euro leicht über dem Vorjahresniveau zu halten, teilte der Bezirksverband mit. Einschnitte hätten sich vor allem im Neugeschäft mit Privaten, hier insbesondere im Baufinanzierungsgeschäft, gezeigt. Mit 937,8 Mio. Euro halbierten sich annähernd Volumen und Anzahl der neu abgeschlossenen Baufinanzierungen gegenüber dem Vorjahr. Die Einlagen gingen leicht um

1,10 Prozent auf gut 19 Mrd. Euro zurück. Innerhalb dieses Bestandes gab es Umschichtungen von Spareinlagen in Termingeldern, bei denen sich der Bestand fast versechsfacht habe.

### Umsatzsteigerung im Wertpapiergeschäft

Im Wertpapiergeschäft steigerte sich der Umsatz um fast ein Drittel auf 3,2 Mrd. Euro. Der Schwerpunkt lag mit fast 1,6 Mrd. Euro bei festverzinslichen Wertpapieren. Insgesamt konnten die niederbayerischen Kunden im vergangenen Jahr weitere 510 Mio. Euro Geldvermögen

bilden. Dass dies fast 60 Prozent weniger als im Vorjahr ist, lässt sich laut SPK-Bezirksverband Niederbayern unter anderem auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten, beispielsweise rund um Energie, zurückführen.

### Bessere Kapitalausstattung

Die Bilanzsumme ging um ein Prozent auf 26 Mrd. Euro zurück. Die niederbayerischen Sparkassen schlossen das Geschäftsjahr 2023 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 309,4 Mio. Euro. „Trotz der Herausforderungen im Kreditgeschäft konnten die niederbayerischen Sparkassen wichtige Erträge aus dem Zinsgeschäft generieren, die dazu beitragen, deren wirtschaftliche Substanz und Vorsorgekapazitäten zu stärken“, hieß es. Gerade nach einem wirtschaftlich anspruchsvollen Vorjahr 2022 verbesserte dieses Ergebnis die Kapitalausstattung und damit die Leistungsfähigkeit der Sparkassen.

Gründerpreis der niederbayerischen Sparkassen:

## Hochmotivierte Gewinner

In insgesamt sieben Kategorien haben die niederbayerischen Sparkassen den Gründerpreis 2024 vergeben. Damit werden vorbildhafte Leistungen bei der Entwicklung innovativer und tragfähiger Geschäftsideen und beim Aufbau neuer Unternehmen gewürdigt. „Erfolgreiche Unternehmen verdienen Öffentlichkeit mehr denn je“, bekräftigte Christoph Helmschrott, Obmann des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern, in der Sparkassen-Akademie in Landshut.

In der Kategorie „Konzept“ ging der erste Platz an die Iconic technology GmbH, Deggendorf. Das Unternehmen bringt innovative Ideen in die Entwicklung, Reparatur und Wiederaufbereitung von Batteriesystemen ein. Den zweiten Platz belegte ChemNex aus Saal an der Donau (Landkreis Kelheim). Das Unternehmen übt nur Monate nach seiner Gründung bereits deutschlandweit Einfluss in der Kühlwasserbehandlung und Prozessadditivierung aus. Über Platz drei durfte sich das Bader-Kollektiv, Deggendorf, freuen. Friseurmeisterin Kristina Matzke-Schleicher hat einen Platz für Beauty-Handwerker geschaffen, der sich dadurch auszeichnet, dass vier Schneidplätze und weitere Räume für Fußpflege und Kosmetik individuell angemietet werden können. Da das Bader Kollektiv besonders auf das Thema Nachhaltig-

keit und ausschließlich auf vegane und tierversuchsfreie Produkte setzt, hebt es sich von der Konkurrenz ab.

Sieger in der Rubrik „Aufsteiger“ wurde die HangOwear GmbH aus Waldkirchen (Kreis Freyung-Grafenau). Das Unternehmen zählt zu den Marktführern im Segment „trendige Trachtenmode“ und zeichnet sich besonders durch die Alltagsnähe seiner Produkte aus. Bedient werden namhafte Kunden wie Otto-Versand, Intersport und die Fussl-Modestraße.

### Bestes „Start Up“

Als bestes „Start Up“ wurde die Chrimanto GmbH aus Vilshofen (Landkreis Passau) prämiert. Das multidisziplinäre, innovative Beratungsunternehmen findet durch ganzheitliche Analyse - unabhängig von der Branche -

maßgeschneiderte Lösungen und konnte damit seinen Geschäftsplan besonders erfolgreich umsetzen. Das Start Up-Team ist mit viel Know-how und Erfahrung besetzt, pflegt aber einen sehr engen Kontakt zu Hochschulen, um den hohen Innovationsgrad beibehalten zu können.

In der Kategorie „Nachhaltigkeit“ behielt die Bäckerei Mareis aus Vilsbiburg (Landkreis Landshut) die Oberhand. Besondere Würdigung erfuhren die Optimierung der Produktprozesse und Maschinen, die Regionalität der verarbeiteten Rohstoffe und das soziale Engagement für die Menschen in der Region.

### Sonderpreis

Mit dem „Sonderpreis“ wurde Rupert Stadler ausgezeichnet, der sich vom Landwirt in Schönau (Landkreis Rottal-Inn) zum erfolgreichen Inhaber des überregional beliebten Erlebnisparcs Voglsam mit zahlreichen Attraktionen entwickelt hat. Der Eintritt in die Parkanlage ist nach wie vor kostenlos.

Zu einem überregionalen Zweiradhändler hat sich das Familienunternehmen Zweirad Würdinger GmbH, Vilshofen, entwickelt und siegte damit in der Kategorie „Unternehmensnachfolge“. Mit den Brüdern Stefan und Thomas Würdinger hat inzwischen die vierte Generation die Geschäfte übernommen, betreibt erfolgreich drei Standorte und entwickelt das Geschäftsmodell laufend weiter.

### „Lebenswerk“

Zu den wichtigsten Anbietern von Pflegeleistungen und Heimunterbringungen in der Region Freyung-Grafenau zählt die Rosenheim GmbH, Waldkirchen. Für sein 1994 in Neureichenau gegründetes Pflegeunternehmen mit mittlerweile 21 Senioren-Pflegeheimen in Ostbayern erhielt der Facharzt Dr. Siegfried Schmidbauer den Gründerpreis in der Kategorie „Lebenswerk“.

Nach Auffassung von Landshuts Landrat Peter Dreier können nur innovative Gründer, besondere Aufsteiger und etablierte Unternehmen den Herausforderungen begegnen, weiter auszubilden und die Mitarbeiter zu halten. „Die Bundesregierung müsste diesen Unternehmen eigentlich einen Bonus für mutige Entscheidungen zahlen“, hob Dreier hervor. **DK**

„Schon im laufenden Jahr rechnen wir mit einem Rückgang unserer Zins- und Jahresergebnisse“, machte Christoph Helmschrott, Bezirksobmann der niederbayerischen Sparkassen, deutlich. „Die Stärkung der Kapitalbasis in den Sparkassen war wichtig, sie dürfte in den nächsten Jahren allerdings wieder abebben. Immense Investitions- und hieraus hohe Finanzierungsbedarfe bei den Kunden brauchen leistungsfähige und eigenkapitalstarke Sparkassen. So können wir die Zukunft mit unseren Kunden aktiv gestalten, so können wir die Region und deren Bevölkerung in der weiteren Entwicklung unterstützen. Wir sind stolz darauf, diesen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region zu leisten.“ Ebenso erinnerte Helmschrott daran, dass aus guten Jahresergebnissen spürbar Steuern auch in die Region Niederbayern ankommen. „Allein mit einem Gewerbesteueraufkommen von gut 32,3 Mio. Euro profitieren unsere Kommunen von einer um ein Drittel höheren Steuerzahlung der Sparkassen aus dem Geschäftsjahr 2023.“

### Nachhaltige Investitionen

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt im Bereich der Nachhaltigkeit. „Die Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit ist eine Generationenaufgabe, der sich die niederbayerischen Sparkassen stellen. Kunden dabei zu unterstützen, ihre finanziellen Ressourcen verantwortungsbewusst anzulegen und nachhaltige Investitionen zu tätigen, sehe ich als wichtige Aufgabe“, hob Verbandsvorsitzender Fahmüller hervor.

Deswegen seien in einigen Sparkassen Nachhaltigkeitsmanager bzw. Nachhaltigkeitsberater tätig, die diese Aspekte in Projekte einbringen und in die Arbeitswelt übertragen. Der Geschäftsbetrieb der Sparkassen, von eigenen PV-Anlagen und Blockheizkraftwerken bis hin zu E-Ladesäulen und E-Mobilität, stehe ebenso im Fokus von Nachhaltigkeit wie die Sensibilisierung und Beratung der Kunden.

### Bleibende Nähe zum Kunden

Der Slogan „Weil's um mehr als Geld geht“ wird von den Sparkassen nicht nur einfach in den Raum gestellt. Die niederbayerischen Sparkassen sind auf vielfältige Weise für Ihre Kunden präsent. „In 190 Geschäftsstellen, über Mobile Banking oder einfach mit Selbstbedienungsleistungen: Die Kunden erledigen immer mehr online und greifen vermehrt zum Telefon. Darauf stellen sich auch die niederbayerischen Sparkassen ein und passen sich an. Kern unserer Sparkassen bleibt dennoch die Nähe zu unseren Kunden, nur eben omnikanal“, erläuterte Helmschrott.

Kritisch sieht er die Entwicklungen rund um Bürokratie, die auch seine Branche treffen. Ebenso die wiederholten Vorstöße in Bezug auf die beabsichtigte Vergemeinschaftung der Einlagensicherung. Gerade die von den Kunden überaus geschätzte Institutssicherung der Sparkassen werde seitens der Europäischen Union erneut angegriffen. Helmschrott appellierte an alle Bürger und politisch Engagierten, sich weiterhin für die Institutssicherung der Sparkassen und auch die der Genossenschaftsbanken einzusetzen.

Auch die beabsichtigte Einführung des Digitalen Euro, vornehmlich ein EZB-politisches Projekt, stellt für die Sparkassen eine besondere Herausforderung dar. Die Einflüsse auf die Liquiditätssteuerung der Kreditinstitute mit massiven Auswirkungen auf die Kreditvergabemöglichkeiten bedrohen die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Mit scheinbar starken Argumenten werbe die EZB für die Einführung des Digitalen Euro, letztlich bleibt laut Helmschrott aber der Eindruck, es sollen Probleme gelöst werden, die für die Menschen und Unternehmen gar nicht existieren.

Als bedeutende Arbeitgeber in Niederbayern tragen Sparkassen eine besondere Verantwortung und sind stolz darauf, wichtige Teile des Gemeinwohls zu sein, unterstrich Fahmüller abschließend. Sie spielten am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Mit 3.475 Arbeitsplätzen im Finanzdienstleistungsgeschäft seien sie ein wichtiger Arbeitgeber in Niederbayern.

### Beitrag zum Gemeinwohl

Die Leistung für die Bevölkerung ergänzen die niederbayerischen Sparkassen mit gesellschaftlichen Initiativen und Förderengagements. „Teile der erwirtschafteten Erträge kommen unmittelbar der Gesellschaft direkt in der Region zugute. Mit Spenden und Sponsoring in Höhe von gut 3 Mio. Euro haben die Sparkassen im Jahr 2023 Initiativen rund um Sport, Kultur, Soziales, Bildung und Wissenschaft sowie Umwelt unterstützt. „Sie leisten damit einen weiteren wichtigen Beitrag im Sinne des Gemeinwohls“, stellte Fahmüller heraus. **DK**

  
MünchenerHyp



Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen

 Genossenschaftliche FinanzGruppe  
Volksbanken Raiffeisenbanken



www.muenchenerhyp.de

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee zieht Bilanz:

## Bereit für die Zukunft

Mit einer Bilanzsumme von 9,3 Milliarden Euro ist die Sparkasse die größte in Bayerisch-Schwaben. Sie zieht eine positive Bilanz für das Jahr 2023, trotz eines herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds, geprägt durch den anhaltenden Ukraine-Krieg, der Inflation und einem veränderten Zinsumfeld.

Thomas Munding, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwaben Bodensee, ist zufrieden: „Unsere Bilanzzahlen zeigen, dass wir auch in wechselhaften Zeiten eine stabile Sparkasse

wichtiger Aspekt. Der Absatz von fondsgebundenen Lebensversicherungen ist in den letzten Jahren gestiegen. Damit partizipieren unsere Kunden an der positiven Entwicklung der Wert-



V.l.: Thomas Munding, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwaben-Bodensee, Vorstandsmitglied Harald Post und stellvertretender Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Zettl. Nicht im Bild: Bernd Fischer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender Bild: Marcus Merk

sind. Unsere Kundinnen und Kunden können sich darauf verlassen, dass wir Ihnen in allen Lebenslagen zur Seite stehen.“

### Erfolgsfaktoren im Jahr 2023

Die Zinswende hat bei der Sparkasse Schwaben-Bodensee zu einer verstärkten Nachfrage nach individueller Beratung für die optimale Geldanlage im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich geführt. Im Rahmen der ganzheitlichen Beratung ist die Altersvorsorge ein

papiermärkte. Auch die betriebliche Altersvorsorge, die durch steuer- und sozialabgabenfreie Ansparmöglichkeiten vom Staat gefördert wird, wurde verstärkt nachgefragt.

Noch mehr Kunden als im Jahr zuvor ließen ihr Vermögen professionell durch die hauseigene Vermögensverwaltung der Sparkasse vor Ort managen. Die Anzahl an Kundenmandaten erhöhte sich um 76 auf insgesamt 460 Mandate mit einem Volumen von insgesamt 257 Millionen Euro.

### Sparkassen Dillingen-Nördlingen und Donauwörth:

## Fusionsverhandlungen

Banken und Sparkassen stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Demografische Veränderungen, zunehmende Anforderungen des Gesetzgebers und die steigenden Erwartungen der Kunden sind nur einige davon. Schon seit einigen Jahren haben Fusionen bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken gezeigt, dass auch regional verankerte Banken sich dafür entscheiden, diese Herausforderungen durch den Zusammenschluss mit Nachbarbanken besser zu bewältigen.

Die Sparkassen Donauwörth und Dillingen-Nördlingen hatten deshalb in den vergangenen Monaten Sondierungsgespräche gestartet, die die Frage klären sollten, ob eine Fusion der beiden Sparkassen sinnvoll und möglich ist. Die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden – Oberbürgermeister Jürgen Sorré für die Sparkasse Donauwörth und Landrat Markus Müller für die Sparkasse Dillingen-Nördlingen – sind gemeinsam der Auffassung, dass man in konkrete Fusionsverhandlungen eintreten kann. Über wesentliche Inhalte scheint innerhalb der Verwaltungsräte bereits Einigung erzielt zu sein. Ein „gutes und tragfähiges Zukunftskonzept“ sei akzeptiert worden.

### Vorgespräche mit allen Beteiligten

Beteiligt waren an den Vorgesprächen selbstverständlich auch Landrat Stefan Röfle als stv. Verwaltungsratsvorsitzender in Donauwörth sowie die Oberbürgermeister von Nördlingen, David Wittner und Frank Kunz aus Dillingen.

In ähnlich lautenden Presseerklärungen zeigten sich die Vertreter beider Institute davon überzeugt, dass die fusionierte Sparkasse in dem dann vergrößerten Geschäftsgebiet in Nordschwaben ihre Kunden noch leistungsfähiger betreuen kann. Zudem bieten sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Möglichkeiten der Entwicklung und Spezialisierung.

Die beiden Landräte Müller und Röfle sowie die Oberbürgermeister Wittner, Kunz und Sorré sehen für den Fall der Fusion die Chance, in dem dann vergrößerten Geschäftsgebiet in Nordschwaben die Leistungsfähigkeit für die Kunden nachhaltig zu stärken sowie die Gestaltung der Arbeitsplätze noch besser nach den Belangen der Mitarbeitenden einrichten zu können.

### Signifikante Belebung der Sparkassenlandschaft

Die Fusion bringe für Nordschwaben und das Ries eine signifikante Belebung der Sparkassenlandschaft. Sie gewährleiste zudem Stabilität und Sicherheit für die Kunden und Mitarbeitenden der Sparkassen. Durch das erweiterte Geschäftsgebiet können Dienstleistungen ausgebaut und verbessert werden.

„Diese Fusion entsteht nicht aus der Not heraus – vielmehr handeln wir proaktiv aus einer Position der Stärke. So können wir die Grundlage dafür schaffen, dass wir auch weiterhin ein Ort haben“, heißt es in einer Presseerklärung.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern ist es den Verhandlungsführern wichtig zu betonen, dass „wir jeden Mitarbeitenden auch in Zukunft benötigen, da die Anforderungen an Regulatorik und Spezialisierung im Kundenbereich steigen.“

Wichtig ist den Politikern zu-

dem die Kundenanlagen sind mit einem Volumen von knapp 11 Milliarden Euro leicht angestiegen. „Unsere Kundinnen und Kunden wissen, dass ihr Geld bei uns sicher angelegt ist“, sagt der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Bernd Fischer. „Das Wertpapiergeschäft hat dazu beigetragen, dass sich die Kundenanlagen insgesamt gut entwickelt haben.“ Damit liegt die Sparkasse Schwaben-Bodensee deutlich über dem Durchschnitt der bayerischen Sparkassen.

Trotz gestiegener Zinsen konnte die Sparkasse einen – im bayerischen Vergleich – überdurchschnittlichen Zuwachs der Gesamtausleihungen von 1,1 Prozent auf rund 6,5 Milliarden Euro im Privat- und Firmenkundengeschäft verzeichnen. Die Entwicklung der Kreditzusagen ist marktbedingt etwas rückläufig.

„Durch unsere zahlreichen regionalen Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien liegen wir dennoch besser als der Durchschnitt der bayerischen Sparkassen“, sagt Dr. Wolfgang Zettl, stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Die ganzheitliche und qualitativ hochwertige Beratung der Sparkasse ist für die Kundinnen und Kunden weiterhin der Schlüssel zum Erfolg. Auch öffentliche Fördermittel sind nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Finanzierungen.

### Entwicklung des Immobilienmarktes

Steigende Zinsen führten zu einer geringeren Nachfrage und damit zu sinkenden Prei-

sen. Steigende Bau- und Grundstückspreise sowie politische Entscheidungen verstärkten die Zurückhaltung am Immobilienmarkt. Mittelfristig sehen wir dennoch eine positive Entwicklung: „Unsere attraktive und wirtschaftsstarke Region zieht weiterhin Menschen an, die auch künftig nach Wohnraum fragen“, sagt Zettl.

Leben und arbeiten zwischen Augsburg und dem Bodensee: Das ermöglicht die Sparkasse Schwaben-Bodensee ihren 1.090 Mitarbeitenden. „Mit einem starken Gemeinschaftsgefühl schaffen wir ein Umfeld, das zahlreiche berufliche Perspektiven bietet“, sagt Vorstandsmitglied Harald Post. Die Karrierechancen innerhalb des Unternehmens bleiben auch in Zukunft vielfältig. Im Jahr 2023 starteten 50 junge Menschen ihre Ausbildung zu Bankkauffrau/-mann. Wer als Azubi startet, kann sich im Unternehmen mit einem dualen Hochschulstudium bis zum Masterstudium weiterentwickeln. Darüber hinaus bietet die Sparkasse Angebote und Weiterbildungen, die jede und jeden Einzelnen in seinen Fähigkeiten stärken sollen.

### Sparkassen-Auftrag wird gewährleistet

Nach einer Fusion würde sich die Bilanzsumme auf über 3,6 Mrd. € belaufen. Rund 500 Mitarbeitende würden dann die über 223.000 Einwohner, die mittelständischen Unternehmen sowie die im Geschäftsgebiet liegenden Kommunen finanzwirtschaftlich betreuen. Das gesellschaftliche und gemeinnützige Engagement als wesentliches Kernelement der Sparkassen wird auch von der fusionierten Sparkasse im gesamten Geschäftsgebiet, das dann den Landkreis Dillingen und einen Großteil des Landkreises Donau-Ries umfasst, auf Dauer gewährleistet sein.

In den nächsten Wochen werden die Gespräche vertieft und die notwendigen Verträge diskutiert und vorbereitet. Als Fusionszeitpunkt ist der 01.01.2025 geplant. □

sen. Steigende Bau- und Grundstückspreise sowie politische Entscheidungen verstärkten die Zurückhaltung am Immobilienmarkt. Mittelfristig sehen wir dennoch eine positive Entwicklung: „Unsere attraktive und wirtschaftsstarke Region zieht weiterhin Menschen an, die auch künftig nach Wohnraum fragen“, sagt Zettl.

### Arbeit und Ausbildung mit Perspektive

Leben und arbeiten zwischen Augsburg und dem Bodensee: Das ermöglicht die Sparkasse Schwaben-Bodensee ihren 1.090 Mitarbeitenden. „Mit einem starken Gemeinschaftsgefühl schaffen wir ein Umfeld, das zahlreiche berufliche Perspektiven bietet“, sagt Vorstandsmitglied Harald Post. Die Karrierechancen innerhalb des Unternehmens bleiben auch in Zukunft vielfältig. Im Jahr 2023 starteten 50 junge Menschen ihre Ausbildung zu Bankkauffrau/-mann. Wer als Azubi startet, kann sich im Unternehmen mit einem dualen Hochschulstudium bis zum Masterstudium weiterentwickeln. Darüber hinaus bietet die Sparkasse Angebote und Weiterbildungen, die jede und jeden Einzelnen in seinen Fähigkeiten stärken sollen.

### Verantwortung für die Gesellschaft

Im Jahr 2023 spendete die Sparkasse Schwaben-Bodensee 611.000 Euro an Organisationen und örtliche Vereine aus den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt, Sport und Wissenschaft in über 900 Spenden- und Sponsoringmaßnahmen. 250 Vereine im Geschäftsgebiet erhielten 145.000 Euro im Rahmen der Spendenaktion mit dem Fokus „Kinder und Jugendliche“. Unterstützt wurde ebenso der Girls Day des ECDC Memmingen oder die Aktion „Wunschsterne“ des Bunten Kreises in Augsburg. Gemeinsam mit der AOK Bayern holte die Sparkasse Schwaben Bodensee zudem die Foto-

### Versicherungskammer stattet Feuerwehren mit 1.250 Schwimmsaugern aus:

## Schnelle Hilfe in großer Not

Technik zur sicheren Löschwasserversorgung bewährt sich im Hochwassereinsatz

München/Reichertshofen. Starkregen und Überschwemmungen suchen Bayern aktuell in katastrophalem Ausmaß heim. Dabei erweisen sich gerade die 1.250 Schwimmsauger als sehr nützlich, mit denen die Versicherungskammer Bayern die bayerischen Feuerwehren für 750.000 Euro ausgerüstet hat. Ursprünglich zur Löschwasserversorgung bei niedrigem Wasserstand gedacht, kommen sie nun beim Abpumpen vollgelaufener Keller, Garagen und Senken zum Einsatz. Kurzfristig verteilte die Versicherungskammer nun die restlichen Geräte in die besonders betroffenen Katastrophengebiete.

Aktuell müssen die Feuerwehren vielerorts das Hochwasser abpumpen. Ein Problem dabei: Ist der Wasserstand zu niedrig, kann das Wasser mit großen Kreiselpumpen der Feuerwehr nicht mehr angesaugt werden und es werden Tauchpumpen und Wassersauger nötig. Diese sind aber oft nicht ausreichend leistungsfähig oder in zu geringer Zahl vorhanden.

### Eine Lösung: Der Schwimmsauger

„Mit den Schwimmsaugern können die Pumpen viel effektiver zum Auspumpen von Kellern und überschwemmten Flächen verwendet werden“, erläutert Christian Krams, Leiter Konzern-Schaden und Pate des Feuerwehr-Sponsoring der Versicherungskammer. „Wir unterstützen die bayerischen Feuerwehren durch die Bereitstellung von Schwimmsaugern, von denen wir in den vergangenen fünf Jahren bereits 1.250 Stück an die örtlichen Feuerwehren verteilen konnten.“ Diese Schwimmsauger kamen nun im ganzen Land zum Einsatz. Kurz-

### Genossenschaftsverband Bayern:

## Weniger Bürokratie – mehr Wachstum

Unterstützung für Vorschläge der Staatsregierung zum Bürokratieabbau

„Jeden zielführenden Beitrag, die Bürokratie zurückzudrängen und damit der lahmen Konjunktur einen Impuls zu geben, unterstützen wir ausdrücklich.“ So freute sich Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in München über die Ankündigung von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder zu einem Entbürokratisierungs- und Beschleunigungsprogramm.

Überbordende Bürokratie hat sich als ein wesentlicher Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erwiesen. Der GVB begrüßt deshalb, dass die Staatsregierung eine Forderung der Wirtschaftsverbände aufnimmt und die sogenannte „Paragrafenbremse“ – das Streichen von zwei bestehenden Gesetzen für ein neues Gesetz – verschärfen und neue Gesetze mit einem Ablaufdatum versehen will. Aus Sicht des GVB ist es zielführend, beim Bürokratieabbau allgemeinen Effizienz-Prinzipien Vorrang vor kleinteiligen Einzelfallbetrachtungen einzuräumen. Praxis-Checks zur Auswirkung von Gesetzen vor deren Inkrafttreten würden ebenfalls dazu beitragen, ein weiteres Anwachsen der Bürokratie zu verhindern.

„Volks- und Raiffeisenbanken, Selbstständige und mittelständische Unternehmen müssen wieder mehr Zeit haben, sich um ihr Geschäft zu kümmern, anstatt bürokratischen Vorgaben Genüge zu tun“, sagte Scheller.

Zudem begrüßt der GVB ausdrücklich die Ausführungen Söders, die Bürger unmittelbar am Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beteiligen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Das Genossenschaftsmodell ist hierzu besonders geeignet. Es fördert als Zusammenschluss regional verbundener Mitglieder den Mehrwert vor Ort und sichert den Mitgliedern ein Mitspracherecht sowie eine Beteiligung an den Vorteilen der grünen Energie. „So wird die Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gefördert“, betonte Scheller. Bei kommunalen Vergabeverfahren sollte deshalb die genossenschaftliche Rechtsform regelmäßig als effektive Form der Bürgerbeteiligung in Betracht gezogen werden. □

ausstellung „Demenz neu sehen“ des Vereins Desideria Care nach Memmingen, um das Thema Demenz aus der Tabuzone zu holen und auf rechtzeitige Vorsorge aufmerksam zu machen. Das Ferienprogramm des Augsburger Kreisjugendrings wurde in diesem Jahr auch wieder unterstützt. Bei der inklusiven Sommerfreizeit konnten alle Kinder, unabhängig von ihren Fähigkeiten, teilnehmen. „Als Sparkasse möchten wir po-

sitive Veränderung und Weiterentwicklung ermöglichen und die Gesellschaft flächendeckend stärken“, so Munding.

Einen weiteren wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft leisten die Sparkassenstiftungen sowie die Stiftergemeinschaft der Sparkasse, unter deren Dach sich zwischenzeitlich 100 Unterstiftungen angesammelt haben. Alle mit dem Zweck, verschiedene Initiativen in der Region zu unterstützen. □

für das Absaugen von Wasser bei Überschwemmungen auf nahezu Bodenniveau genutzt werden. Zudem wird kaum Schlamm angesaugt, weil der Schwimmsauger nicht zum Boden absinkt.

Der 7 kg leichte Schwimmsauger besteht aus einem 60 cm langen Polyethylen-Körper und wird anstelle eines herkömmlichen Saugkorbes aus Metall am Saugschlauch angebracht. Dieser Saugschlauch wird an der Pumpe des Feuerwehrfahrzeuges angeschlossen.

### Schwimmsauger bei Überschwemmungen bereits bewährt

Bei Überflutungen hat sich der Einsatz von Schwimmsaugern schon oft bewährt. Kommandant Sebastian Reeg aus Virnsberg im Landkreis Ansbach berichtete im Jahr 2021: „Der Schwimmsauger hat seinen Vorteil gegenüber dem klassischen Saugkorb bei diesem Einsatz schnell unter Beweis gestellt und erlaubte uns auch, minimale Wasserstandhöhen bis auf nahezu Nullniveau zu beseitigen. Die betroffenen Bürger waren von diesem wirkungsvollen Einsatzmittel und dem Ergebnis angesichts der Lage sehr erleichtert.“

Die Versicherungskammer Bayern dankt allen Einsatzkräften für ihren meist ehrenamtlichen und unermüdlichen Einsatz. □

Tourismus Oberbayern München e.V.:

## (Ober-)Bayern boomt

Die 18. Mitgliederversammlung des Tourismus Oberbayern München e.V. (TOM e.V.) fand im historischen Asamsaal in Freising statt. Die Veranstaltung zog Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Tourismus an. Ein zentrales Thema war die enge Verflechtung zwischen städtischen und ländlichen Räumen, die für den nachhaltigen Erfolg des Tourismus in Oberbayern entscheidend ist.

„Der Tourismus in Oberbayern ist eine starke Säule unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir freuen uns sehr, dass Staatsministerin Michaela Kaniber unsere Mitgliederversammlung mit ihrem Impulsvortrag bereichert und die politische Unterstützung für unsere Branche unterstreicht. Die positive Entwicklung und die zukunftsweisenden Projekte zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind, auch wenn noch viele Herausforderungen im Zuge der weiteren Transformation des Tourismus vor uns liegen,“ erklärte Klaus Stöttner, Präsident des TOM e.V.

### Mitgliederversammlung: Einblick und Ausblick

Die Mitgliederversammlung begann mit einem Rückblick auf das erfolgreiche Geschäftsjahr 2023, vorgestellt von Oswald Pehel, Geschäftsführer des TOM e.V. In seinem Bericht hob Pehel die zahlreichen erfolgreichen Projekte und Partnerschaften, sowie die positive wirtschaftliche Entwicklung hervor. Oberbayern legte 2023 mit einem Zuwachs von 16,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bei den Gästeankünften enorm zu und erreichte damit erneut den Spitzenplatz in Bayern. Auch bei den Übernachtungen konnte eine Steigerung von 9,9 Prozent gegenüber 2022 verzeichnet werden – ein großer Erfolg für die ganze Region. Das entspricht insgesamt rund 43,6 Millionen Übernachtungen und 17,8 Millionen Gästeankünften.

Der wieder erstarkende Städte-tourismus in München und Umland war besonders erfreulich: 22,9 Prozent Zuwachs für die Landeshauptstadt und ganze 18,1 Prozent Zuwachs für das Münchener Umland. München zeichnete damit allein im vergangenen Jahr fünf Rekordmonate, in denen die höchsten Übernachtungszahlen seit Aufzeichnungsbeginn geschrieben werden konnten. Pehel prognostizierte eine ebenso positive Entwicklung in 2024, da durch Großveranstaltungen wie die Fußball-EM oder auch Konzerte renommierter internationaler Künstler die Attraktivität Münchens und des Umlands für Gäste aus aller Welt steigt.

Diese herausragenden Ergebnisse für ganz Oberbayern resultieren unter anderem daraus, dass Oberbayern als touristische Ganzjahresdestination eine Sonderstellung innehat. Sommer wie Wintertourismus sind stark ausgelastet und andernorts auftretende Schwankungen in den Nebensaisonzeiten werden durch einen differenzierten Angebotsmix ausgeglichen.

Zudem wurde die aktuelle strategische Arbeit des Vereins vorgestellt, die zukünftig eine noch bessere Netzwerkarbeit für den oberbayerischen Tourismus weiter untermauern soll.

### Chance zur Schaffung attraktiver Regionen

Der Impulsvortrag von Staatsministerin Michaela Kaniber bildete den Auftakt zur Podiumsdiskussion. Kaniber betonte in ihrer Rede die Bedeutung Oberbayerns als treibenden Motor für den bayerischen Tourismus und die beeindruckende Leistung der gesamten Branche im Jahr 2023.

Sie unterstrich, dass der Tourismus für einen nachhaltigen Ausbau konstante politische Unter-

stützung erfahren müsse, wie beispielsweise beim gerade aufgesetzten Kongressfonds – und dass es weiterhin viel Diskussionsbedarf zu Themen wie einer nachhaltigen Tourismusfinanzierung oder auch dem Arbeitskräftemangel und der Arbeitszeitflexibilisierung gibt.

Sie erklärte: „Nach 2019 war 2023 das zweiterfolgreichste Jahr, das es im Bayern-tourismus jemals gegeben hat. Bayern ist das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Im Bereich des Tourismusverbands München-Oberbayern wurde mit 43,6 Millionen Übernachtungen sogar das Vor-Krisen-Niveau von 2019 erreicht. Die gute Tourismusbilanz des vergangenen Jahres ist ein beeindruckender Beleg für die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe und die Attraktivität unserer Destinationen. Und der Trend scheint sich weiter fortzusetzen. Bereits im ersten Quartal 2024 ist für das gesamte Verbandsgebiet Oberbayern ein Plus bei den Übernachtungen von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Aber der Erfolg im Tourismus ist kein Selbstläufer. Wir sind dann erfolgreich, wenn wir für unsere Gäste weiterhin attraktive Angebote bieten können. Dafür sind auch Investitionen in touristische Neubauprojekte erforderlich. Stillstand ist keine Option, wenn wir den Tourismus als wertvollen Wirtschaftsfaktor sichern wollen. Genau aus dem Grund haben wir auch den neuen Kongressfonds aufgelegt. Wir übernehmen eine Pionier-Rolle und unterstützen Städte und ländliche Regionen gleichermaßen beim Akquirieren von Kongressen und Tagungen.“

Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern, wies auf die Herausforderungen und Chancen hin, die sich durch die Nähe ländlicher Gebiete zu Münchens Messezentrum ergeben. Sie erklärte: „Wir profitieren von großen Messen und Veranstaltungen in München. Hier kommen u.a. viele Tagesgäste zu uns. Alle Vorteile, die durch Touristen bei uns generiert werden, müssen jedoch auch den Einheimischen aufgezeigt werden. So machen wir bei größeren Neuplanungen Nachbarschaftseinladungen, um den Anwohnern alles zu erklären. So bekommen wir Akzeptanz durch Einbindung.“

Tobias Eschenbacher, Oberbürgermeister der Stadt Freising, betonte die Bedeutung der touristischen Entwicklung für die Lebensqualität der Einheimischen: „Wir haben in den vergangenen Jahren einen dreistelligen Millionenbetrag in bspw. kulturelle Einrichtungen investiert. Auch wenn diese Bauvorhaben erst mit Einschränkungen der Bürger:innen einhergehen, merkt man jetzt, wie sich die Qualität des Angebots wandelt. Neue, andere Gastronomie oder außergewöhnliche Orte wie der Asamsaal hier entstehen. Das macht die Menschen stolz und erhöht die Identifikation mit Freising und die Lebensattraktivität vor Ort.“

Clemens Baumgärtner, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, hob hervor, dass auch Metropolen wie die Stadt München stark von einem attraktiven Umland profitieren – so wie das Umland wiederum durch städtische Initiativen und dort stattfindenden Großveranstaltungen: „Genau die beiden Pole – ruhiges Umland und Großstadt – machen die Tourismusregion Ober-

bayern aus. Wir wissen, dass die Gäste nach einigen Tagen Münchenerlebnis das Umland besuchen. Unsere Großveranstaltungen, wie dieses Jahr Konzerte von Adele oder die Fußball-EM, haben eine Magnetwirkung und machen München in der ganzen Welt bekannt. Das ist eine Werbung, die durch die Abstrahleffekte für ganz Oberbayern unbezahlbar ist.“

### Erfolgreiche Stadt-Umland-Vernetzung

Die Wahl Freising als Veranstaltungsort war kein Zufall – so unterstreicht die Entwicklung der Stadt vor den Toren Münchens die Bedeutung der touristischen Stadt-Umland-Vernetzung. Allein in den letzten zehn Jahren stieg der Bevölkerungsstand um über 10 Prozent. Die umfassenden Sanierungen und Investitionen in das Asamgebäude und die Innenstadt, die über 88 Millionen Euro umfassen, haben die Attraktivität Freising sowohl für Einheimische als auch für Gäste erheblich gesteigert.

Diese Entwicklung bringt jedoch ebenfalls Herausforderungen mit sich, wie steigende Mietpreise und den benötigten kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur. Dennoch, da waren sich alle Teilnehmenden der Podiumsdiskussion einig, bleibt die Stadt-Umland-Verflechtung ein essenzieller Faktor für den touristischen – und somit auch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen – Erfolg in der Region.

Zu diesem Erfolg tragen unter anderem auch Vorzeigeprojekte wie die äußerst beliebten „Wasser-Radwege“ bei. Städtetouristen können mit ihren (Miet-)Fahrrädern, z.B. aus München heraus, die speziellen Fahrrad-Züge

### Arbeitsministerin Scharf und Finanzminister Füracker:

## Länger arbeiten und dabei Steuern sparen

Forderung an den Bund: Einstieg in flexibleren Renteneintritt ermöglichen

Die Bayerische Staatsregierung sieht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich verschärfenden Fachkräftemangels den Bedarf, zusätzliche Anreize für ein längeres, freiwilliges Arbeitsleben zu schaffen. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf und Finanzminister Albert Füracker haben sich dazu an Bundessozialminister Hubertus Heil und Bundesfinanzminister Christian Lindner gewandt.

Die bayerische Arbeitsministerin Ulrike Scharf betont: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist durch den sich verschärfenden Arbeits- und Fachkräftemangel zunehmend gefährdet. Bis 2036 gehen 13 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rente. Wir brauchen deshalb gezielte Anreize, die motivieren, möglichst lange zu arbeiten. Es muss attraktiv werden, länger am Arbeitsleben teilzuhaben. Besonders in den Blick genommen werden müssen dabei Menschen, die noch keine Altersrente beziehen, obwohl sie die Regelaltersgrenze bereits erreicht haben. Sie müssen steuerlich entlastet werden.“

### Wertvolles Potenzial älterer Generationen

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sagt: „Der Fachkräftemangel und der demografische Wandel sind zentrale Herausforderungen für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft gleichermaßen. In Bayern setzen wir uns dafür ein, dass die Lebensleistung jedes Einzelnen anerkannt und gewürdigt wird und jeder die Möglichkeit hat, seinen Lebensabend aktiv und selbstbestimmt zu gestalten. Innovative Anreize sind daher das Mittel der Wahl, um einen längeren Verbleib im Arbeitsleben zu erzielen und die wertvollen Poten-



In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

## Unterstützung für Kommunen: Touristische Infrastruktur in Bayern stärken

Eine wichtige Fördermaßnahme des Freistaats Bayern für Kommunen im Bereich Tourismus betrifft die Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen (RÖFE).

### Attraktivität steigern und Qualität verbessern

Die Förderung zielt darauf ab, die Attraktivität und Qualität der touristischen Infrastruktur zum Wohl der Gemeinschaft als Ganzes zu steigern.

### Wer kann gefördert werden?

Zuwendungsempfänger sind kommunale Körperschaften sowie ausschließlich kommunal getragene Organisationen (z.B. ILE, Zweckverbände). Das können auch privatrechtliche Unternehmen sein, an der die Kommune oder mehrere Kommunen 100 Prozent der Anteile halten.

### Was kann gefördert werden?

Gefördert werden öffentliche Einrichtungen des Tourismus im Sinne von Basiseinrichtungen der touristischen Infrastruktur, die von unmittelbarer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusgebieten sind und überwiegend dem regionalen Tourismus dienen. Das Vorhaben muss sich grundsätzlich in ein touristisches Entwicklungskonzept einpassen.

Es wird zwischen nicht einnahmeschaffenden (d.h. beihilfefreien) Maßnahmen wie etwa Kur-parks, Kurwegen oder unentgeltlichen Tourismusämtern und -informationszentren und einnahmeschaffenden Maßnahmen wie beispiels-

weise Veranstaltungszentren, Kurhäuser oder Thermalbädern differenziert.

Auch Loipenspur- und Wegepflegegeräte sind förderfähig ebenso wie Maßnahmen zur Besucherstromlenkung.

### Wie hoch ist die Förderung?

Der Ausgangsfördersatz für Fördervorhaben liegt bei 35 Prozent. Unter Berücksichtigung der Lage des Investitionsortes in einem besonders strukturschwachen Gebiet, der finanziellen Leistungsfähigkeit des Maßnahmenträgers sowie weiterer Faktoren kann ein höherer Fördersatz gewährt werden.

### Was sind die wesentlichen Fördervoraussetzungen?

Es werden nur Vorhaben gefördert, für die ein touristischer Bedarf vorliegt und die überwiegend touristisch genutzt werden.

### Mindestinvestitionssumme

Die Mindestinvestitionssumme in diesem Programm beträgt 100.000 Euro, bei Loipenspur- und Wegepflegegeräten 50.000 Euro. Eigenständige Vorhaben zur Herstellung der Barrierefreiheit können bereits ab zuwendungsfähigen Ausgaben von 10.000 Euro gefördert werden.

### Wo finde ich nähere Informationen?

Nähere Informationen zum RÖFE-Programm gibt es unter: [www.stmelf.bayern.de/foerderung/foerderung-touristischer/index.html](http://www.stmelf.bayern.de/foerderung/foerderung-touristischer/index.html)

der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) nutzen, um anschließend auf den drei Schleifen der insgesamt 1.200 km langen Wasser-Radwege die Natur, Kultur und Kulinarik Oberbayerns zu genießen. Eins von vielen oberbayerischen Beispielen, wie Stadt und Umland touristisch zu einem at-

traktiven Gesamterlebnis für die Gäste werden.

### Zukunftsperspektiven und politische Unterstützung

Die Diskussionen und der Vortrag bei der Mitgliederversammlung machten deutlich, dass trotz

der Spitzenposition des oberbayerischen Tourismus, die enge Netzwerkarbeit zwischen Stadt und Land, die Einbindung der Einheimischen sowie eine starke politische Unterstützung notwendig sind, um den Tourismus nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln.

Um diesen Wandel zu gestalten, fordert die vbw die passenden politischen Rahmenbedingungen: „Das Erreichen der Regelaltersgrenze darf nicht mehr zwangsläufig das Ausscheiden aus dem Beruf bedeuten. Die abschlagsfreie Rente mit 63 muss auslaufen. Außerdem ist eine sachliche Diskussion über die Anpassung des Renteneintrittsaltes im Verhältnis zur Entwicklung der Lebenserwartung überfällig. Gleichzeitig muss die Beschäftigung Älterer zu beiderseitigem Vorteil vereinfacht werden. Dazu gehört die Möglichkeit einer befristeten Beschäftigung von Menschen im Ruhestand sowie das Streichen einiger hemmender Sozialabgaben“, erklärt Brossardt und führt aus: „Von den 65- bis 69-Jährigen sind in Deutschland knapp 18 Prozent erwerbstätig. In Schweden sind es fast 26 und in Norwegen fast 29 Prozent. In Japan ist sogar die Hälfte der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Der Vergleich zeigt, dass eine längere Erwerbstätigkeit oder die Weiterarbeit trotz Rentenbezug entscheidende Stellschrauben sind, an denen wir hierzulande drehen können. Denn auch jenseits des Renteneintrittsaltes sind viele Menschen in unserem Land arbeitswillig, leistungsfähig und tatkräftig – darauf können wir stolz sein.“

Die vbw hat gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Projekt „Talente in Rente“ ins Leben gerufen. Es bringt Ruhestandler, die weiterhin Interesse an einer Erwerbstätigkeit haben, mit Unternehmen zusammen, bei denen Personalbedarf besteht. Derzeit sind mehr als 140 Unternehmen und über 1.000 Ruhestandler auf der Plattform registriert.

im Schnitt noch substantiell unter der gesetzlichen Regelaltersgrenze.

Die Bundesregierung wird aufgerufen, diesen Vorschlag zu prüfen, „Wir sehen darin das Potenzial, einen Beitrag zur Stärkung der Sozialversicherung zu leisten“, so Scharf und Füracker. Es könnte zudem der Einstieg in eine stärkere Flexibilisierung des individuellen Rentenbeginns sein – und das, ohne ein gesetzlich fixiertes Renteneintrittsalter aufgeben zu müssen.

### Stimme der Wirtschaft

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hebt angesichts eines Kongresses die Bedeutung Älterer für den erwirtschafteten Wohlstand in Deutschland und den Wert älterer Menschen in den Unternehmen hervor. vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt kommentiert: „Ältere Mitarbeiter bringen Leistungsstärke und viel Erfahrung ein. Von ihrem Wissen profitieren auch die jüngeren Erwerbstätigen und letztendlich die Betriebe selbst. Es ist uns ein Anliegen, Leistungsbeurteilung im Alter wertzuschätzen. Die Unternehmen sind auch angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels auf qualifiziertes, erfahrenes Personal angewiesen. Denn bis Mitte der 30er Jahre wird die Zahl der über 67-Jährigen in unserem Land deutlich ansteigen. Jeder Vierte wird dann zur älteren Generation gehören. Für uns ist deshalb klar: Auf den demografischen Wandel müssen wir mit einem Mentalitätswandel zur Arbeit im Alter reagieren.“

25. Bayerische Abfall- und Deponietage:

## Zukunft der Kreislaufwirtschaft

**Aktuelle Themen und Fragestellungen der Kreislaufwirtschaft und der Deponietechnik griffen die 25. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg auf. Dabei stellte die Fachtagung den Austausch und die Kommunikation zwischen dem Anlagenbetrieb, den Fach- und Genehmigungsbehörden und der Rechtsprechung in den Vordergrund. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, AU Consult und dem bifa Umweltinstitut konnte das Kompetenzzentrum Kumas über 460 Teilnehmer im Kongress am Park begrüßen.**

Wichtige Impulse gingen vom Auftaktvortrag von Dr. Florian Kammerer vom Bundesumweltministerium zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie aus. Die Kooperationspartner haben sich Kammerer zufolge darauf verständigt, dass die Bundesregierung eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) erarbeitet, in der unter anderem bestehende rohstoffpolitische Strategien gebündelt werden. Diese soll Ziele und Maßnahmen zum zirkulären Wirtschaften und zur Ressourcenschonung aus allen relevanten Strategien zusammenführen. Damit wird ein Rahmen geschaffen, der die rohstoffpolitisch relevanten Strategien der Bundesregierung so zusammenführt, dass das Ziel des Koalitionsvertrages, den primären Rohstoffbedarf absolut zu senken, erreicht wird.

### Rohstoffsicherung für Schlüsselbranchen

Auf die besonderen Herausforderungen, die sich in der Rohstoffsicherung für ausgewählte Schlüsselbranchen in Bayern stellen, ging Dr. Simone Richler vom Bayerischen Ressourceneffizienz-Zentrum (REZ) am Landesamt für Umwelt ein. Neben dem Recycling werden nach Expertenmeinung das Produktdesign, die Auswahl der verwendeten Materialien und der Energie- und Rohstoffverbrauch in der Nutzungsphase künftig die entscheidende Rolle beim Erreichen der Umwelt- und Klimaziele spielen.

Mit der Ersatzbaustoffverordnung und dem Ende der Abfalleigenschaft befasste sich Dr. Alexander Döring/Durmin – Entsorgung und Logistik GmbH, Nürnberg. Laut Döring wird durch die zum 1. August 2023 in Kraft getretene Verordnung ein einheitlicher, bundesweiter rechtlicher Rahmen für den Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) festgelegt. Dieser bietet Erzeugern, Recyclern und Bauherren feste Richtlinien für den Umgang mit MEB in technischen Bauwerken. Für verschiedenste Materialarten wurden Qualitätsklassen und Einbauweisen festgelegt, die nun den Einbau unterschied-

lichster MEB ermöglichen.

Durch die Bündelung werde bundesweit von den einheitlichen Qualitätsklassen mit den gleichen Bezeichnungen gesprochen, dies ermögliche einen gleichbleibenden Qualitätsstandard für alle Beteiligten. Diese Maßnahme erleichtere es insbesondere Bauherren, die länderübergreifend Bauvorhaben betreiben, sowie Recyclern, die an entsprechenden Ausschreibungen für Bauvorhaben teilnehmen. Durch die klar definierten Richtlinien bekämen auch Baustoffe wie Aschen und verschiedene Schlackenwieder vermehrt Möglichkeiten, in Baumaßnahmen eingesetzt zu werden. „Mit diesen Veränderungen werden Sekundärbaustoffe hergestellt, die zur nachhaltigen Ressourcenschonung von Primärbaustoffen wie Kies und Sand und zur Förderung der Circular Economy beitragen“, unterstrich Döring.

### Rechtlicher Rahmen für Umgang mit MEB

Durch die einheitliche Güteüberwachung von MEB würden zudem bundesweit qualitativ hochwertige Sekundärbaustoffe hergestellt, die Naturbaustoffen in keinen Punkten nachstehen und für den jeweiligen Verwendungszweck geeignet sind. Durch die Ersatzbaustoffverordnung ergäben sich für einige Qualitätsklassen Einbringungsmöglichkeiten von MEB in bestimmten Zonen von Wasserschutzgebieten, wodurch sich größere Verwendungsmöglichkeiten zu vorherigen Regelungen ergeben hätten.

Dass nicht alles an der Ersatzbaustoffverordnung Verbesserungen gebracht hat, sei jedoch nicht von der Hand zu weisen, betonte Döring. Teilweise werde von einem schlechteren Absatz von Recyclingbaustoffen, verglichen mit den Verkaufszahlen vor dem 01.08.2023 gesprochen. Andere Unternehmen hätten berichtet, dass anfangs mehr Material auf Deponien oder in Verfüllungen entsorgt wurden, weil Unsicherheit bei Behörden, Bauherren oder Recyclern über den richtigen Umgang mit den MEB bestand.

Insgesamt ermöglicht die Er-

satzbaustoffverordnung aus Dörings Sicht mehr Vorteile als negative Aspekte für alle Beteiligten, die hoffentlich im Zuge der nächsten Anpassung der Verordnung geändert werden.

Am Beispiel der geplanten Klärschlammverwertungsanlage im Industriepark Gersthofen zeigte Dr. Markus Leirer, MVV Industriepark Gersthofen GmbH, Rahmenbedingungen der künftigen Klärschlammverwertung in Bayern auf. Durch die Novelle der AbfKlärV vom 03.10.2017 ergebe sich für viele Kläranlagenbetreiber ab 2029 bzw. 2032 die Verpflichtung zum Phosphorrecycling. Generell könne Phosphor sowohl im Klärschlamm, aus dem Zentrat oder aus der Klärschlammmasche zurückgewonnen werden, stellte Leirer fest.

Die Rückgewinnung aus der Klärschlammmasche setze eine Monoverbrennung von Klärschlamm voraus. Bei der bisher üblichen Mitverbrennung in Kohlekraftwerken, Müllverbrennungsanlagen oder Zementwerken sei dies nicht möglich. Die momentan in Bayern verfügbaren Monoverbrennungsanlagen reichten nicht aus, den Bedarf zu decken, weshalb ein Ausbau der Klärschlammmonoverbrennungskapazitäten notwendig sei. Für die Rückgewinnung des Phosphors aus der Klärschlammmasche stünden verschiedene Technologien zur Verfügung.

### Klage über bürokratischen Aufwand

In der Diskussion weiterer Themen zeigte sich vor allem Unzufriedenheit mit dem bürokratischen Aufwand, der durch immer neue Anforderungen aus Verordnungen und Berichterstattungspflichten entsteht. Hier besteht nach einhelliger Meinung inzwischen eine große Diskrepanz zwischen Aufwand und Nutzen, bei gleichzeitiger Anerkennung, dass Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit essenziell für den Erfolg für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind. Die aktuelle politische Weltlage, hohe Energiepreise und mangelnde Planungssicherheit hätten inzwischen Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche.

Der zweite Veranstaltungstag widmete sich traditionell der Deponietechnik. Auch künftig werden Deponien unerlässlich sein für eine geordnete, umweltgerechte Entsorgung, die auch das Ziel der Nachhaltigkeit erfüllen muss. Über Nachsorge und Betreuung abgeschlossener Deponiestandorte informierten an-

hand von Praxisbeispielen Christian Dierig und Wolfgang Huber, AU Consult GmbH, Augsburg.

Laut ihren Ausführungen hat sich die Deponietechnik in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weiterentwickelt. Im Zuge dieser Entwicklung des technischen Fortschritts wurden auch die Anforderungen an die Qualitätssicherung, die Eigen- und Fremdkontrollen sowie an die behördliche Überwachung erhöht. Nicht zuletzt wurden mit der Novellierung des Deponierechts durch die Deponieverordnung von 2009 und den weiteren Anpassungen in den Folgejahren die Anforderungen konkretisiert.

### Deponietechnik

Die gesellschaftliche Verpflichtung, dass die von der Ablagerung der Abfälle ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt auch über die Ablagerungs- und Stilllegungsphase hinaus zu vermeiden sind, finde sich in den aktuellen gesetzlichen Vorschriften als Schutz zum Wohl der Allgemeinheit wieder, erläuterten Dierig und Huber. Deshalb bleibe für den Deponiebetreiber auch nach der Betriebsphase der Deponie eine Vielzahl von Aufgaben erhalten. Dabei müsse der Betreiber immer vor Augen haben, dass die Deponie nur dann aus der Nachsorge entlassen wird, wenn er durch die dokumentierten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen kann, dass diese nicht mehr erforderlich sind und deshalb ein Abschluss der Nachsorge festgestellt werden kann.

Abhängig von der Komplexität der Deponie und der personellen Ausstattung des Deponiebetriebes könnten mehr oder weniger Aufgaben aus der Nachsorgephase einer Deponie auf einen Dienstleister bzw. ein qualifiziertes Ingenieurbüro übertragen werden. Abhängig vom Umfang der Deponiebetreiber dadurch folgende Vorteile:

- qualifizierte Bearbeitung unterschiedlicher Aufgabenstellungen aufgrund interdisziplinärer Zusammensetzung der Mitarbeiter im Team
- hohe Entlastung des Auftraggebers
- hohes Bearbeitungstempo durch Mehrpersoneneinsatz
- kein Kostenrisiko
- nur ein Vertrags- und Ansprechpartner.

Ein weiterer, großer Vorteil sei dabei die Flexibilität, da das Aufgabenspektrum jederzeit ergänzt oder gekürzt werden kann.

### Transparenz und aktive Kommunikation

Jedem Vorhabenträger, Planer und Projektsteuerer ist bekannt, dass Genehmigungsverfahren schon lange nicht mehr unter dem Radar der Öffentlichkeit laufen. Diese ist interessiert, im positiven wie im negativen Sinn. Um ein Genehmigungsverfahren überhaupt mit Erfolgsaussichten auszustatten, seien Transparenz und aktive Kommunikation unerlässlich geworden, um ein Genehmigungsverfahren überhaupt mit Erfolgsaussichten auszustatten, erklärte Dr. Christoph Heim, Geiger-Gruppe, Waltenhofen.

Dabei dürfe dem Antragsteller jedes Mittel im positiven Sinne recht sein: egal ob klassisch (analog) oder digital. Beteiligung und Informationsgabe über Homepage oder social media seien geeignet, um auch die verfahrenrechtliche Forderung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zu erfüllen. Digitale Planungsinstrumente, z.B. die Visualisierung von Planungsständen und -zielen wie Deponiekonturen, seien wirkungsvolle Mittel, um die Akzeptanz eines Vorhabens auch bei Behörden, Kommunen etc. erreichen zu können, verdeutlichte Heim. **DK**



Stadtwerke als Pioniere: Die Vorstände der STW Dörte Schulte-Derne und Armin Lewetz erläuterten dem Klimabeirat wichtige Wegmarken ihres Unternehmens bei der Energiewende.

Bild: Georg Wagenbrenner

### Umwelt- und Klimapakt Bayern:

## Auszeichnungen für Stadtreiniger und Stadtwerke

**Aus dem Umwelt- und Klimaschutz sind die Beiträge der lokalen Wirtschaft nicht wegzudenken. Der Umwelt- und Klimapakt Bayern bietet deshalb Unternehmen und Betrieben einen Anreiz, nachhaltigere Lösungen in ihr Handeln zu integrieren. Für die Teilnahme am Programm überreichte Klimabürgermeister Martin Heilig während der Sitzung des Würzburger Klimabeirats dem städtischen Entsorgungsfachbetrieb „Die Stadtreiniger“ und der Stadtwerke Würzburg AG (STW) ihre Urkunden.**

Preisträger Wolfgang Kleiner, Werkleiter der Stadtreiniger, hob das Engagement seiner Mitarbeiter hervor: „Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten täglich daran, Umwelt- und Klimaschutz in die Praxis umzusetzen“. Der moderne städtische Fuhrpark mit seiner steigenden Anzahl an Elektro-Fahrzeugen spreche hier für sich. Mit der Umweltstation unterhalten „Die Stadtreiniger“ darüber hinaus eine Einrichtung, die nicht nur architektonisch sinnbildlich für nachhaltige Entwicklung steht. Von den dortigen Bildungsangeboten zu Themen wie Klimaschutz oder Abfallvermeidung profitiere die Stadtbevölkerung umfassend.

### Frühzeitiger Einsatz für Klimaschutz

Auch die Stadtwerke Würzburg AG erhielt für ihre wiederholte Teilnahme am Umwelt- und Klimapakt Bayern eine Urkunde. Die Vorständin Dörte Schulte-Derne führt den Fortschritt der Stadtwerke in der Energiewende auf deren frühzeitigen Einsatz für Klimaschutz zurück. „Wir haben uns bereits sehr früh mit der Frage nach dem „Warum“ der Energiewende beschäftigt. Von dieser Entschlossenheit profitieren wir heute. Wir sind mittlerweile einige Schritte weiter und können

uns ganz konkret der Umsetzung – dem „Wie“ – widmen.“

Dieser Einsatz zeigt sich bereits in der Praxis: Wie Vorstandskollege Armin Lewetz anmerkte, könnten energieeffizienzsteigernde Maßnahmen dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Heizkraftwerks an der Friedensbrücke maßgeblich zu senken. Die STW sind bereits seit 2010, damals durch die HKW GmbH, Mitglied im Umwelt- und Klimapakt Bayern.

Die Teilnahme erfordert die Implementierung von betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Dabei kann es sich etwa um die Einführung und Anwendung eines Umweltmanagementsystems (z.B. EMAS) handeln. Aber auch die energetische Sanierung von Betriebsgebäuden oder der Einsatz von Elektromobilität sind Maßnahmen, die die Teilnahme am Programm ermöglichen.

„Das Programm wurde von der Bayerischen Staatsregierung, der Bayerischen Wirtschaft e.V., dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag und dem Bayerischen Handwerkstag ins Leben gerufen. Die Teilnahme der beiden lokalen Unternehmen „Die Stadtreiniger“ und der Stadtwerke Würzburg AG am Umwelt- und Klimapakt Bayern erstreckt sich über drei Jahre und kann anschließend erneuert werden. □

### Recycling von Baustoffen:

## Testversuch 2.0 in Neufreimann

**Rund 55 Prozent aller Abfälle in Deutschland kommen aus dem Bausektor. Dies ist ein großer Ansatzpunkt für die Münchner Zero-Waste-Strategie, Abfälle bis 2035 zu reduzieren. Der Stadtrat hat 2022 auf Antrag der Kommunalreferentin einen zentralen Maßnahmenplan beschlossen. Er soll dazu beitragen, die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft gerade auch im Bausektor zu etablieren, Abfälle zu reduzieren und Emissionen zu verringern.**

In der ehemaligen Bayernkaserne in Freimann erprobt München in einem Pilotprojekt das Recycling von Baustoffen. Auf dem 50 Hektar großen Gelände entsteht das neue Stadtviertel Neufreimann. So viel Abbruchmaterial wie möglich (rund 755.000 Tonnen) wird vor Ort aufbereitet und dem Neubau (zum Beispiel als Recycling-Substrate und Recycling-Beton) zur Verfügung gestellt, so dass ein Kreislauf entsteht.

Alle Arbeitsschritte werden auf der Baustelle durchgeführt mit dem Ziel, Transportwege einzusparen, nämlich 90.000 Lkw-Fahrten – das sind unge-

fähr 80 Fahrten rund um die Welt.

Im Rahmen des Modellvorhabens „Innovative Baufeldfreimachung zur Quartiersentwicklung Neu-Freimann“ testet das Kommunalreferat der Landeshauptstadt München jetzt, wie sich CO<sub>2</sub> in R-Beton speichern lässt. Mit dem Schweizer Unternehmen neustark wird ein zweiwöchiger Testversuch der Aufnahmefähigkeit von CO<sub>2</sub> in Abbruchmaterialien gestartet. Begleitet wird der Versuch von Professorin Dr. Andrea Kustermann, Hochschule für angewandte Wissenschaften München. □

## München bleibt cool

Hitzeschutzaktivitäten des Gesundheitsreferats

**Die Auswirkungen des Klimawandels sind besonders in den Sommermonaten auch in München bereits deutlich spürbar. Gerade für vulnerable Personengruppen sind die zunehmend gehäuft auftretenden Hitzephasen eine besondere gesundheitliche Belastung. Der Gesundheitsausschuss des Stadtrats hat das Gesundheitsreferat daher beauftragt, die Maßnahmen zum Hitzeschutz auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen und weiterzuentwickeln. Die Vollversammlung des Stadtrats muss den Empfehlungsbeschluss des Gesundheitsausschusses noch bestätigen.**

Bürgermeisterin Verena Dieltl zufolge „heizen sich gerade Städte in den Sommermonaten besonders auf. Die Landeshauptstadt München ist sich ihrer Verantwortung für die geeignete Anpassung an den Klimawandel und immer wärmer werdende Sommermonate schon lange bewusst. Zur Reduzierung der gesundheitlichen Auswirkungen durch Hitze sind die Maßnahmen des Gesundheitsreferats daher ein wichtiger Baustein in der städtischen Gesamtstrategie.“

„Wir sehen immer häufiger,

dass Temperaturrekorde geknackt werden und Extremwetterereignisse zunehmen. Mir ist es daher ein besonderes Anliegen, die Münchner\*innen vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen – vor allem diejenigen, die in Hitzephasen besonders zu kämpfen haben: Menschen mit Vorerkrankungen, ältere Menschen, Schwangere und Kleinkinder. Unser aktuelles Maßnahmenpaket setzt daher dort an“, hob Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek hervor. Dieses Jahr hat das Gesund-

heitsreferat für alleinlebende Seniorinnen und Senioren ein zusätzliches Informationsangebot aufgebaut. Zudem werden Pflegeeinrichtungen noch gezielter zu ihren Hitzeschutzkonzepten beraten.

### Hitzewarnsystem im Blick

Schwangere erhalten ein zusätzliches Informations- und Beratungsangebot, und auch den jüngsten Münchnern und Familien soll durch niederschwellige Informationsangebote die Anpassung an sommerliche Hitze erleichtert werden. Außerdem wird Schritt für Schritt ein Hitzewarnsystem etabliert, das in den kommenden Jahren ausgebaut werden soll.

Informationen und zielgruppengerechte Verhaltenstipps hält das Gesundheitsreferat unter [www.muenchen.de/hitze](http://www.muenchen.de/hitze) vor. □

Internationaler bvse-Alttextiltag in Dresden:

## Eigentumsfrage hat höchste Priorität

Beim 11. Internationalen bvse-Alttextiltag in Dresden wurde neben den anhaltend aktuellen Themen, wie sinkenden Qualitäten bei gesammelten Alttextilien und der durch Fast-Fashion Konsum hervorgerufenen Probleme für das hochwertige Textilrecycling, das Augenmerk auch auf die Recyclingverfahren gelegt, die künftig einen Teil der textilen Kreislaufwirtschaft bilden werden.

Aus Sicht von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock wird die Eigentumsfrage, die sich bereits wie ein roter Faden durch die Verpackungsgesetzgebung zieht, auch im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung eines Systems der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) für Textilien höchste Priorität für die Branche haben. Vor rund 100 Teilnehmern bezeichnete er die Einführung eines geeigneten EPR-Systems als ein äußerst komplexes Thema, das der bvse mit seinem Fachverband Textilrecycling und über seinen europäischen Branchendachverband EuRIC nach Kräften begleiten werde.

### Gute und nachhaltige Qualität generieren

Ein zentrales Kriterium sei die Festlegung des Eigentums an den Textilien, machte Rehbock deutlich. Das Interesse, gute und nachhaltige Qualität zu generieren, sei entscheidend daran gekoppelt, dass die Unternehmen eigene Verantwortung tragen und den Output selbst vermarkten können. Dies habe man klar aus den Erfahrungen mit dem Verpackungsbereich lernen können: „Wenn nur nach Tonnage bezahlt wird, ist die Qualität, die hinten herauskommt, egal“, so der Verbandschef.

In Deutschland seien bereits über Jahre gut funktionierende Strukturen in der textilen Sammlung, Sortierung und Verwertung aufgebaut worden, er-

klärte Rehbock: „Wir haben in Deutschland ein Sammel- und Verwertungssystem für Alttextilien, das in Europa seinesgleichen sucht. Im Hinblick auf die EU-weite Diskussion um die verpflichtende Getrenntsammlung von Textilien ab Januar 2025 können wir sagen: In Deutschland ist bereits alles da!“

### Plädoyer für EPR-System

Laut dem bvse-Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Fachverbandes Textilrecycling, Stefan Voigt, muss am bestehenden Gemeinwerk von gewerblichen, caritativen und kommunalen Sammlern, Sortierern und Verwertern auch nichts verändert werden. Allerdings komme man nicht mehr umhin, ein EPR-System zu errichten, das die Branche bei der Gewinnung von Finanzmitteln für die Aufrechterhaltung ihres bewährten Systems unterstützt, habe diese doch mittlerweile ein immer größer werdendes Finanzproblem: „Unsere Branche verrichtet eine Dienstleistung an der Bevölkerung und muss im Gegensatz zu anderen Stoffströmen dafür bezahlen – und das sofort oder sogar vorab. Die Finanzmittel für die Aufrechterhaltung des Systems durch den Verkauf der Alttextilien erhalten die Unternehmen der Alttextilbranche oft jedoch Monate, im Exportgeschäft sogar teilweise erst ein ganzes Jahr später“, erläuterte Voigt. „Die Alttextilbranche benötigt dringend ein EPR-System, das frische Gelder in das System

bringt und deren Wirken im Sinne der Kreislaufwirtschaft unterstützt.“

Bei der Implementierung eines geeigneten Systems gehe es allerdings nicht ohne eine Organisation, in der alle Daten zusammenfließen, hob Hauptgeschäftsführer Rehbock hervor. Nur so könne man das Problem mit nicht registrierten Trittbrettfahrern vermeiden, die Produkte auf den Markt werfen, ohne sich an der Finanzierung für Sammlung, Sortierung und Recycling zu beteiligen. „Der bvse wird weiterhin alles dafür tun, den Textilmarkt zu erhalten und dafür zu sorgen, dass unsere privatwirtschaftlichen Unternehmen weiterhin in der Wertschöpfungskette vertreten sein werden“, so Rehbock.

Auf die Frage, wie die operative Umsetzung eines EPR-Systems aussehen könnte, ging André Rückert vom Unternehmen Ecologicon ein, das sich auf die Beratung für Unternehmen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft spezialisiert hat. „Die Regierung und der Gesetzgeber müssen die bestehende Struktur miteinander verbinden, um auch Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle zu schützen“, bestätigte Rückert.

### Wichtige Eckpunkte

Allerdings werde mit den kommenden gesetzlichen Regelungen der Alttextilmarkt komplexer und insbesondere der bürokratische Umsetzungsaufwand steigen, prophezeite der Projektgenieur. Er machte deutlich, dass unter Einbeziehung der Interessen und Rollen aller Akteure in der zukünftigen Umsetzungskette Qualitätssicherung und Standards sowie Kostenmodelle und Incentivie-

rung in Abhängigkeit von Materialzusammensetzung und Verwertungswegen wichtige Eckpunkte darstellen. Zudem müsse es eine international klar abgestimmte Intention für ein End of Waste und auch für die Materialströme der Rezyklate geben. Auch sei eine Unterstützung des Einsatzes von Rezyklaten sinnvoll. Dazu müssten auch ein Markt für Rezyklate erarbeitet sowie vorhandene Verwaltungs- und Vollzugsstrukturen genutzt werden, um weitere Bürokratisierung zu vermeiden.

Das Thema EPR für Textilien ist für einige Inverkehrbringer noch recht abstrakt, erklärte Jonas Stracke vom Gesamtverband Textil und Mode. „Es stehen noch viele Fragen im Raum. Beispielsweise, wie die künftigen Anforderungen für eine Produktverantwortung nach der Konsumeigenschaft für Hersteller aussehen könnten und vor allem, wie eine gleichberechtigte Teilnahme in einem künftigen EPR-System von der Herstellerindustrie aussehen kann. Hersteller wollen über ein mögliches Dokumentieren und Bezahlen hinaus aktiv werden, das zeichnet sich auch im Verband deutlich ab“, unterstrich Stracke.

### Neue innovative Recyclingverfahren

Welche Rolle die angewandten Wissenschaften in den Prozessen des Textilsektors spielen, der durch aktuelle politische Regulierungen auf nationaler und europäischer Ebene immer weiter vorangetrieben wird, und wie sich Unternehmen daran beteiligen können, erläuterte die wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Produkte und Stoffströme des Öko-Instituts, Clara Löw. Wie wichtig verlässliche Qualitätssicherungsmaßnahmen für die Sicherstellung von Inputqualitäten bei Recyclingunternehmen sind, davon wusste der Gründer der SRE GmbH und langjährige Branchenexperte Thomas Staudt zu berichten. Sein Vortrag drehte sich um ein Modell zur Faserqualitätsbestimmung.

„Chemische Verfahren – Neuer Stoffstrom“ waren die Schlagworte, die am ersten Veranstaltungstag neue innovative Textilrecyclingverfahren angekündigt hatten. Einblicke zur Frage, ob der Weg zu einer zirkulären Textil- und Kreislaufwirtschaft durch ein neues chemisches Verfahren zum Monomer-Recycling von PET-Kunststoffen und Polyesterabfällen gelingen kann, gewährte Ben Rump, Geschäftsführer von mattern. Wie der Entwicklungsprozess bei der chemischen Verwertung alter Textilien in Zellulose- und Polyesterkomponenten vom Labor bis zum Markt aussieht, darüber informierte der Mitbegründer des Startup-Unternehmens eeden GmbH, Stefan Gerlach.

### Textilrevolution aus Franken

Bringt vielleicht ein neues Faser-zu-Faser-Verfahren, das ganz ohne Chemie auskommt, den Durchbruch? Über den Turns®-Faserkreislauf als Textilrevolution aus Franken berichtete die Mitbegründerin des Startups Turns GmbH, Katja Wagner, während Klaus Wohnig (Atmedio GmbH) sein langjähriges Expertenwissen bezüglich Alttextilien und dem Chemischen Kunststoffrecycling mit den anwesenden Teilnehmern und Branchenexperten teilte.

Ein abschließendes Podium bot die Gelegenheit, die vorgebrachten Impulse der Referentinnen und Referenten im Gespräch mit den Teilnehmern noch einmal gemeinsam zu vertiefen und weitere relevante und aktuelle Themen der Branche zu diskutieren. **DK**

Glauber und Bernreiter:

## Baustoffe müssen im Kreislauf bleiben

Bund muss geplante Rechtsnormen anpassen

Bayern setzt sich gegenüber dem Bund weiter für eine Stärkung von Recycling-Baustoffen ein. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und Bayerns Bauminister Christian Bernreiter haben dazu den Bund in einem aktuellen Schreiben noch einmal aufgefordert, geplante Rechtsnormen auf Bundesebene anzupassen.

„Wir müssen in Deutschland alles tun, die Kreisläufe auch bei Baustoffen zu stärken. Wir können es uns nicht weiter leisten, auf die Wiederverwertung wertvoller Rohstoffe zu verzichten. Der Bund plant jedoch genau das“, betonten die Minister.

### Für praxisgerechte Regelung

Nach den aktuellen Plänen soll ein Großteil der verschiedenen Klassen von Ersatzbaustoffen rechtlich Abfall bleiben. Nach Glaubers und Bernreiters Worten „senkt das deren Akzeptanz deutlich und verursacht Zusatzkosten bei der Entsorgung. Die Kreislaufwirtschaft wird damit gehemmt, anstatt gefördert. Dieser Fehler darf nicht in eine Verordnung gegossen werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass qualitätsgesicherte Recycling-Rohstoffe vermehrt auf Deponien landen, statt im Kreislauf wiederverwendet zu werden. Damit steigen die Baukosten wei-

ter an. Wir fordern den Bund daher erneut auf, eine praxisgerechte Regelung für die Bau- und Recyclingbranche zu schaffen.“

### Marktakzeptanz erhöhen

Der Bund arbeitet aktuell an einer Verordnung, die sich mit der Frage befasst, welche mineralischen Ersatzbaustoffe zukünftig im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft nicht mehr dauerhaft als Abfälle klassifiziert werden müssen. Dies ist nach den Plänen des Bundes derzeit nur bei sehr wenigen Ersatzbaustoffen der Fall.

Aus bayerischer Sicht ist eine Erweiterung der umfassten Baustoffe erforderlich, um die Marktakzeptanz von Ersatzbaustoffen zu erhöhen und mehr Rechtssicherheit zu gewährleisten. Schädliche Auswirkungen für Mensch und Umwelt werden dabei durch die geltenden Regelungen der Ersatzbaustoffverordnung verhindert. **□**

## So kann Kreislaufwirtschaft gelingen

Gezielte Ausschleusung von Schadstoffen ermöglicht Rückführung von Abfällen in Stoffkreislauf und schont Ressourcen

Am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) fand das Bayerische Fachsymposium der Abfallwirtschaft statt. Schwerpunkte der Veranstaltung waren die abfallrechtliche Einstufung von Abfällen und die Entsorgung asbesthaltiger Abfälle.

Es wurde deutlich, dass die Abfalleinstufung zwei Hauptaufgaben hat. Zum einen bekommt der Abfall durch die Einstufung einen eindeutigen Namen, einen so genannten Abfallschlüssel. Insgesamt 842 Abfallschlüssel stehen im Abfallverzeichnis der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) zur Auswahl. Zum anderen wird der Abfall bei der Abfalleinstufung hinsichtlich gefahrenrelevanter Eigenschaften geprüft, wodurch festgestellt werden kann, ob der Abfall gefährlich ist oder nicht.

### Vertrauen stärken

Durch die Abfalleinstufung werden die im Abfall enthaltenen Schadstoffe berücksichtigt und können so gezielt ausgeschleust werden. Vor allem im Hinblick auf das Recycling (d.h. die stoffliche Verwertung) von Abfällen ist die Ausschleusung von gefährlichen Stoffen wichtig, um eine Rückbelastung von Recyclingprodukten durch schädliche Stoffe zu vermeiden. „Denn es geht darum“, so Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des LfU „dass das Vertrauen in die Recycling-Produkte gestärkt wird.“ Für eine gelingende Kreislaufwirtschaft ist es unerlässlich, Stoffkreisläufe zu schließen, in dem Abfälle natürliche Ressourcen ersetzen.

Als besonders relevanter Schadstoff wurde im zweiten Veran-

staltungsteil Asbest behandelt, welcher, auf Grund des vielseitigen Einsatzes in der Vergangenheit abfallwirtschaftlich eine große Herausforderung darstellt. Bis 1993 wurde Asbest vorwiegend in der Baubranche für zahlreiche Anwendungen eingesetzt bis die gesundheitsschädliche Wirkung von Asbest bekannt wurde. Hr. Dr. Surkau vom Umweltbundesministerium wies darauf hin, dass nun die Zeit sei, den Schadstoff Asbest konsequent auszuschleusen. Dies könne nicht auf zukünftige Generationen verschoben werden, da die Gebäude, welche vor 1993 erbaut wurden, in den nächsten Jahren zu Abfall würden und eine schadstoffgerechte Abfallbewirtschaftung unerlässlich sei.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass bereits verbotene und beinahe vergessene Schadstoffe uns nun bei der Entsorgung von Abfällen wieder einholen und diese erschweren. Deshalb ist es notwendig, dass bereits bei der Entwicklung von Produkten die Entsorgung mitgedacht wird.

Im Rahmen des Symposiums wurden Neuerungen auf Bundes- und europäischer Ebene vorgestellt, beispielsweise die geplante Einführung neuer Abfallschlüssel für Lithium-Ionen-Akkumulatoren- und Batterien auf EU-Ebene um auf den künftig größeren Abfallstrom durch die Zunahme der Elektromobilität re-

agieren zu können. Zudem wurde die Methodik zur Abfalleinstufung näher beleuchtet und auf die frisch überarbeiteten „Technischen Hinweise zur Einstufung von Abfällen nach ihrer Gefährlichkeit“ hingewiesen, welche auf der Website der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall als Hilfestellung zur Abfalleinstufung veröffentlicht wurden.

### Unerlässliche Schadstofferkundung

Asbest stellt abfallwirtschaftlich eine große Herausforderung dar. Man findet Asbest in Fassadenplatten an Hauswänden, in Abstandhaltern von Betonwänden, in Spachtelmasse in Deckenfugen oder in Fliesenklebern. Asbest wurde in solch zahlreichen Bereichen eingesetzt, dass Gebäude, welche vor 1994 errichtet wurden, als potenziell asbestverdächtig gelten.

Die Tagung zeigte auf, dass eine gründliche Schadstofferkundung im Vorfeld einer Abbruchmaßnahme unerlässlich ist, um die Einsatzbereiche von Asbest in einem Gebäude zu identifizieren und eine gezielte Sanierung oder einen kontrollierten Rückbau vornehmen zu können. Zudem weisen die Bau- und Abbruchabfälle ein großes Potenzial zur Schonung der Ressourcen auf, da dieser Stoffstrom in Bayern den größten Abfallstrom darstellt. Durch die konsequente Ausschleusung von Asbest können hochwertige Recycling-Baustoffe hergestellt werden. **□**



Karin Brechenmacher-Dumberger (l.) pflanzte gemeinsam mit ihrer Mutter Julianna Brechenmacher (r.) 6.000 Bäume zugunsten des 100.000 Bäume-Projekts des Landkreises Donau-Ries, das von Landrat Stefan Röbke initiiert wurde. Bild: Diana Sonntag

Landkreis Donau-Ries:

## 6.000 Bäume für 100.000 Bäume-Projekt

Julianna Brechenmacher ist seit ihrer Jugend im Wald aktiv und hat in dieser Zeit schon unzählbar viele Setzlinge gepflanzt, geschätzt wohl weit jenseits der 100.000 Bäume. Zusammen mit ihrer Tochter Karin Brechenmacher-Dumberger kümmert sie sich um das vor drei Jahren erworbene Waldstück. Freie Flächen wurden vor kurzem mit 6.000 Bäumen aufgeforstet. Die Setzlinge kommen dem 100.000 Bäume-Projekt des Landkreises zugute, das von Landrat Stefan Röbke 2019 initiiert wurde.

Insgesamt sind unter den 6.000 gemeldeten Bäumen 40 verschiedene Sorten, darunter Klassiker wie etwa Eichen-, Buchen-, Ahorn- und Tannenarten.

„Hauptsache bunt und vielfältig, was morgen noch wächst, ist schwer vorzusagen. Wichtig ist die Biodiversität sowie Schädlings- und Klimaresilienz“, betont Julianna Brechenmacher.

### Nutzen für die nächsten Generationen

Die Bäume für ihre Wälder sät sie selbst und zieht diese voller Freude im eigenen Garten. Mit dem Setzen der jungen Bäume ist es jedoch nicht getan, denn je-

de Pflanze benötigt ihren Einzelschutz. Die sogenannten Hosen, die um jeden Setzling angebracht werden müssen, dienen als Reibe- und Verbissschutz. Das Ausgrasen ist zeit- und kraftintensiv, denn das Gras macht den Setzlingen das Leben schwer. Wenn die Setzlinge größer sind, folgt das Ausasten.

Aber auch Hitze und Mäuse setzen den jungen Bäumen schwer zu und vernichten dabei nicht selten die Hälfte der Baumsetzlinge und die Arbeit beginnt von vorn. Trotzdem bleibt Familie Brechenmacher motiviert „Man macht es, weil man es liebt, einen Nutzen hat man davon selbst definitiv nicht, dafür aber die nächsten Generationen.“ **□**

# Wertingen überzeugt mit Team Wirkung

Heimatgeschichte erleben – läuft bei uns!

**Alles in einem Gebäude: Ein Rathaus, ein Veranstaltungsort und ein Heimatmuseum – wie soll das funktionieren? Die Wertinger haben einen überaus mutigen Schritt in eine zeitgemäße Präsentation ihrer Stadtgeschichte gewagt und famos gewonnen.**

Wer die moderne zweiflügelige Tür am Wertinger Schloss öffnet, betritt ein modernes, zweckmäßiges Rathausgebäude. Außen Schloss, innen Verwaltungsgebäude und an den Wänden Vitrinen mit der Heimatgeschichte. Ein pragmatisches, oft praktiziertes Vorgehen. Seit kurzer Zeit jedoch begegnet den großen und kleinen Bürgerinnen und Bürgern der Wertinger Zeitstrahl. Heimatgeschichte, Stadtgeschichte lockt nun mit frischen, heiteren Farben zu einem scheinbar schwerelosen Pfeil zwischen zwei Säulen im Foyer. Der Pfeil gibt die Richtung vor, die Farben geben Orientierung in den knapp 20.000 Jahren Wertinger Geschichte und sie lassen die Schätze und Kleinodien des Heimatmuseums wie Juwelen magisch funkeln. Das verführt Groß und Klein in dieses Mini-Museum einzutauchen und mehr wissen zu wollen. Die Begleitbroschüre wird intensiv genutzt.

## Machbarkeitsstudie bestärkt Bürgermeister Lehmeier

1. Bürgermeister Willy Lehmeier erinnert sich: „2020 hat mich die Machbarkeitsstudie bestärkt, das Heimatmuseum zu einem zentralen Wertinger Kulturort zu machen. Mit einem attraktiven Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger.“ Ein klares Ziel, für das sich nicht nur der historisch interessierte Lehmeier engagiert: „Ich hatte einen aufgeschlossenen Stadtrat und mit Cornelia Brandelik, dem heutigen Museumsreferenten, sowie mit Dr. Johannes Mordstein, dem Wertinger Archivar, große Unterstützer und Ideengeber.“

## Stärke durch Gemeinsamkeit

Was hatte Wertingen, was andere nicht haben, damit Stadtgeschichte leuchtet? Lehmeier bestätigt, dass das Team bei der Umsetzung ein großer Glückfall war: „Und wir hatten mit Tom Sisto von der Agentur Neonpastell und der Schreinerei ZUM Schreiner weitere Verbündete, die in der Planungsphase und Umsetzung zu einer Einheit wurden.“ Alle brachten ihre Stärken ein. Tom

## Nordgautag in Grafenwöhr:

### „Oberpfalz trifft Amerika“

Die Oberpfalz zu Gast in Grafenwöhr: 1.500 Festzug-Teilnehmer, 35 Einzelveranstaltungen, Besuche von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und NATO- und EUCOM-Kommandeur Christopher G. Cavoli: Der 44. Nordgautag war ein Fest der Superlative. Das Kulturfestival stand heuer unter dem Motto „Oberpfalz trifft Amerika – Heimat auf Zeit“ und widmete sich dem Zusammenleben der Einheimischen mit den am Truppenübungsplatz Grafenwöhr stationierten US-Soldaten.

Vier Tage lang präsentierten sich Grafenwöhr, seine Bürger und Vereine. Es fanden Konzerte, Ausstellungen, eine Museumsnacht, ein Stadtfest mit zahlreichen Aufführungen, ein Kinder- und Jugendprogramm, sowie der traditionelle Festzug zum Abschluss statt. Hinzu kamen u.a. Lesungen, Tanzveranstaltungen und Vorträge. Herausragende Höhepunkte waren der Festakt und die Verleihung der Nordgaupreise an Eckard Bodner (Heimatspflege), Alfred Wolfsteiner (Literatur) und Wolfgang Herzer (Bildende Kunst).

Noch nie seien Musik, Theater und bildende Kunst so wertvoll gewesen wie heute, um miteinander die eigenen Wurzeln der Heimat zu finden, betonte Altlandrat Volker Liedtke, Präsident

Sisto sieht darin die Erfolgsgarantie. „Zudem ist uns bei der Konzeptionierung der genaue Blick auf die örtlichen Gegebenheiten wichtig. Denn die Möglichkeiten für eine spannende Orts- und Stadtgeschichte sind immer größer als gedacht. Kostengünstige, platzsparende und umsetzbare Lösungen lassen sich immer realisieren und mit digitalen Mitteln sogar Außenräume als Ausstellungsorte erschließen.“

## Audiosammlung zur Gegenwartsgeschichte

In Wertingen wird schwäbisch gesprochen. Acht Dialekt Sprecher und Sprecherinnen aller Altersstufen erzählen Geschichten aus dem 21. Jahrhundert in ihrer Mundart. Wirkungsvoller kann Heimatgeschichte kaum präsentiert werden. Eine Identifikation mit Heimat fällt so sehr leicht. Dass die Macher der inspirierenden Ausstellung durchaus mit Witz arbeiten, zeigt sich an vielen Details – etwa an der auf der Vitrine zum 21. Jahrhundert wie zufällig abgestellten, leeren Bierflasche. Ein Schwanenbräu-Kellerbier, eine Wertinger Spezialität. Gebraut wurde seit 1416.

## Heimatgeschichte – wichtig für die Zukunftsfähigkeit

Bürgermeister Lehmeier ist fest davon überzeugt: „Ja! Wenn ich irgendwo auf dieser Welt ge-

boren bin und lebe, benötige ich Hintergrundwissen über die Vergangenheit und die Geschehnisse vor meiner Zeit. Damit ich einen Bezug, eine Beziehung, eine Verbundenheit zu den Menschen und zu meinem Ort leben, spüren und aufbauen kann.“ Das ist die eine Seite, auf der anderen



Die Audiostation spricht Geschichte: Wer einmal die acht Mundartsprecherinnen und -sprecher gehört hat, mag gar nicht mehr aufhören ihnen zu lauschen.

Bild: Cornelia Benesch

will Lehmeier die Menschen für Heimatgeschichte begeistern: „Mit Ausstellungen, mit interessanten Büchern, Vortragsreihen und Stadtführungen. Dabei sollten möglichst viele verschiedene Bereiche der Gesellschaft eingebunden werden. So z.B. die Schulen, die Volkshochschule, die Musikschule.“ So wird das Heimatmuseum vom reinen Sammelort zum lebensprallen Kulturort.

Cornelia Benesch



Bürgermeister Willy Lehmeier, Stadt Wertingen, und Tom Sisto, Agentur Neonpastell, sind sich einig: Das Konzept von Heimatgeschichte erleben ist ein Erfolg.

Bild: Cornelia Benesch

Bräuche und Gemeinschaft stärken uns. Es ist gut zu wissen, dass wir mit den Vereinigten Staaten verbündet sind.“ „In guten und in schlechten Zeiten sind wir füreinander da“, machte auch Generalkonsul Timothy Liston deutlich. Die transatlantischen Beziehungen seien eine wichtige Säule.

„Die Oberpfalz ist ein ganz starkes Stück Bayern. Tausende Besucher und zahlreiche ehrenamtliche Teilnehmer aus Tracht, Brauchtum und Heimat machen die Veranstaltung zu einem Erlebnis“, urteilte Ministerpräsident Markus Söder. Grafenwöhr stehe besonders für die enge bayerisch-amerikanische Freundschaft. Bayern sei stolz, seit Jahrzehnten Heimat für US-Soldaten zu sein. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in Europa.

Alle zwei Jahre und jeweils in einer anderen Stadt rückt die reiche kulturelle Tradition der Oberpfalz mit dem Bayerischen Nordgautag in den Mittelpunkt des Interesses. Zum ersten Mal war Grafenwöhr Ausrichtungs-ort. Der Name Nordgautag soll an den Begriff des Bayerischen Nordgaus anknüpfen, der seit dem 8. Jahrhundert das altbairische Gebiet nördlich der Donau bezeichnete.

DK

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**

Die Kreis- und Hochschulstadt Pfarrkirchen (Niederbayern) mit rund 14.400 Einwohnerinnen und Einwohnern.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?**

Seit dem 1. Mai 2014 darf ich als hauptamtlicher Bürgermeister die Geschicke der Stadt Pfarrkirchen leiten.

**Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Als Kfz-Technikermeister und geprüfter Automobilverkäufer war ich als Geschäftsführer eines Volvo- und Alfa Romeo Autohauses mit Werkstatt und angeschlossener Tankstelle (Familienbetrieb) tätig.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

In der Kommunalpolitik hat man die Möglichkeit, seine Heimat mitzugestalten und in der „direktesten“ Form der Politik aktiv zu sein.

## Wolfgang Beißmann

Erster Bürgermeister  
der Stadt Pfarrkirchen



Ausstattung an Material, möchten wir ein möglichst optimales Niveau der Vorsorge im Sinne des Schutzes unserer Bevölkerung erreichen.

Die Herausforderungen im Bereich der Schaffung von Wohnraum nenne ich bereits; möchte diesen Punkt aber nochmals unterstreichen. Die Schaffung von ausreichend Wohnraum ist von zentraler Wichtigkeit für gute Lebensbedingungen vor Ort, sozialen Frieden und ein wichtiger Standortfaktor in den verschiedensten Belangen.

Bei allen Maßnahmen, die wir planen bzw. durchführen, gilt es stets, im Sinne aller Generationen zu handeln.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Bei dieser Frage denke ich an den Bereich der Klimaresilienz unserer Kommunen. Hier liegen gewaltige Herausforderungen vor uns, die es schnellstens anzugehen gilt. Dabei nenne ich nur die Schlagworte Schwammstadt, Innenstadtbegrünung, angepasstes Bauen und vieles mehr.

Im Hinblick auf die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, die ich als elementar wichtig erachte, liegt ein zentrales Augenmerk auf unseren Stadtwerken. Als kommunaler Versorger in allen Bereichen durchlaufen wir einen Transformationsprozess, den es erfolgreich zu bestreiten gilt. Nur so können wir unsere Leistungsfähigkeit auch für die Zukunft erhalten.

Darüber hinaus haben wir uns mit einer überbordenden Bürokratie auseinanderzusetzen. Hier müssen wir bei den übergeordneten Ebenen fortlaufend den Finger in die Wunde legen und die Belange der kommunalen Familie deutlich artikulieren.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Bei dieser Frage muss ich ein bisschen schmunzeln, bin ich doch mit meinen 47 Jahren noch immer einer der jüngeren Bürgermeister. Zunächst denke ich, dass es wichtig ist, auch wenn die Aufgabenfülle noch so umfangreich erscheint, Prioritäten zu setzen und sich nicht in unendlichen Konzeptionsphasen zu verlaufen, sondern Projekt stringent „durchzuziehen“ und abzuschließen.

Weiter darf man die so wichtigen freiwilligen Leistungen nicht aus den Augen verlieren. Hierzu gehört die Förderung des Ehrenamtes, das eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft ist. Auch die Unterstützung von Kunst und Kultur ist sicherlich nicht messbar und doch so wichtig für die Lebensqualität vor Ort.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

Ich bin im ständigen Austausch mit meinen Kolleginnen und Kollegen. Dies geht von der regelmäßigen Abteilungsleiterbesprechung, über den Austausch mit den Stellen im Haus, der Präsenz auf Baustellen, der Teilnahme an gemeinsamen Fortbildungen bis hin zur abteilungsübergreifenden Beteiligung bei den verschiedensten Projekten.

Der interkommunale Austausch sowie der Austausch über die kommunalen Spitzenverbände stellen für mich ebenfalls ein wichtiges Werkzeug in der Bewältigung unserer Herausforderungen dar.

Von zentraler Wichtigkeit ist natürlich der Austausch mit der Bürgerschaft. Hier steht allem voran das persönliche Gespräch gepaart mit der Erreichbarkeit auf den verschiedensten „Kanälen“ (Social Media, Homepage, Gratulationen, offene Bürotür, Präsenz bei Veranstaltungen, etc.). Hier gilt es dynamisch zu sein und einen schnellen Informationsfluss / Austausch zu gewährleisten. Zudem gilt es die Bürgerschaft wie Interessensgruppen über verschiedene Beteiligungsformen in Projekte einzubinden.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Einfluss haben. Prozesse wie auch der Dialog werden sich in vielen Bereichen dynamischer darstellen. Vorgänge werden teils anders / automatisiert bearbeitet werden, wobei es gleichzeitig gilt, die persönliche Ebene bei aller Digitalisierung nie aus den Augen zu verlieren. Das Gewicht, das dem Bereich der IT-Sicherheit zufällt, wird immer größer, gilt es doch hier ein maximales Level sicherzustellen, da ohne eine funktionierende IT-Infrastruktur Kommunen nicht mehr arbeitsfähig sind und ihrem Auftrag nicht nachkommen können.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

„Nimm Dich selbst nicht zu wichtig.“ □

Bayerischer Heimattag in Regensburg:

## Grünflächen im urbanen Raum

Müssen unsere Städte grüner werden? Diese Frage wird immer drängender angesichts der Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Der zweitägige Heimattag in Regensburg, gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine und des Bund Naturschutz in Bayern, beleuchtete aus historischer, naturschutzfachlicher und heimatpflegerischer Perspektive die Bedeutung von Grünflächen im urbanen Raum. In Fachvorträgen und im Rahmen thematischer Führungen in der Stadt Regensburg wurde veranschaulicht, welche Rolle Gärten und Parks, aber auch Straßen- und Platzbegrünungen für die Lebensqualität der Bevölkerung spielen.

Der BN-Vorsitzende und amtierende Präsident des Bayerischen Heimattages, Richard Mergner, unterstrich, wie wichtig grüne Städte in Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise sind: „Mehr Grün in den Städten bedeutet mehr Lebensqualität.“

„Wir haben nicht viel freie Flächen“, machte Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz Schwarzfischer deutlich. Regensburg gelte als mittelalterliche Stadt, die aus Stein erbaut worden und eben nicht grün sei. Hier gebe es auch bei der Denkmalpflege ein Umdenken, so das Stadtoberhaupt.

Trotzdem gibt es Mergner zufolge noch viel zu tun: „Das Hochwasser hat uns wieder einmal vor Augen geführt, welche dramatischen Folgen die Begründung der Flüsse und das Zubauen der Landschaft hat. Damit Städte wie Regensburg in Zukunft besser geschützt sind, brauchen wir mehr natürlichen Hochwasserschutz mit gesunden Auen und genügend Ausweichfläche für das Wasser.“

### Mehr Hochwasserschutz

„Wir haben nicht viel freie Flächen“, machte Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz Schwarzfischer deutlich. Regensburg gelte als mittelalterliche Stadt, die aus Stein erbaut worden und eben nicht grün sei. Hier gebe es auch bei der Denkmalpflege ein Umdenken, so das Stadtoberhaupt. Wie Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, ausführte, sei die Transformation von der steinernen zur grünen Stadt auch in bestehenden Quartieren ohne Baulücken oder weiter verfügbaren Flächen möglich.

Bezirkstagspräsident Franz Löffler ging schließlich auf den oft inflationär genutzten Heimatbegriff ein. Es sei wichtig, die Geschichte der eigenen Region zu kennen und ein Bewusstsein in der Gesellschaft für die aktuellen Probleme herzustellen.

Der Bayerische Heimattag fand erstmals im Jahre 1949 in Rothenburg ob der Tauber statt. Seither tagt er alle zwei Jahre an unterschiedlichen Orten und mit ausgewählten Schwerpunkten. Der Heimattag ist organisiert als Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus dem Landesverein für Heimatpflege, dem Verband bayerischer Geschichtsvereine und dem Bund Naturschutz. **DK**



Präsidium und Festredner des Bayerischen Heimattages: (v.l.) Bezirkspräsident und Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, Dr. Olaf Heinrich, die Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Andrea Gebhard, der Vorsitzende des BUND Naturschutz in Bayern e.V., Richard Mergner, der 2. Vorsitzende des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, Gerhard Tausch und Bezirkstagspräsident Franz Löffler.

Bild: Christoph Weishäupl, Bezirk Niederbayern

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

#### Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

#### Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

#### Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

#### Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

#### Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

#### Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

#### Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

#### Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

#### Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

#### Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

#### Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Mehr noch: Das Leben in unseren Städten wird mit fortschreitender Klimakrise immer beschwerlicher werden. Grünflächen und ein gesunder und ausreichender Baumbestand sowie Frischluftschneisen wirken wie eine Klimaanlage für die gesamte Stadt und machen die Hitze erträglicher.“

### Erhebliche Herausforderungen

Laut Dr. Olaf Heinrich, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, „werden mit dem Klimawandel erhebliche Herausforderungen auf unsere Städte zukommen, etwa hinsichtlich Stadtplanung, Baukultur, Verkehrsentwicklung oder innerstädtischer Freizeitgestaltung. Es ist daher auch für die Heimatpflege ein zentrales Anliegen, sich mit diesen Veränderungsprozessen, die zukünftige Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten maßgeblich beeinflussen werden, auseinanderzusetzen.“

„Grünflächen erlangen für unsere Städte eine immer größer werdende Bedeutung, um Lebens- und Aufenthaltsqualität zu gewährleisten. Einblicke in die vergangenen Jahrhunderte können zeigen, wie die Menschen früher mit ähnlichen Phänomenen umgegangen sind. Dies kann uns heute helfen, auf diesen Erfahrungen aufzubauen und sie für die heutige Gegebenheit zu adaptieren“, hob Gerhard Tausch, 2. Vorsitzender des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, hervor.

### Oasen mit vielfältigen Funktionen

Dass Regensburg für den diesjährigen Heimattag ausgewählt wurde, hat einen guten Grund: In der Welterbestadt ist es gelungen, grüne Inseln inmitten der kulturhistorischen Baukultur in unterschiedlichen Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Grünzüge entlang der Donau und Naab, insbesondere aber die Grüngürtel um die Altstadt haben als wichtige Oasen eine Vielfalt ökologischer, klimatischer und sozialer Funktionen. Gleichzeitig bieten sie un-

terschiedlichen Nutzergruppen wohnortnahe Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten in einer verdichteten Großstadt.

## GZ PINOS WELT

Deutschland steht im Viertelfinale der Europameisterschaft im eigenen Land und das ist schon mal eine Gelegenheit, etwas Zwischenbilanz zu ziehen und Manöverkritik zu üben.

Zunächst ist festzustellen, dass keine so ausgelassen-fröhliche patriotische Stimmung herrscht wie 2006 beim Sommermärchen. Wenig Fahnen an den Autos, wenig an Balkonen befestigt, ab und an mal eine Deko am Imbiss oder in einer Kneipe mit Fernseher. Das mag viel damit zu tun haben, dass noch keine richtige Sommerstimmung aufgekommen ist, bei dem nassen, regnerischen und in jeder Hinsicht durchwachsem Wetter. Fanmeilen mussten immer wieder mal geräumt oder gesperrt werden, Fernschauen im Biergarten war mal möglich, mal nicht.

Aber es ist sicherlich auch die allgemeine schlechte Ausstrahlung des Landes, die als Stimmungskiller wirkt. Zwar spekulieren jetzt schon



wa den Balkankonflikt en miniature zwischen Serben, Kroaten und Albanern, der verbal und nonverbal so unschön ausgetragen wurde, wie man es sonst nur von Engländern her kennt. Die haben natürlich auch wieder ihrem schlechten Ruf alle Ehre gemacht. Englische Fans haben ja auch für Schlagzeilen gesorgt, weil sie Austragungsstädte der EM in

sozialen Netzwerken mit Architekturkritik und Betrachtungen zur Lebensqualität dort negativ bewertet haben. Das erstaunt doch sehr für Bürger eines Landes, das außerhalb Londons mittlerweile sehr der dritten Welt gleicht.

Recht haben natürlich alle Fans, gleich welcher Nationalität, mit ihrer Verwunderung, dass es in Deutschland nicht einmal zu Zeiten eines so großen Sportfestes gelingt, Menschen – auch wenn es sehr viele sind – mit der Bahn oder dem öffentlichen Personennahverkehr pünktlich von A nach B zu bringen. Eigentlich hätte man doch erwarten können, dass so ein Großereignis den Ehrgeiz bei Deutscher Bahn und kommunalen Verkehrsunternehmen weckt, sich von der besten, da leistungsfähigsten Seite zu zeigen. Satz mit X, war – bisher – wohl nix. Denn man kann ja nicht von jedermann verlangen, es dem – schottischen [sic!] – Fan gleichzutun, der die Strecke Edinburgh-München zu Fuß bewältigt hat. Angeblich war diese sportliche Challenge nicht durch den miserablen Ruf des deutschen Sportwesens inspiriert.

Schau mer mal, wie es weitergeht. Jeder hat ja noch die Möglichkeit, sich und seine Leistungen zu steigern. Das gilt für die Bahn, das gilt für die Fans und das gilt für die Stimmung. Überraschungsmannschaften wie die Schweiz, Österreich und Georgien sind auch in diesem Turnier das Salz in der Suppe und wenn dieses Jahr nicht Deutschland, sondern Italien als Mitfavorit vorzeitig ausgeschieden ist, dann zeigt dies doch im Grunde nur, dass im Sport wie im Leben alles drin ist.

Halten wir es mit Barack Obama und wappnen uns und andere vor den Zufällen des Wettkampfs: „Zu den tollsten Dingen im Sport zählt, dass man ein gutes Spiel spielen und trotzdem verlieren kann.“

## Ihr Pino

## Europameisterschaft: Eine Zwischenbilanz

seriöse Journalisten im Gleichklang mit intelligenten Kabarettistinnen, dass die Europameisterschaft so manch bittere Pille versüßen oder das triste Tages- und Weltgeschehen in den Hintergrund rücken könnte. Aber wahrscheinlich sind die Kriege, Krisen und täppischen Versuche der Ampel eine Bundesregierung abzugeben doch so präsent, dass ein entschlossenes Ausblenden und Feiern nicht so einfach ist.

Feiern konnten die Münchner mit den Schotten; das war ein ganz pfundiges Erlebnis. Tausende ausgelassene Frauen und Männer – die Kerle teils in Rücken – zogen, die kaledonische Spielart des Englischen sprechend, durch die Stadt und waren selbst dann noch gut drauf, als die deutsche Mannschaft ihre Fußballhelden mit 5:1 vom Platz räumte. Diese Fans haben begriffen, was es mit dem Begriff Fußballfest auf sich hat: Feiern vorm Spiel, mit der Mannschaft fiebern während des Spiels und feiern nach dem Spiel. Ich unterstütze ausdrücklich diejenigen, die ab sofort ein jährliches Freundschaftsspiel Deutschland-Schottland in München fordern!

Aber gerade was Fangruppen angeht, gab es bisher leider auch sehr negative Beispiele. Et-

### Pressegespräch in Brennbereg:

## Nachbarschaftshilfen schlagen Alarm

28 von 41 Landkreisgemeinden verfügen über ehrenamtlich organisierte Nachbarschaftshilfen. Die niederschwelligen Alltagshilfen, die die Organisationen – insbesondere für Seniorinnen und Senioren – anbieten (Fahr- und Begleitdienste, Einkaufs- und Besuchsdienste, Mittagstische und „Essen auf Rädern“), werden vielerorts kontinuierlich nachgefragt. Sie sind aus dem Leben vieler Bürgerinnen und Bürger, die über keine privaten Netzwerke verfügen, nicht mehr wegzudenken. Ehrenamtlich organisierte Nachbarschaftshilfen haben daher eine große Bedeutung für die Daseinsvorsorge und für das soziale Zusammenleben – gerade in ländlichen Regionen. Aber es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, denn gesetzliche Regelungen machen allen beteiligten Ehrenamtlichen in zunehmenden Maße das Leben schwer.

Um die konkreten Herausforderungen an Landrätin Tanja Schweiger heranzutragen und mögliche Lösungsvorschläge zu finden, hatten Dr. Gaby von Rhein und Lisa Finn-Hampel von der Freiwilligenagentur des Landkreises vor wenigen Tagen Vertreter/innen von vier Nachbarschaftshilfen zu einem Treffen ins Brennbereger „Spital“ eingeladen: Für die Nachbarschaftshilfe Brennbereger nahmen Bürgermeisterin Irmgard Sauerer als Vorsitzende, die Seniorenbeauftragte der Gemeinde und zweite Vorsitzende, Olga Wanninger, sowie die Koordinatorin, Resi Kandlbinder, teil; für die Nachbarschaftshilfe Pfatter war deren Vorsitzende Marianne Gstettner gekommen, die Nachbarschaftshilfe Mötzing war vertreten durch Koordinatorin Marianne Hausladen, und für die Nachbarschaftshilfe Wenzenbach nahm deren Vorsitzende Hans-Peter Semmler am Austauschtreffen teil. Dabei zeigte sich überdeutlich, was den eh-

renamtlich Engagierten in ihrer täglichen Arbeit unter den Nägeln brennt und wie schwierig es ihnen zum Teil gemacht wird, rechtlich sauber und sicher zu agieren.

### Intensiver Austausch

Anlass für diesen Austausch war ein Netzwerktreffen der Nachbarschaftshilfe-Organisationen im Landratsamt zum Thema „Geldflüsse“ im November 2023. Eines der Ergebnisse des Vortrags war, dass die Abrechnung von Fahrtkosten in Kombination mit einer Aufwandsentschädigung nicht möglich sei. Ehrenamtliche Fahr- und Begleitdienste gehören insbesondere im ländlichen Raum, wo es häufig keine gewerblichen Anbieter oder Taxiunternehmen gibt, zum festen Angebot von Nachbarschaftshilfen. Kleine Aufwandsentschädigungen für die Ehrenamtlichen als Dank und Anerkennung würden gern gegeben und ein Wegfall stoße auf großes Unverständnis,

berichtete Marianne Gstettner, 1. Vorsitzende des Nachbarschaftshilfevereins Pfatter. Die Koordinatorin der Nachbarschaftshilfe Mötzing, Marianne Hausladen, berichtete von einer besonderen Problematik von Organisationen unter kommunaler Trägerschaft: Hier gibt es keine Möglichkeit für die Gemeinde, Spendennachweise für die Ehrenamtlichen auszustellen, wenn diese auf Fahrtkostenersatz verzichten. Die zunehmende Bürokratisierung und der hohe Aufwand, den die Ehrenamtlichen bei der Verwaltung ihrer Organisation bewältigen müssen, beschäftigte insbesondere Hans-Peter Semmler, 1. Vorsitzender des Wenzenbacher Nachbarschaftshilfevereins. „Wer übernimmt denn bei diesem bürokratischen Aufwand in

Zukunft noch ein Ehrenamt?“, stellte er heraus. Dass Nachbarschaftshilfe kein Selbstläufer sei, prangerten die Vorsitzenden der Nachbarschaftshilfe Brennbereger, Bürgermeisterin Irmgard Sauerer und Olga Wanninger an. Grundkonsens war, dass all diese Regelungen zu einer zunehmenden Überforderung der Ehrenamtlichen führen.

Am Ende der intensiven Diskussion waren sich alle einig, dass Handlungsbedarf – zum Beispiel eine Reform des Personenbeförderungsgesetzes – besteht und man gemeinsam auf eine solche hinarbeiten müsse. „Dafür werden die Freiwilligenagentur und ich“, so die Landkreis-Chefin, „unsere Kontakte auf Landes- und Bundesebene nutzen.“ □



Machen sich stark für die Nachbarschaftshilfe: v.l. Irmgard Sauerer, Bürgermeisterin Brennbereger und 1. Vorsitzende Nachbarschaftshilfe Brennbereger; Lisa Finn-Hampel, Freiwilligenagentur; Marianne Hausladen, Koordinatorin Nachbarschaftshilfe Mötzing; Landrätin Tanja Schweiger; Marianne Gstettner, 1. Vorsitzende Nachbarschaftshilfe Pfatter; Olga Wanninger, 2. Vorsitzende Nachbarschaftshilfe und Seniorenbeauftragte Brennbereger; Resi Kandlbinder, Nachbarschaftshilfe Brennbereger; Hans-Peter Semmler, 1. Vorsitzender Nachbarschaftshilfe Wenzenbach; Dr. Gaby von Rhein, Leiterin der Freiwilligenagentur.

Bild: H.C. Wagner

Staatspreis für bayerische Kreativorte 2024:

## Beispiele innovativer Konzepte

Vier Orte, die durch ihr Engagement das gesellschaftliche und kulturelle Leben in ihrer Kommune bereichern, werden heuer mit dem Staatspreis für bayerische Kreativorte 2024 bedacht. Ausgezeichnet werden die Kunsthalle Neuburg in Neuburg an der Donau, der Bergfried Kultur in Passau und der Z-Bau in Nürnberg. Den Sonderpreis für kommunales Engagement erhält das „Degginger“ in Regensburg. Die drei Preise mit je 10.000 Euro Preisgeld sowie der undotierte Sonderpreis für kommunales Engagement werden im November feierlich verliehen. Die Umsetzung übernimmt die Bayern Innovativ GmbH durch das Bayerische Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft (bayernkreativ).

Der Verein Brückenkollektiv e.V. verwandelte die ehemalige Neuburger Markthalle in die temporäre Kunsthalle Neuburg als Ort für Veranstaltungen wie etwa Ausstellungen, Konzerte und Workshops. Das belebt die Innenstadt und vernetzt die lokale und regionale Kultur- und Kreativbranche mit der restlichen Wirtschaft.

Mit dem Bergfried Kultur wurde ein verlassenes Kloster in Passau wiederbelebt. Als Startschuss für die kulturelle Neubelebung dient ein jährlich stattfindendes Festival. Außerdem gibt es Konzerte, Kunsthandwerkermärkte und Workshops.

Der Z-Bau in Nürnberg ist ein kulturelles Zentrum mit vielfältigen Angeboten in den Bereichen

Kunst, Musik, Theater, Literatur und politische Bildung. Das Projekt unterstützt und vernetzt lokale Künstlerinnen und Künstler sowie Initiativen und ist somit ein wichtiger Impulsgeber für die regionale Kultur- und Kreativwirtschaft.

### Trotzdem kommunal

Mit dem „Degginger“, benannt nach der ehemaligen Besitzerfamilie, verfügt Regensburg seit 2015 über einen zentralen Anlaufpunkt für die kreative Branche, in dem Gründer, Kreativschaffende, Publikum und Wissenschaft zusammenkommen, um an der Stadt der Zukunft mitzuwirken – realisiert nach den Ideen der Kreativschaffenden und trotzdem kommunal.

Die Türen des Treffpunkts stehen jedem offen. Knapp 200 Gäste passen ins Café im Erdgeschoss mit der Bühne, die regelmäßig mit Konzerten und Vorträgen bespielt wird. Neben Projektlabor und Pop-up Raum findet man dort noch „die kleinste galerie“, darüber drei Stockwerke voller Co-Working-Spaces, Start-up- und Seminarräumen sowie Büros von Verbänden und Developern, Presse- und Architekturbüros, das Stadtmarketing sowie die Kreativbehörde des Amts für Wirtschaft und Wissenschaft, die das Degginger betreibt.

Gestartet als Experiment und finanziert aus Mitteln der Stadt, ist das Projekt so etwas wie ein

### Jubiläumsfeier der CSU-Senioren mit viel Zuspruch:

## Inspiration für die politische Arbeit

Neustadt a.d. Aisch / Mittelfranken. „Von den Seniorinnen und Senioren der CSU kommt unglaublich viel Inspiration für die politische Arbeit“. Tobias Winkler, Wahlkreisabgeordneter im Deutschen Bundestag, bezeichnete bei der Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen der Senioren-Union der CSU (SEN) im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim diese Arbeitsgemeinschaft als „Stachel im Fleisch der CSU“.

Viel Lob für die Arbeit vor Ort über Generationen hinweg kam auch von Werner Stieglitz, dem Stimmkreisabgeordneten im Bayerischen Landtag. „Gerade in der Corona-Zeit haben sich viele ältere Parteifreunde, allen voran Vorsitzender Walter Reiß, schnell in die Handhabung neuer Medien eingearbeitet und so die Kommunikation trotz Begegnungsbeschränkungen ermöglicht“.

Im Schnelldurchgang griff Winkler aktuelle bundespolitische The-

kommunales Start-up und heute nicht mehr wegzudenken aus Regensburg. Laut Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer „ist das Degginger nicht nur ein dritter Ort der Vernetzung und der kreativen Wertschöpfung, sondern ein elementarer Baustein der wirtschaftspolitischen Strategie und somit mitentscheidend für die kreative Stadt Regensburg“.

Wie Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, „verdeutlichen die prämierten Kreativorte eindrucksvoll, wie die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bayern zur wirtschaftlichen Dynamik beiträgt. Durch innovative Konzepte und kreative Projekte fördern sie die Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und positionieren Bayern als attraktiven Standort für Kreativität und Unternehmertum gleichermaßen.“

DK

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Kalender 2025 der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

gehend entfallen. Als „Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft“ bezeichnete Winkler das geplante neue Staatsbürgerrecht, welches zudem zur Spaltung der Gesellschaft beitragen würde.

Der Landesvorsitzende der Senioren-Union der CSU (SEN), Altlandrat Franz Meyer, verband seinen Glückwunsch zum Jubiläum und „Dank für die großartige Arbeit“ mit etwas Lokalkolorit: Gemeinsam mit dem seinerzeitigen Landtagsabgeordneten Hans Herold habe er im Zuge der Behördenverlagerung das Vermessungsamt nach Neustadt gebracht. Heute verfüge Neustadt nicht nur über das Vermessungsamt, sondern auch das BayernLab, das Landesarchiv und etliches mehr. „Damit sind viele hochqualifizierte Arbeitsplätze im Landkreis geschaffen worden“, so Herold.

### SEN als Sprachrohr älterer Menschen

„Die Frauen und Männer, die vor 25 Jahren die Senioren-Union gründeten, hatten sich zum Ziel gesetzt, Sprachrohr für die älteren Menschen zu sein“, meinte Meyer in seiner Laudatio. Sie hätten damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben geleistet, sie „haben sich auch als wirksame Stimme innerhalb der CSU entwickelt“. Landesweit habe die SEN inzwischen etwa 12.000 Mitglieder in 100 Kreis- und acht Be-

zirksverbänden und zähle zu den aktivsten Arbeitsgemeinschaften der CSU, „als konstruktiver Ratgeber mit Erfahrung und Blick auf alle Generationen“.

Heute sei es mehr denn je gemeinsame Aufgabe, das demokratische Fundament zu stärken und sich mit klaren Ansagen gegen alles Radikale und gegen Extremisten zu stellen. „In Deutschland ist auch kein Platz für den radikalen Islamismus“, so Meyer, der beim Thema Migration von seinen Erfahrungen aus 2015 berichtete, wo er als damaliger Landrat des Landkreises Passau den Zustrom vieler Migranten zu bewältigen hatte.

SEN-Kreisvorsitzender Walter Reiß blickte auf die Gründung im Jahr 1999 zurück. Demnach war Anna-Luise Spitzl aus Bad Windsheim die Gründungsvorsitzende, ihr folgte 2001 Günter Rogowski, ebenfalls aus Bad Windsheim, und 2011 Roland Hegendörfer aus Emskirchen-Brunn. Reiß selbst habe sich mit seiner Amtsübernahme in 2018 zum Ziel gesetzt, die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. „Wir verbinden Politik mit Geselligkeit und Information“. Das reiche von politischem Gedankenaustausch und der Einbringung diesbezüglicher Ideen bis hin zu Firmenbesuchen und Ausflügen, zuletzt nach Südmähren. Bei einer der Reisen nach Gera sei auch die Partnerschaft mit dem SEN-Landesverband Thüringen und der SEN-Mittelfranken entstanden, so Reiß.

pmw

### Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14/2024, die am 18. Juli 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung
- Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen · Kommunale Rechtsfragen

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL  
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@ets.de

### Energiedienstleistung

energie  
schwaben

Kommunen kompetent erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN  
KÖSSINGER

Länderfahnen  
Gemeindefahnen  
Maste  
Bekleidung  
uvm.

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 · [www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET  
AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Highspeed-Internet  
der NetCom BW

[www.netcom-bw.de](http://www.netcom-bw.de)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER  
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

UG  
G  
UNSERE GRÜNE  
GLASFASER

## Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser  
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

### Informationssicherheit und Datenschutz

Daten  
schützen.

DSGVO  
ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunal  
CISIS12  
Schulungen  
eLearning

[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

### Kommunalberatung

KUBUS  
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
info@kubus-mv.de

Standort München  
089/44 235 40-00  
bayern@kubus-mv.de

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die  
kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

Abonnieren Sie unseren  
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette  
Produktpalette für  
effektive Räumarbeiten

BUCHER  
municipal  
Driven by better

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER  
Telefon 08171 / 9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL  
Telefon 08171 / 9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

### KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



### Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **leduc**

Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!

# 25

WIR SUCHEN BAUINGENIEURE (M/W/D)

www.lga.de

- [ PRÜFSTATIK ]
- [ BAUWERKSPRÜFUNG ]
- [ BRANDSCHUTZ ]
- [ GEOTECHNIK ]
- [ VERKEHRSWEGEBAU ]
- [ MATERIALPRÜFUNG ]



Sicherheit und Qualität seit 1869

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 So	1 Mi Neujahr	1 Sa	1 Sa	1 Di	1 Do Tag der Arbeit	1 So	1 Di	1 Fr	1 Mo KW 36	1 Mi	1 Sa Allerheiligen	1 Mo KW 49	1 Do Neujahr
2 Mo KW 49	2 Do	2 So	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo KW 23	2 Mi	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr
3 Di	3 Fr	3 Mo KW 6	3 Mo KW 10	3 Do	3 Sa	3 Di	3 Do	3 So	3 Mi	3 Fr Tag d. dt. Einheit	3 Mo KW 45	3 Mi	3 Sa
4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Di Fastnacht	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 32	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So
5 Do	5 So	5 Mi	5 Mi	5 Sa	5 Mo KW 19	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 2
6 Fr	6 Mo Hl. Drei Könige	6 Do	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 41	6 Do	6 Sa	6 Di Hl. Drei Könige
7 Sa	7 Di KW 2	7 Fr	7 Fr	7 Mo KW 15	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 28	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi
8 So	8 Mi	8 Sa	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So Pflingstsonntag	8 Di	8 Fr	8 Mo KW 37	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 50	8 Do
9 Mo KW 50	9 Do	9 So	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo Pflingstmontag	9 Mi	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr
10 Di	10 Fr	10 Mo KW 7	10 Mo KW 11	10 Do	10 Sa	10 Di KW 24	10 Do	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 46	10 Mi	10 Sa
11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo KW 33	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So
12 Do	12 So	12 Mi	12 Mi	12 Sa	12 Mo KW 20	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 3
13 Fr	13 Mo KW 3	13 Do	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 42	13 Do	13 Sa	13 Di
14 Sa	14 Di	14 Fr	14 Fr	14 Mo KW 16	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 29	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi
15 So	15 Mi	15 Sa	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 Mo KW 38	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 51	15 Do
16 Mo KW 51	16 Do	16 So	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo KW 25	16 Mi	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr
17 Di	17 Fr	17 Mo KW 8	17 Mo KW 12	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 47	17 Mi	17 Sa
18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Di	18 Fr Karfreitag	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo KW 34	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So
19 Do	19 So	19 Mi	19 Mi	19 Sa	19 Mo KW 21	19 Do Fronleichnam	19 Sa	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 4
20 Fr	20 Mo KW 4	20 Do	20 Do	20 So Ostersonntag	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Sa	20 Mo KW 43	20 Do	20 Sa	20 Di
21 Sa	21 Di	21 Fr	21 Fr	21 Mo Ostermontag	21 Mi	21 Sa	21 Mo KW 30	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi
22 So	22 Mi	22 Sa	22 Sa	22 Di KW 17	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 Mo KW 39	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 52	22 Do
23 Mo KW 52	23 Do	23 So	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo KW 26	23 Mi	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr
24 Di Heiligabend	24 Fr	24 Mo KW 9	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo KW 48	24 Mi Heiligabend	24 Sa
25 Mi Weihnachten	25 Sa	25 Di	25 Di KW 13	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo KW 35	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Do Weihnachten	25 So
26 Do Weihnachten	26 So	26 Mi	26 Mi	26 Sa	26 Mo KW 22	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr Weihnachten	26 Mo KW 5
27 Fr	27 Mo KW 5	27 Do	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 44	27 Do	27 Sa	27 Di
28 Sa	28 Di	28 Fr	28 Fr	28 Mo KW 18	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 31	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi
29 So	29 Mi	29 Sa	29 Sa	29 Di	29 Do Himmelfahrt	29 So	29 Di	29 Fr	29 Mo KW 40	29 Mi	29 Sa	29 Mo KW 1	29 Do
30 Mo KW 1	30 Do	30 So	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo KW 27	30 Mi	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr
31 Di Silvester	31 Fr	31 Mo KW 14	31 Mo KW 14	31 Sa	31 Sa	31 Do	31 Do	31 So	31 Fr	31 Fr	31 Mi Silvester	31 Mi Silvester	31 Sa

$$M = \frac{ql^2}{8}$$

# DIE LGA IN ZAHLEN

LGA

Sicherheit und Qualität seit 1869



# DIENSTLEISTUNGEN DER LGA

## PRÜFSTATIK

### DIE FACHRICHTUNGEN

- Metallbau
- Holzbau
- Massivbau

### SPEZIALGEBIETE

- Brückenbau
- **Glaskonstruktionen**
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Brandschutztechnische Nachweise
- Fliegende Bauten
- **Typenprüfungen**
- Windenergieanlagen
- **EBA-Anerkennung** für Massiv- und Metallbau, Schweißtechnik

## BAUWERKSPRÜFUNG

- Überwachung und Bewertung des Zustandes von Strukturen, Bauwerken und Gebäudeschäden
- Sensorgestütztes **Bauwerksmonitoring**
- Zerstörungsfreie Prüfung
- Bauwerksprüfungen nach **DIN 1076** und **VDI 6200**
- Erschütterungsüberwachung nach DIN 4150
- Begutachtung historischer Bauwerke
- **Beweissicherung**
- Realtime-Überwachung von Schwerlastüberfahrten
- Instandsetzungskonzepte
- Sachverständige für Schadensfälle und Gerichtsgutachten

## BRANDSCHUTZ

### FEUERWIDERSTAND VON BAUARTEN UND BAUPRODUKTEN

- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten, wie z.B. hochfeste Stützen, Rippendecken
- Feuerwiderstand unregelmäßiger Bauprodukte und Bauarten

### BRANDSCHUTZNACHWEISE

- **Integrale Brandschutznachweise** für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Abweichungen nach LBO
- **Naturbrandsimulation** und weitere moderne Verfahren

### FORSCHUNG UND NORMUNG

- Normungsarbeit im DIN und DIBt
- Anwendungsforschung

## GEOTECHNIK

- Gründungen, Baugruben, Spezialtiefbau
- **Tunnel- und U-Bahnbau**
- Dämme und Stützbauwerke
- Hydrologie
- Erdbebennachweise für erdverlegte Rohre und Schächte
- **FEM-Anwendung** in der Geotechnik
- Bewertung dynamischer Stabilität und Erschütterung im Bahnbereich
- **EBA-Anerkennung** für Grund- und Erdbau, Felsbau im Eisenbahnbau

## VERKEHRSWEGEBAU

- Geotechnik für Verkehrswege
- Erdbau
- Gesteinskörnungen, Baustoffgemische und **Recyclingbaustoffe**
- Prüfung von Beschichtungssystemen
- Boden- und Felsmechaniklabor
- **Asphalt/Bitumen**
- Fahrbahnmarkierungsstoffe
- Zustandserfassung und Tragfähigkeitsuntersuchung an Verkehrsflächen
- Erhaltungsmanagement
- **Prüfstelle nach RAP Stra**

## MATERIALPRÜFUNG

- Baustoffe und Bauprodukte
- **Betontechnologie**
- Beton- und Baustofflabor
- **Anlagen nach WHG/AwSV**
- Denkmalpflege
- Bauprodukte, Fassaden- und Massivbau
- Überwachen und **Zertifizieren von Bauprodukten**
- Naturstein- und Fassadentechnik
- Zerstörungsfreie Untersuchungsmethoden